

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: halbjährlich 3,00 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Postabonnements: 1,10 RM. pro Monat.  
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne über deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgebundene) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenanzeigen und Geschäfts-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 30. Dezember 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Zum preußischen Parteitag.

Das Empfangsbureau für die Delegierten befindet sich im **Gewerkschaftshause, Engelshof 15, Saal 9, Hof geradezu rechts.**  
 Legitimations- und Wohnungskarten können daselbst vom **Sonntag, den 2. Januar 1910, in den Stunden von 9 Uhr morgens bis 11 Uhr abends** in Empfang genommen werden.

Zu dem am Montag, den 3. Januar, morgens 9 Uhr, im Gewerkschaftshause beginnenden Verhandlungen haben die organisierten Mitglieder der Partei und Gewerkschaften gegen Vorzeigung der Mitgliedsbücher freien Zutritt. Gastkarten zum Preise von 50 Pf. für die Halbtagskarte sind vor Beginn und während der Verhandlungen gleichfalls im Gewerkschaftshause erhältlich.  
 Gesuche um Zutrittskarten für Pressevertreter sind an Eugen Ernst, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Vorwärts-Buchdruckerei), zu richten.  
 Der geschäftsführende Ausschuss.

## Die Statistik gegen die Wahlreform.

Die Statistik über die preussischen Landtagswahlen von 1908 ist nun endlich erschienen, nachdem der Auszug der „Verl. Korresp.“ bereits seit mehreren Tagen vorlag. Da in diesem Auszug selbstanzeige die Zahl der Urwähler, die für die verschiedenen Parteien gestimmt hatten, nur in abgerundeter Prozentzahl mitgeteilt war, waren wir genötigt, die betreffenden Ziffern selbst zu errechnen. Bei der Ungenauigkeit der von der „Verl. Korresp.“ mitgeteilten Prozentzahlen konnten die von uns errechneten Ziffern natürlich nicht genau stimmen, doch unterscheiden sich die von uns gestern veröffentlichten Zahlen nur unwesentlich von denen der Statistik, die wir hiermit wiedergeben.

	Urwählerzahl 1908	Urwählerzahl 1909	Prozent	Abgeordnetenzahl
Konservative	324 157	354 786	14,15	152
Freikonservative	47 975	63 612	2,54	60
Nationalliberale	256 220	318 589	12,71	65
Freif. Vereinigung	16 735	21 993	0,88	8
Freif. Volkspartei	73 245	98 600	3,93	28
Zentrum	251 938	490 843	19,91	104
Polen, Dänen usw.	181 356	236 248	9,02	19
Bund der Landwirte	12 548	15 013	0,60	—
Antisemiten usw.	2 880	8 959	0,36	—
Sozialdemokraten	314 149	598 522	23,87	7
Unbef. Parteifreie	190 300	301 894	12,04	—

Diese Zahlen beweisen also durchaus den verbrecherischen Überwieg des Dreiklassenwahlrechts!

Die Sozialdemokratie, die mit rund 600 000 Urwählern die weitaus stärkste aller Parteien ist und fast ein Viertel aller Urwähler hinter sich hat, mußte sich mit 7 (jezt gar nur 6) Abgeordneten begnügen, während die Konservativen und Freikonservativen mit zusammen kaum mehr als zwei Dritteln der sozialdemokratischen Urwählerzahl 212 Abgeordnete in die Junkerkammer entsenden konnten!

Ein solches Wahlrecht ist unter aller Kritik! Aber nicht nur bei einem Vergleich der Gesamtstimmzahl mit dem Ergebnis der Abgeordnetenzahl tritt die skandalöse Ungerechtigkeit des Wahlrechts zutage, sondern selbst bei einer Betrachtung des Berliner Wahlergebnisses, dem doch die Sozialdemokratie mit einer einzigen Ausnahme ihre sämtlichen Mandate zu danken hat.

### Die Wahlen in Berlin

ergaben folgendes Bild:

	I. Abt.	II. Abt.	III. Abt.	Insgesamt
Konservative	265	1 055	3 675	4 995
Nationalliberale	153	299	301	753
Freifinnige Vereinigung	14	88	60	162
Freifinnige Volkspartei	4 477	9 748	9 041	23 266
Zentrum	1	8	16	25
Polen usw.	—	—	1	1
Stimmen sonstig. u. unbet.	—	—	—	—
Parteilichung	956	7 439	25 957	34 352
Sozialdemokraten	1 427	22 170	154 994	178 591
Insgesamt	7 293	40 751	194 085	242 079

Trotzdem also die Sozialdemokratie 74 Prozent aller Urwähler auf sich vereinigte, gewann sie nur 7 von 12 Mandaten. Ja, eins dieser 7 Mandate ist ihr sogar durch die Nachwahl in Moabit wieder entzogen worden, trotzdem die Sozialdemokratie bei dieser Nachwahl ihre Stimmzahl noch vermehrte! Die Sozialdemokratie gewann also mit 74 Prozent aller Urwähler nur die Hälfte der Berliner Mandate, während der Freifinn, selbst wenn wir ihm alle 63 488 übrigen Urwähler zurechnen, mit 26 Prozent der Urwähler die andere Hälfte gewann!

Interessant ist ein Vergleich des Berliner Wahlergebnisses von 1908 mit dem von 1903. Damals kamen auf die Sozialdemokratie von insgesamt 178 379 Urwählern nur 122 150 Urwähler, das heißt nur 68,5 Proz., während sie diesmal 74 Proz. sämtlicher Urwähler auf sich vereinigte! Oder mit anderen Worten: die Zahl der sozialdemokratischen Urwähler hat sich um 56 441 oder 46 Proz. vermehrt!

Die „Deutsche Tages-Ztg.“ hat sich — freilich nur nach dem Vorbilde der amtlichen Statistik — den frechen Hohn geleistet, von einer

### „Demokratisierung“ des Dreiklassenwahlrechts

zu sprechen, weil diesmal im Durchschnitt von je 100 Wählern 3,82 der ersten Abteilung, 13,87 der zweiten Abteilung und 82,32 der dritten Abteilung angehörten, während 1903 das Verhältnis der drei Abteilungen 3,36:12,07:84,75 war. Demgegenüber sei denn doch festgestellt, daß im Jahre 1855 das Verhältnis 5,02:13,89:81,09 war. Damals gehörten also den beiden ersten Abteilungen 18,91 Urwähler an, während 1908 nur 17,68 Urwähler auf die beiden ersten Abteilungen kamen!

### Eine neue Sorte Demokratisierung!

Zudem ist die geringfügige Verschiebung in der Klasseneinteilung gegen 1903 nur auf die schärfere Steuerheranziehung der arbeitenden Klasse zurückzuführen! Da das Junkerparlament das famose Gesetz gemacht hat, wonach die Arbeitgeber der Steuerbehörde das Einkommen der bei ihnen beschäftigten Arbeiter denunzieren müssen, ist der Steueranteil des Proletariats natürlich gewachsen, was bei der Steuerdrückung seinen Ausdruck findet. Und da unsere Besizenden sich nach dem Zeugnis des Professor Delbrück einerseits und der agrarischen „Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ andererseits im Hinterziehen der Steuern überbieten, sind nun glücklicherweise gegenüber 1903 von je 100 Urwählern ganze 2 1/4 aus der dritten Abteilung der Entrechteten in die Abteilungen der Privilegierten aufgerückt! Wobei aber tropaladem das Verhältnis der dritten Abteilung zu den beiden anderen Abteilungen 1908 noch ungünstiger ist, als im Jahre 1855!

Besonders schlecht kommen bei dem elendesten aller Wahlsysteme das industrielle Proletariat und der städtische kleine Mittelstand weg. Denn gerade in den Städten gehören von je 100 Wählern fast 84, nämlich 83,83, der dritten Abteilung an, deren Wahlrecht völlig in die Hände geblasen ist, wenn sich nur 15 Wähler der ersten und zweiten Klasse gegen sie zusammenschließen! In zahlreichen einzelnen Städten ist die dritte Klasse prozentual noch zahlreicher, d. h. rechtloser! In Charlottenburg gehören z. B. 86,04 Proz. der Wähler zur dritten Klasse, in Köln 86,57 Proz., in Frankfurt a. D. 87,57 Proz., in Posen 89,02 Proz., in Danzig 89,43 Proz., in Aachen 90,31 Proz., in Königsberg in Preußen gar 91,34 Proz. usw. Sieben Wähler der ersten und zweiten Klasse brauchen dort nur gemeinsame Sache zu machen, um die 91 Wähler der dritten Klasse zu überstimmen!

Arger Schwindel wird ferner mit der Behauptung getrieben, das Dreiklassenwahlrecht lasse wenigstens den Mittelstand zu seinem Rechte kommen, weil er das Uebergewicht in der zweiten Klasse habe. Das sucht die Statistik damit zu beweisen, daß sie ausführt, daß von den insgesamt 29 028 Urwahlbezirken dritter Klasse für 15 289 schon ein Einkommen von 2400 M. die Höchstgrenze bilde. Demgegenüber ist festzustellen, daß in 13 739 Urwahlbezirken dritter Klasse die Steuergrenze höher liegt (in 2361 Urwahlbezirken dritter Klasse sogar über 6000 M.), daß also in fast der Hälfte aller Urwahlbezirke auch noch die Wähler mit mehr als 2400 Einkommen zur dritten Klasse gehören! Aber es kommt ja auch nicht nur in Betracht, welches Einkommen die unterste Grenze zum Zutritt zur zweiten Klasse bildet, sondern welches Durchschnittseinkommen zur Zugehörigkeit zur zweiten Klasse erforderlich ist. Die Durchschnittseinkommens betrug aber für die zweite Klasse 180 M., so daß Wähler mit Einkommen von 2400—3000 M. in der zweiten Klasse nur eine hoffnungslose Rinderheute bilden. Wozu noch kommt, daß nur in 3734 städtischen Urwahlbezirken die dritte Klasse mit 2400 M. Einkommen abschließt, in 8255 städtischen Urwahlbezirken dagegen auch Wähler mit beträchtlich höheren Einkommen zur dritten Klasse gehören, in 4328 z. B. mit 3000—6000 M. Einkommen, in 1130 mit 6000 bis 9500 M. Einkommen usw. Eigentlich braucht das gar nicht erst durch derartige Zahlen bewiesen zu werden, denn wenn in den Städten von je 100 Wählern 84 zur dritten Klasse gehören, steckt unter diesen 84 Proz. selbstverständlich auch der größte Teil des Mittelstandes!

### Die agrarische Wahlkreisgeometrie

vermag auch von dieser Tendenzstatistik nicht verschleiert zu werden. Ist es doch geradezu ungeheuerlich, in wie skandalöser Weise allmählich die Rechte der industriellen und großstädtischen Wahlkreise dadurch beeinträchtigt worden sind, daß man seit dem Jahre 1858 (!) keine dem veränderten Bevölkerungsstand entsprechende Wahlkreiseinteilung mehr veranlaßt hat. Denn die Vermehrung der Wahlkreise um 10 neue Wahlkreise, von 433 auf 443, die man vor einigen Jahren vorgenommen hat, bedeutet nichts gegenüber dem ungeheuerlichen Zustande, daß die agrarische Hälfte Preußens fast dreiviertel aller

Abgeordneten wählen kann, während die industrielle Hälfte sich mit nicht viel mehr als einem Viertel begnügen muß. Welch skandalöse Zustände diese agrarische Verschwendung des ohnehin so schandbaren Dreiklassenwahlrechts schafft, beweisen folgende Feststellungen der vorliegenden Statistik:

Wahlkreis	Zahl der Urwähler
1. L.-Rattowig, Jährze	62 701
2. Schöneberg-Rigsdorf	78 307
3. Gelsenkirchen	59 516
4. Bochum-Derne	58 733
5. Berlin X	57 375
6. Mülheim a. Ruhr	51 675
7. Berlin VIII	53 323
8. Duisburg-Oberhausen	53 718
9. Essen-Land	49 675
10. Kiel	50 008
11. Charlottenburg	62 663
12. Tarnowig	45 311
13. Essen-Stadt	55 335
14. Stettin	50 276
15. Köln	50 097
16. Teltow-Beeskow	51 597
17. Berlin VI	40 976
18. Berlin XII	44 380
19. Düsseldorf	42 822
20. Dortmund	38 212
1 065 290	

Diesen 20 größten Wahlbezirken mit je einem Abgeordneten standen folgende 20 kleinste Wahlbezirke gegenüber, von denen jeder Wahlkreis einen Abgeordneten wählen durfte:

Wahlkreis	Zahl der Urwähler
1. Hohenzollernsche Lande	6 721
2. Frankenstein-Münsterberg	7 403
3. Nordbittmarcken	8 339
4. Greifenberg-Rammin	7 922
5. Heiligenstadt, Borsbe	8 507
6. Hork-Stehtingen	9 041
7. Seeberg	8 820
8. Oldenburg	8 590
9. Edernförde	8 165
10. Weststernberg-Dietersberg	8 881
11. Hünfeld-Berlesfeld	8 947
12. Warburg-Dörter	8 507
13. Wittlich-Vernastel	10 226
14. Pr.-Holland-Neuhagen	8 144
15. Unterlahnfreis	9 428
16. Wiedenlopf	9 724
17. Jellersfeld-Zifeld	10 014
18. Neuhans a. Oße-Hadeln	10 394
19. Schrimm-Schroda-Breschen	7 883
20. Heiligenbeil-Pr.-Eylau	8 482
173 998	

Also: im ersten Falle entfielen auf 1 065 000 Urwähler 20 Abgeordnete, im zweiten Falle auf 174 000 Urwähler die gleiche Zahl der Abgeordneten!

Bei der ersten Gruppe entfielen 53 265 Urwähler auf jeden Abgeordneten, bei der zweiten Gruppe nur 8700 Urwähler!

Die Wähler der zwanzig kleinsten, wirtschaftlich rückständigsten Wahlkreise hatten mehr als sechsmal so viel Wahlrecht, wie die Wähler der wirtschaftlich entwickeltesten Wahlkreise!

Dem schändlichen Wahlsystem mit seinem Privilegium des Geldbads und obendrein der wirtschaftlichen und politischen Rückständigkeit, mit seiner schmachvollen Entwertung der ungeheuren Mehrheit des Volkes, der Arbeiterklasse in Stadt und Land, und des kleinen Mittelstandes entspricht denn selbstverständlich auch die

### Zusammensetzung des „hohen Hauses“

der preussischen Abgeordneten.

Wie es mit der Vertretung der einzelnen Parteien aussieht, haben wir ja bereits erfahren. Interessant ist aber auch, zu sehen, aus welchen Berufsgruppen sich das Dreiklassenparlament zusammensetzt. Die Statistik des preussischen Landesamtes gibt darüber folgende Auskunft:

Aktive Verwaltungsbeamte	47
Aktive Justizbeamte	52
Aktive Offiziere	5
Offiziere und Staatsbeamte a. D.	13
Gemeinde- und Korporationsbeamte	18
Universitätsprofessoren und Lehrer	19
Evangelische Geistliche	5
Katholische Priester	15
Rechtsanwälte	26
Kaufleute	9
Privatbeamte	12
Landwirte	157
Gewerbetreibende, Industrielle	25
Verzte	4
Schriftsteller, Journalisten	7
Reutner	27
Arbeiter	2

Leider ist die Statistik in diesem Punkte so wenig ausgiebig, daß wir die Angaben des „Handbuchs für das preussische Abgeordnetenhaus“ zur Ergänzung heranziehen müssen, um gerade die interessantesten Details zu erfahren.

Da zeigt sich nämlich, daß sich unter den aktiven Staatsbeamten nicht weniger als 26 Landräte im Dienst und 18 andere höhere Verwaltungsbeamte befinden! Unter den

Justizbeamten befinden sich 48 höhere und nur zwei mittlere; ebenso bestehen die Kommunalbeamten aus Oberbürgermeistern und Stadträten. An Offizieren a. D. und j. D. gibt es nicht weniger als 58. Und vor allen Dingen: unter den 157 „Landwirten“, von denen die Statistik so schlicht spricht, befinden sich nicht weniger als 113 Großgrundbesitzer! Von den „Mittel-“ und „Kleinbesitzern“ waren aber drei frühere Berufsbeamte — ein Beweis, was man hier unter „Mittelbetrieb“ zu verstehen hat!

#### Und die Wahlreform?!

Die Thronrede hat sie freilich versprochen. Die Verfasser der Statistik haben sich indes bemüht, durch tendenziöse Aufmachung und vertwegene Zahlenknäuelchen die Notwendigkeit der Reform zu leugnen! Die Statistik ist ganz im Geiste der Konservativen und Freikonservativen zusammengestellt! Sie flieht über den Ehrfurcht vor den Privilegien der Junker und Industriellen, und schweigt aus allen Poren Verachtung für die Rechte der durch die Dreiklassenwahlrecht Entrechteten!

Aus der Tendenz dieser Statistik scheint denn auch eine Korrespondenz ihre Information bezogen zu haben, wenn sie ankündigt:

„Nach einer Auskunft der zuständigen Instanz in Preußen an eine hervorragende parlamentarische Persönlichkeit wird die Wahlrechtsvorlage Mitte Januar dem Landtage zugehen und auch in der Thronrede Erwähnung finden. Die neue Vorlage soll das Dreiklassenwahlrecht beibehalten, teiltweise eine andere Einteilung der Wahlkreise vorsehen, eine geheime und direkte Wahl aber nicht vorschlagen. Die hauptsächlichsten Reformen liegen in der Abänderung der Bestimmungen über das Klassenwahlrecht. Sollte die Vorlage auf größeren Widerstand stoßen und ihre Annahme unmöglich erscheinen, so wird sie wahrscheinlich von der Regierung zurückgezogen werden, ohne Aussicht, in baldige eine neue Vorlage dem Landtage vorzulegen. Man nimmt nicht an, daß die Vorlage bereits in der nächsten Session zur Verabschiedung gelangt, sondern rechnet ebendieselbe mit einer Vertagung der Beratungen auf den Herbst 1910.“

So unglaublich diese Meldung klingt: in Preußen wird immer das Unerhörte Ereignis!

Wahrscheinlich ist jedenfalls, daß man es jetzt, nachdem man so lange eine Verschleppungstaktik vorgespiegelt hat, mit der Heberampelungs- und Durchschneidungstaktik versuchen will, um die unausweichliche Wahlreform zu verhindern und die Massen zu prellen!

Wir Frauen dem deutschen Proletariate freilich politische Reife und politische genug Energie zu, diese arglistige Taktik erfolgreich zu durchkreuzen!

## Das preußische Polizeiregiment.

Die Polizeistunde ist immer ein sehr beliebtes Mittel der preußischen Polizei gewesen, die Wirte in Abhängigkeit von der Behörde zu halten. Und das ist ihrer Ansicht nach sehr nötig, vor allen Dingen deshalb, weil mit vielen Wirtschaften Gänge verbunden sind, in denen Versammlungen stattfinden können und zwar nicht nur Versammlungen, die der Polizei und der Regierung angenehm sind, als da sind z. B. Kriegervereinsversammlungen, sondern auch solche, die am besten überhaupt verboten würden, wie Gewerkschafts- und sozialdemokratische Versammlungen. Das Verbot geht leider nicht an, da es das vertraute Vereinsgesetz gibt, aber wo die Sozialdemokratie noch nicht so stark ist, daß die Wirte sie mehr fürchten als die Polizei, da gibt es noch allerlei kleine Mittel, um den Staat gegen den Umsturz zu schützen. Welche Rolle die Polizeistunde dabei spielt, das ist bekannt. Eine Forderung der Sozialdemokratie ist es deshalb schon seit langem, daß der polizeilichen Willkür in der Festsetzung der Polizeistunde ein Ende gemacht werde.

Natürlich denkt die preußische Regierung nicht daran, das Institut der Polizeistunde aufzuheben. Nicht bloß um des Versammlungswesens willen, sondern auch, weil sie über die Eitelkeit der Bürger zu wachen hat. Die Behörden haben dafür zu sorgen, daß die Wirtschaften nicht die ganze Nacht offen stehen, denn das Volk, das die Polizei nicht um bestimmte Zeit zu Hause und ins Bett schickt, würde natürlich, da es ganz unfähig ist, sich selbst zu beherrschen, dem Soff und der Lieberlichkeit und der Unsitlichkeit unrettbar verfallen, die Nächte durchslumpfen, das Geld durchbringen und schließlich in steilem Ruin verenden. Deswegen hat denn auch jetzt der Oberpräsident von Westfalen eine Verfügung erlassen, die bestimmt ist, die Polizeistunde noch mehr als bisher zur sittlichen Hebung der Bevölkerung der roten Erde nutzbar zu machen. Der Herr Oberpräsident findet offenbar, daß das Volk von Westfalen viel zu lange abends in den Kneipen sitzt. Und deshalb ordnet er an, daß die Polizeistunde allgemein für die Städte auf 11 Uhr, für die Landgemeinden aber auf 10 Uhr anzusehen ist!

Das wird ein Heulen und Zähneklappern unter den Wirtschaftsbefuchern Westfalens geben. Denn bisher waren sie in sehr vielen Orten wenigstens erheblich längere Frist gewohnt. Aber sie brauchen nicht alle zu verzweifeln. Die Verfügung des Herrn Oberpräsidenten hat noch einen Schwanz. Und der lautet also:

„Den Ortspolizeibehörden bleibt es überlassen, die Polizeistunde für einzelne Fälle oder auch unter Vorbehalt des Widerstands für bestimmte Wirte ein und für alle Fälle auf eine spätere oder, sofern es mit Rücksicht auf besondere Verhältnisse zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung vorübergehend erforderlich ist, auf eine frühere Zeit festzusetzen.“

Die besseren Wirtschaftsbefucher und die besseren Wirte dürfen also aufatmen. Denn da bei den „besseren“ Herrschaften natürlich keine bösen Folgen des längeren Kneipens zu befürchten sind — sie haben ja dazu, und ihre höhere Bildung und Verfassung schützt sie natürlich vor Böherei und anderen Unsittlichkeiten — so darf den Wirtschaften mit „besserem“, begütertem Publikum natürlich nicht zugemutet werden, die Gäste schon um 11 oder gar um 10 Uhr nach Hause zu schicken!

Und so, durch die Ausnahmen, „wird die Verfügung auch brauchbar für jene Polizeiverwaltungen, die unbekümmert um Weismann Solweg, des einseitigen Staatssekretärs des Innern, bei der Beratung des Vereinsgesetzes sich doch noch dem Staat verdient zu machen glauben, wenn sie dafür sorgen, daß die Wirte wissen, wie unangenehm sozialdemokratische Versammlungen in den Amtsstuben empfunden werden.“

## Der „kluge Hans“.

München, 22. Dezember.

Es ist uns allen noch in guter Erinnerung der alte „Kluge Hans“, jenes preußische Tierwunder, der Gaul mit dem Menschenverstand.

Der neue „Kluge Hans“ ist ein bayerisches Wundertier, ein Mensch mit — Gaulverstand.

Den Junker Freiherrn Hans von Thüngen, Reichsrat der Krone Bayerns, ließen die Steuerlörbeeren seines Kollegen, des Herrn Reichsrats von Auer nicht ruhen. Seine Weisheit liegt jetzt gedruckt vor und der „Kluge Hans“ hat die auf ihn gesetzten Erwartungen weit übertroffen.

Ist das Referat des Herrn Reichsrats v. Auer über die Steuerreform ein klassisches Denkmal industriell-kapitalistischer Profitwelt, so ist das Korreferat des Freiherrn Hans v. Thüngen ein grandioses Denkmal agrar-kapitalistischer Gahgier. Die Werke der zwei hohen Reichsräte ergänzen sich also auf das glücklichste. Sie geben vereint ein klares Bild des schrankenlosen Egoismus unserer bestehenden Klassen, der widerlichen Entartung der menschlichen Gefühle und sozialen Instinkte unserer kapitalistisch verseuchten Welt.

Die Schamröte steigt ins Gesicht bei dem Gedanken, daß im 20. Jahrhunderte im Deutschen Reich und bayerischen Lande die klugen Hanse ein kulturell hochstehendes Volk regieren können; ja mehr: verhöhnern und beleidigen dürfen. Aus der schier unerschöpflichen Fundgrube junkerlicher Annahmung und Beschränktheit sollen nur einige „Perlen und Edelsteine“ herausgeholt werden.

Während sein Kollege von Auer die vorgeschlagene Belastung der Erträge des Aktienkapitals als Vermögenskonfiskation betrachtet, sieht der sehr moralische Junker Hans jede Vermögenssteuer als solche an:

„Es ist mit der Vermögenssteuer überhaupt ein eigen Ding. Es fehlt ihr gewissermaßen die innere moralische Berechtigung, sie erinnert zu stark an Konfiskation.“ Er will sie höchstens noch gelten lassen für die Kapitalisten und Großindustriellen. Für die Landwirtschaft ist sie vollständig ungeeignet. Der Kluge Hans kann sich sogar Fälle denken, wo eine große Erbschaft geradezu zum Ruin des unglücklichen Erben führen muß, wenn er so dumm ist, sie anzunehmen:

„Ein kleiner Mann, der zufällig eine wertvolle Bildergalerie erbt, die er momentan nicht verkaufen kann, wird vielleicht dem Gerichtsvollzieher verfallen, wenn er nicht vorsichtig genug war, die Erbschaft auszusagen.“

Freiherr Hans v. Thüngen, genannt der Kluge Hans, kommt dann in einem interessanten Exkurs auf die Sicherheit und Leistungsfähigkeit der verschiedenen Einkommen zu sprechen. Daß die Besitzer der sogenannten fundierten Einkommen leistungsfähiger sein sollen als die der unfundierten Berufseinkommen ist nach ihm eine „veraltete Theorie“, besonders soweit das Einkommen aus Grundvermögen in Frage kommt:

„Man wird nicht behaupten können, daß der Besitz von Grund und Boden auf einem besonders sicheren Fundament ruht.“ — „Erhalten hat ihn bisher lediglich die noch nicht ganz ausgerottete Liebe zur Scholle und die größere Genügsamkeit der Besitzer.“

Diese junkerlich-agrarische „Genügsamkeit“ ist ja allerdings sehr gut bekannt, sie ist in unserer Zeit geradezu sprichwörtlich geworden. — Viel besser fundiert als der mittlere Grundbesitz ist nach ihm das Einkommen der Beamten und der Arbeiter und am besten das der — Armenhäuser!

„Für den Arbeiter ist in erfreulicher Weise dank unserer sozialen Gesetzgebung gesorgt, wie nie zuvor.“ —

„Ja sogar die ganz auf Wohltätigkeit Angewiesenen haben es manchmal besser.“

Der Kluge Hans ist auch ein abgejagter Feind des „leidigen“ und „unseligen“ Progressionsgedankens. Er will die Einkommensteuer ohne Progression so gestaltet wissen, „daß eine Vermögenssteuer, für die unser engeres Vaterland kaum reich genug sein dürfte, entbehrlich würde.“

Wie sein Kollege v. Auer, so erreicht auch Freiherr Hans v. Thüngen seinen geistigen Höhepunkt in seinen sozialwirtschaftlichen Betrachtungen über die Leistung und Lage der Arbeiterklasse. Er philosophiert über das Sinken des Geldwertes und betont, daß die vermehrte Produktion an Gold und Silber allein die Wertsteigerung der Lebensbedürfnisse nicht erklären könne:

„Dieselbe hat vielmehr wohl ihren Grund in der fortwährend zunehmenden Verklärung der Arbeitszeit für alle mechanischen Arbeiter. Nimmt man, mangels einer Statistik, aber 500 000 mechanische Arbeiter an, so ergibt dies bei heutigen Arbeitslöhnen (20 Pf. pro Stunde und 2 Stunden Arbeitszeitverklärung) einen täglichen Ausfall von 200 000 M. Lohnwert oder circa 60 Millionen Mark im Jahre, um welchen Betrag die Lebensbedürfnisse teurer geworden sind, während die direkten Staatssteuern nur 43,5 Mill. beziffern.“

„Es muß auf Grund der Erfahrungen in der Praxis bestritten werden, daß die Kürzung der Arbeitszeit durch intensiveren Arbeit ausgeglichen worden sei, wie es von Amerika, diesem Lande größter sozialer Rücksichtslosigkeit behauptet wird. Denn in Deutschland ist der Arbeiter infolge übertriebener Humanität zurzeit absolut außer Stande, auf die Qualität der Arbeit seiner Arbeitnehmer einen Einfluß auszuüben.“

„Es ist zu augenscheinlich, wie z. B. bei den Streckenarbeitern der Bahn, den Forstarbeitern, den Bauhandwerkern, kurz überall eine Verwöhnung der Arbeiter Platz gegriffen hat, die auf die Kommunal- und Privatbetriebe nicht ohne Rücksicht gelassen ist.“

„Bei den enormen Anforderungen, die heute an alle geistig arbeitenden Menschen gestellt werden, wäre es an der Zeit, auch dem mechanischen Arbeiter wieder zum Bewußtsein zu bringen, daß er nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten hat.“ —

„Der akademisch gebildete Mann wird leicht geneigt sein, Symptome, die er bei seinen Schreibern nie wahrnimmt, wie das Vergleichen von Schweiß oder das Aushalten in Wind und Wetter für eine Ueberanstrengung oder Gesundheitsgefährdung zu halten, während sie einfach zum Beruf gehören.“

Wieviel reichräthlicher Schweiß mag wohl von der Stirn des Klugen Hans geflossen sein, bis all dieser blühende Unsinn geboren war. Doch das wird niemand für eine Gesundheitsgefährdung halten, das gehört einfach zum Beruf.

Er temt auch die Interessentheorie hinsichtlich der Gemeindeförderung und schreibt hierüber:

„Das meiste Interesse an den gemeindlichen Einrichtungen hat unstreitig der Armenhäuser: denn seine Existenz beruht auf der stantlich organisierten gemeindlichen Armenfürsorge.“

Was sich der Teil des bayerischen Volkes gefallen lassen muß, der mit seiner Hände Fleiß und unter Not und Entbehrung die Mittel schafft, damit das kapitalistisch-agrarische Drohnen- und Schmarotzerum ein Freudens- und Faulenzersleben führen kann, geht aus folgender Stelle hervor:

„Es leidet ihn dabei der Gedanke, daß wenn man nur der Steuerfreiheit willen männliche Personen von 900 M. Einkommen an der Wahlurne missen müßte, dies geschehen könnte, ohne daß dadurch die Qualität der bayerischen Gesetzgebung merkbar leiden würde.“

Wie seinem Kollegen von der Hochfinanz, kann auch dem Klugen Hans der Rinderparagraf gar nicht gefallen. Er veranlaßt ihn zu klüßigen Betrachtungen über die unselige

Progression, die er fast bis in den Mutterleib mit seinem Gasse verfolgt:

„Ein Steuererfolg scheint mir doch nicht der geeignete Platz für die Veräußerung solcher Bestrebungen zu sein, noch dazu, wenn man auch hier die unselige Progression bis in die Kinderstube wirken läßt.“

„Und warum hört die Erleichterung in unserem Zeitalter allgemeiner Abwärtung mit 4000 M. auf? Gehört denn nicht jede Frau mit denselben Schmerzen, ob sie arm ist oder reich?“

Doch genug jetzt des grausamen Spiels, genug der Bitate aus dieser politischen Hanswurstaube.

Der Kluge Hans ist von Zeit zu Zeit zu sehen in der hohen Kammer der Reichsräte zu München. Eintritt frei!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Dezember 1909.

### Rechtsschwenkung des Nationalliberalismus.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat bei den letzten Reichsfinanzreformberatungen eine Oppositionsstellung eingenommen; aber längst fühlen sich ihre parlamentarischen Größen nicht mehr wohl bei der „grundtätigen Opposition“, das heißt an der Seite der Freikinnigen. Abhängig von den klingenden Unterstüßungen der Großindustriellen, glauben sie die Interessen des Industrie- und großen Handelskapitals weit wirksamer vertreten zu können, wenn sie an der Regierung teilnehmen und zu diesem Zweck wieder mit den Konservativen anbandeln. So findet sich denn eines der großen liberalen Blätter nach dem anderen, das sich gegen den „Linksbarmarsch“ ausspricht und für das bedächtige Getänzel auf der mittleren Linie, dem sogenannten „maßvollen Fortschritt“ plädiert. Neulich war es die einst jungliberale Reingänge hegende „Magdeburger Zeitung“; jetzt ist es die alte staatsmännische Tante vom Rhein, die „Köln. Zeitung“, die in hohen Sopranstönen das schöne Lied singt: „Laß Dich von der Linken nicht umgarnen!“

Die „Köln. Ztg.“ läßt sich von parlamentarischer Seite einen langen Leitartikel darüber schreiben, daß, wenn auch bei den Verhandlungen über die Reichsfinanzreform die nationalliberale Reichstagsfraktion mit dem „übertriebenen Radikalismus“ zusammengegangenen sei, doch daraus nicht geschlossen werden dürfe, daß die nationalliberale Partei nach links abzuschwenken gedenke. Wörtlich heißt es:

„So haben wir, als uns die jüngste politische Situation mit dem Freisinn zusammenführte und uns mit ihm gemeinsam in eine scharfe Kampfstellung gegen die neue Mehrheit brachte, in allen Blättern der Rechten und des Zentrums tönende Worte vom Linksbarmarsch der Nationalliberalen lesen können. Ganz zu unrecht. Dieser törichte Vorwurf überseh völlig, daß wir unsere endgültige Haltung zur Reichsfinanzreform eingenommen hatten getreu unserem Programm, getreu den Grundanschauungen, die wir auf Parteitage und durch den Mund unserer Redner im Reichstage von Anfang an zur Frage der Befreiung unserer Finanzen vertreten hatten. Man überseh auch völlig, daß wir am letzten Ende diesen Grundfragen der Reform gegenüber Regierungs- politik trieben, nicht in dem üblichen Sinne einer Regierungspartei, die ohne Charakter, ohne eigene feste Grundsätze durch Duld und Dumm mit der Regierung ging, sondern in der Erkenntnis, daß die mit den unsrigen übereinstimmenden Grundanschauungen des Regierungsprogramms im besten Sinne nationale, staatsbehaltende und auch liberale waren.“

Wenn aber schließlich, so führt der Verfasser weiter aus, die Nationalliberalen in den Fragen der Finanzreform eine einheitliche Schlochtlinie mit dem Freisinn gebildet hätten, so folgere daraus noch nicht, daß sie nun auch in der Opposition beharren müßten:

„... Es widerspräche den Prinzipien und der ganzen Vergangenheit unserer Partei, zu einer grundsätzlichen, nicht durch die jeweiligen Umstände bestimmten Opposition überzugehen. Wir werden, wenn die Haltung der Regierung und unsere eigenen Grundsätze und zur Opposition nötigen, diese auch weiter nicht scheuen. Wir treten im übrigen aber dem neuen Kanzler und seinen Vorlesungen unbefangen gegenüber. Man sollte, zumal in den eigenen Reihen der Partei, wie ein jedes Schlagwort, so auch das des Linksbarmarsches oder der Rechtsschwenkung, unbeachtet lassen, vielmehr darauf vertrauen, daß die Haltung der Fraktion und ihre Führung Gewäße bietet für eine durch Parteileidenschaft ungetriebene, rein sachliche Beurteilung der gegenwärtigen Lage und der Zukunftsmöglichkeiten.“

Und schließlich wird ganz klar und offen gesagt, daß der eigentliche Platz der nationalliberalen Partei an der Seite der Konservativen sei, mit deren politischen Auffassungen der Nationalliberalismus manches gemein habe:

„Daß nach allem, was vorgefallen, ein Zusammengehen jetzt und wohl auch auf absehbare Zeit durch die konservative Führung unmöglich gemacht ist, liegt auf der Hand. Das darf und aber bei einer allgemeinen Betrachtung über unsere Parteiverhältnisse und unsere bisherigen Parteizusammenhänge nicht vergessen lassen, daß wir lange und fruchtbare Perioden unserer parlamentarischen Geschichte hatten, in denen das Zusammenwirken von konservativem und liberalem Geiste dem deutschen Staatsgebäude große Erfolge beschert hat. Beide, die Nationalliberalen wie die Konservativen haben mit ihrem ausgesprochenen Sinne für Staatsnotwendigkeiten nicht selten Gelegenheit und Grund gefunden, in gemeinsamer Arbeit dem Vaterlande zu dienen. Ueber die gemeinsame Betätigung in nationalen Fragen der Wehrkraft hinaus einte beide der gemeinsame Kampf gegen die Sozialdemokratie. Und wenn heute die konservative Führung im Kampfe gegen das Zentrum verlagert hat, dann ist doch die Tatsache unbestreitbar, daß auch diese gemeinsame Abwehrstellung dem Zentrum gegenüber den Anschauungen der konservativen Partei in ihren Wählermassen gleichermassen entspricht wie denen der Nationalliberalen. Gerade in früheren Zeitläuften so oft in Erscheinung getretene und nicht zum Schaden des Landes befristete Uebereinstimmung oder zum mindesten das einstige Zusammenwirken dieser beiden großen Parteien läßt uns die durch Schuld der konservativen Parteiführung herbeigeführte Entfremdung, so man kann sagen, diese heutige Kampfstellung, für die eine Aenderung kaum zu erhoffen ist, im Interesse einer segensreichen nationalen Arbeit so bedauerlich erscheinen.“

Für uns ist dieses Zurücksehen der parlamentarischen Größen des Nationalliberalismus nach dem „einstigen Zusammenwirken“ mit den Konservativen durchaus keine Ueberrückung. Niemand kann gegen seine innerste Natur, auch eine Partei nicht,

## Steigendes Defizit.

Vor kurzem wurde in liberalen Blättern der Fehlbetrag im preussischen Staatshaushaltsetat für 1910 auf ungefähr 80 Millionen Mark geschätzt. Sicherlich ein ganz ansehnliches Defizit; doch wird voraussichtlich die Schätzung noch um ungefähr 20 Millionen hinter dem wirklichen Fehlbetrag zurückbleiben. Die „Verl. Vol. Nachr.“ wissen darüber zu melden:

„Bei Aufstellung des Staatshaushaltsetats für 1910 ist nach den Regeln strenger Sparsamkeit verfahren worden. Schon bei den Anmeldungen haben sich die verschiedenen Verwaltungen große Zurückhaltung auferlegt und bei der Nachprüfung der Anmeldungen im Finanzministerium sind weiter zahlreiche und umfassende Einsparungen gemacht worden. Gleichwohl ist es nicht möglich gewesen, einen balanzierenden Etat herzustellen, vielmehr weist er einen beträchtlichen Fehlbetrag auf. Das Staatsdefizit wird den Betrag von 100 Millionen Mark zwar nicht erreichen, aber nicht allzu viel dahinter zurückbleiben. Es liegt auf der Hand, daß in dieser unglücklichen Gestaltung der Finanzlage, die namentlich durch die starke Ausgabenvermehrung infolge der neuen Besoldungsgehalte verursacht ist, die dringendste Maßnahme enthalten ist, in der Folge sich noch größerer Sparsamkeit zu befleißigen und alle Ausgaben zu vermindern, die nicht zur Erfüllung der Kulturaufgaben des preussischen Staates unbedingt erforderlich sind. Außer den Mehrausgaben für die Besoldung der Beamten, Geistlichen und Lehrer spielt auch die starke Vermehrung der Ausgaben für die Staatsbahn eine beträchtliche Rolle unter den Ursachen der gegenwärtigen ungünstigen Finanzlage Preußens. Der Schuldendienst erfordert für das Jahr 1910 allein eine Mehrausgabe von 24 Millionen gegenüber dem laufenden Rechnungsjahre. Darunter befinden sich nicht weniger als 11 Millionen Mark für Zinsen im Interesse der Eisenbahnen. Diese Mehrausgabe ist etatsmäßig aus dem Betriebsüberschusse der Staatsbahnen zu bestreiten und vermindert mithin seinen für die einmaligen Ausgaben der Eisenbahnverwaltung und den allgemeinen Staatsauswand verfügbaren Teil entsprechend. An dieser Lage der Dinge wird man eine dringende Maßnahme erkennen, sich auch in Bezug auf die Inanspruchnahme des Staatskredits für Zwecke der Eisenbahnverwaltung die größte Beschränkung aufzuerlegen; es laufen die Eisenbahnschulden, wenn sie in der Weise sich vermehren wie in den letzten Jahren, sonst ernstlich Gefahr, den Betriebsüberschuß mit Ausgaben für diesen Zweck zu überlasten und ihn so nicht mehr für die anderen, auf ihn angewiesenen Zwecke ausreichend leistungsfähig zu machen.“

## Zur mecklenburgischen Verfassungsfrage

Schreibt die „Kreuz-Zeitung“, daß nach ihren Ermündigungen die Mehrheit des Reichstags zu einer Änderung der Reichsverfassung aus Anlaß der mecklenburgischen Kämpfe nicht gewillt ist und daß auch der Bundesrat nach wie vor auf dem Standpunkt steht, den am 15. Juni d. J. der damalige Staatssekretär des Innern dahin präziserte: „Ich darf es mir versagen, auf die Einzelheiten dieser Seite der Angelegenheit einzugehen, einmal weil die Reichsregierung wiederholt ihre Stellung zu diesen Fragen hier ausgesprochen hat, vor allem aber um deswillen, weil im Vordergrund die politische Frage steht: ob das Reich sich entschließen würde, seine Reichsorgane gegenüber dem inneren Verfassungsrecht der Einzelstaaten anders abzugrenzen, als es in der Verfassung geschehen ist, wobei ganz dahingestellt bleiben kann, welcher Weg zu diesem Zwecke zu beschreiten sein würde. Eine derartige grundlegende Änderung unseres Verfassungsrechts vorzunehmen, liegt nicht in der Absicht der verbündeten Regierungen.“ Unter der Mehrheit des Reichstags kann das Junkerblatt in diesem Falle nur den Schnapsblock verstehen. Wahrscheinlich will die „Kreuz-Zeitung“ einen Wink geben, wie er sich in dieser Frage zu verhalten hat, wenn er es mit den Junkern nicht verderben will.

## Beschlagnahme russischer Staatsdepots in Berlin.

Wie die russische „Wörzenzeitung“ meldet und von einigen hiesigen Wörzenblättern bestätigt wird, sind bei dem Bankhaus Mendelssohn in Berlin russische Staatsdepots in Höhe von 5 Mill. Rubel von einem deutschen Gericht beschlagnahmt worden. Die Beschlagnahme soll eine neue Phase bilden in dem bekannten Prozeß wegen des Dampfers „Anhalt“, der während des russisch-japanischen Krieges von der russischen Regierung auf den Namen des Reichsdeutschen Hellsfeld angekauft wurde. Der Dampfer sollte mit Munition nach Wladivostok gehen. Hellsfeld erhielt für den Fall des Wegbleibens der gefährlichen Fahrt eine bedeutende Entschädigung zugesichert. Als der Friede von Portsmouth geschlossen wurde, war die „Anhalt“ erst bis Harbin gekommen. Die russische Regierung hat danach die ausbedungene Zahlung verweigert. Inzwischen war es aber gelungen, den Dampfer „Anhalt“ mit seiner Fracht nach Wladivostok zu schaffen. Infolgedessen hat Hellsfeld die russische Regierung auf vier Millionen Rubel Schadenersatz verklagt. In dem seit Jahren spießigen Prozeß hat nunmehr, so wird gemeldet, das deutsche Gericht die Zahlung zugesprochen und gleichzeitig die russischen Staatsdepots bei der Firma Mendelssohn mit Beschlagnahme belegt. Diese Wendung der Sache hat die russische Regierung veranlaßt, den Oberprokurator des Justizdepartements des Senats, Dymowski, nach Berlin zu senden, um die Sache beizulegen.

## Die sittlichen Gefahren der Frauenarbeit.

Der verlassene Reichstagsabgeordnete und Vorkämpfer des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes Wilhelm Schad pflegte oft und gern von den sittlichen Gefahren der Frauenarbeit im Handelsgewerbe zu reden, bis die bekannte Triolen-Affäre seiner Wirksamkeit ein jähes Ziel setzte. Die sittlichen Gefahren sind aber nach wie vor ein Hauptargument der Deutsch-nationalen zur Bekämpfung der Frauenarbeit im Handel geblieben. Leider zeigt sich bei den deutsch-nationalen Herren eine bedauerliche Einseitigkeit, indem sie nur die Frauenarbeit im Handelsgewerbe, nicht aber auch in anderen Berufen bekämpfen. Zum Beispiel erscheint in der „Brandenburgischen Wache“, einem Organ des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes, ein Inserat, worin ein sehr bekanntes und berühmtes Lokal mit weiblicher Bedienung empfohlen wird. Zum Schluß heißt es sehr bezeichnend in der Anzeige: „Verbandsbrüder sind hier anzutreffen!“ Der Deutsch-nationale Verband scheint also der Ansicht zu sein, daß die Frauenarbeit in Damenlokalen keine sittlichen Gefahren mit sich bringt. Oder gehen die deutsch-nationalen Verbandsbrüder nur studienhalber dahin, um nachher auf Grund der gewonnenen Erfahrungen um so heftiger gegen die sittlichen Gefahren der Frauenarbeit wettern zu können?

## Israele reformiert.

Am 7. Januar tritt der neue Weirat für die Reichspostverwaltung zusammen und Staatssekretär Kaeble, der anscheinend auch fernerhin auf seinem Posten zu bleiben gedenkt, hat bereits zwei Reformen vorbereitet. So soll bereits am 1. Januar 1910 der Anknüpfungsstempel wenigstens für Gil- und Einschreibebriefe wieder eingeführt werden. Ferner sollen Postlagerarten zum Preise von 25 Pf. pro Monat neu eingeführt werden. Diese Karten lauten auf den Namen des Antragstellers und gegen Vorzeigung der Karte werden postlagernde Sendungen ausgehändigt. Vermutlich soll damit dem Mißstand vorgebeugt werden, daß postlagernde Sendungen von unbefugten Personen abgeholt werden.

## Der „liberale“ Kandidat von Eisenach-Dernbach.

Als nationalliberaler Kandidat im Wahlkreis Eisenach-Dernbach ist ein Herr Krug angetreten worden. Gegen diese Kandidatur hat sich eine Versammlung des freisinnigen Wählervereins ausgesprochen, weil Krug dem Bunde der Landwirte angehöre, die Freisinnigen aber grundsätzlich nur zur Unterstützung eines dem linken Flügel der nationalliberalen Partei angehörenden Kandidaten bereit sind. Die freisinnige Volkspartei in Eisenach empfiehlt die Wiederaufstellung des bei der letzten Wahl kandidierenden nationalliberalen Archydirektors Winter aus Magdeburg.

## Zur Finanzwirtschaft des Reichsverbandes.

In Nr. 301 des „Vorwärts“ (vom 24. Dezember) veröffentlichte wir ein Schreiben der Berliner Hauptstelle des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, in welchem mitgeteilt wurde, daß durch den Rücktritt des Dresdener Reichsverbands-Generalsekretärs, des Herrn Erwin Belger, der bisher das Zulasso der Mitgliederbeiträge in Dresden besorgt habe, von seinem Posten finanzielle Wirrungen entstanden seien. Zu dieser Veröffentlichung schied uns Herr Belger eine längere Erklärung und bittet „in persönlichem Interesse“ um deren Abdruck. Obgleich wir uns zum Abdruck weder verpflichtet, noch moralisch verpflichtet fühlen und der Ansicht sind, daß Herr Belger, wenn er sich durch das Schreiben der Berliner Hauptstelle des Reichsverbandes in seiner Ehre gekränkt fühlt, sich wegen Genugtuung an diese Hauptstelle wenden und sie verlagern soll, wollen wir doch seine Erklärung aufnehmen, um darzutun, daß uns eine Diskreditierung seiner Person ganz fern liegt.

## Herr Belger schreibt:

Die in dem Handkreisen der Hauptstelle Berlin des Reichsverbandes an die Dresdener Mitglieder verteilten Unklarheiten im Zusammenhang mit der Dresdener Ortsgruppe stehen in keinerlei ursächlichem Zusammenhang meiner freiwilligen Amtsniederlegung. Letztere erfolgte für die Hauptleitung ganz unerwartet und gründet sich auf persönliche, von den Anschauungen der Berliner Hauptstelle abweichende Auffassungen allgemeiner Art, die mir ein längeres Verbleiben als Generalsekretär des Reichsverbandes als nicht vereinbar mit meinen Prinzipien erschienen lassen.

Mit den Kassengeschäften in Dresden hatte ich nur die letzten fünf oder sechs Wochen zu tun, nachdem der Ortsgruppenleiter, ein von mir hochgeschätzter Herr — wiederum aus fernliegenden anderen Gründen — sein Amt niedergelegt hatte. Tatsache ist, daß die Kassensführung vollständig ordnungsgemäß war. Mein plötzliches Aufgeben hat lediglich den inneren Zusammenhang momentan gelöst und eine Konstellation der in den lokalen, seit Anfang ohne Anstoß geübten Einrichtungen des Kassengeschäfts nicht unterrichteten Hauptstelle des Verbandes herbeigeführt, die allerdings niemals ein solch unglücklich abgefaßtes Rundschreiben hätte bedingen dürfen. Auf die bei einer so beträchtlichen Mitgliederzahl selbstverständlichen Schwierigkeiten war der Herr Bacher von mir übernehmende Berliner Beamte sehr wohl aufmerksam gemacht worden. Ich überlasse es den Verfassern des Rundschreibens, weitere Schritte zu tun, um auch den leisesten Verdacht von meiner Person abzuwenden.

Blauen, Mit voller Hochachtung  
Johannstr. 4 II. Erwin Belger.

## Belgien.

### Das Spanien des Nordens.

„Belgien... ein Spanien des Nordens“ lautet der Titel eines Artikels, den der belgische Journalist Gérard Garry in der Dezembernummer der „Grande Revue“ veröffentlicht. Er führt darin aus: „Schon jetzt hört man in so manchen wallonischen oder flämischen Zentren die Klagen der freien Arbeiter oder der kleinen Handwerker, die durch den Wettbewerb der Arbeiter ruinieren sind oder mit dem Ruin bedroht werden, da diese keine Erwerbslocher zahlen und wahre Hungerlöhne geben, die sie leicht ansetzen und somit Epiden, Wäldchen, Schuhe zu Weisen herstellen können, bis zu denen die freie Industrie nicht hinabsteigen kann, trotz aller Bemühungen, die sie auf Kosten der Löhne ihrer eigenen Arbeiter macht. Und das Geld, das die Kongregationen so drohieren, wird nicht an Ort und Stelle ausgegeben; es geht größtenteils nach Rom, wo es den Peterspfennig um die Frucht eines wahren Sweating Systems vermehrt, dank der Wünsche und Rationen für die Herstellung eines Dutzends Männerhemden 2,50 Fr. und für die eines Dutzends Schürzen 1,80 Fr. bezahlen. Aber abgesehen von diesen materiellen Erwägungen muß man sich fragen, was man von dem Wohlwollen denken soll, mit dem in Belgien die Trümmer des kaiserlichen Organismus Frankreichs aufgenommen wurden, wahrheitsgemäß, weil sie als wertvolle Hilfstruppen, als eine opportune Verstärkung für das Werk der intensiven Meritifizierung angesehen werden, das seit 25 Jahren verfolgt wird und das in wenigen Jahren, falls die Regierung in den gleichen Händen bleibt, Belgien die Bezeichnung „nördliches Spanien“ eintragen wird.“

## Spanien.

### Die Opfer des Bergwerkskriegs.

Madrid, 20. Dezember. Studenten haben an den König eine Petition gerichtet mit der Bitte, für die aus Melilla zurückkehrenden Soldaten ein Sanatorium errichten zu lassen, da von den 2000 zurückkehrenden Mannschaften mindestens 4000 schwindsüchtig geworden seien.

## Rußland.

### Die Karpow-Interpellation.

Petersburg, 20. Dezember. Nach Debatten, welche zwei Sitzungen in Anspruch nahmen, lehnte die Reichsduma mit 151 gegen 98 Stimmen die Beantwortung der Interpellation über die Ermordung des Chefs der politischen Polizei Karpow ab.

## Finnland.

### Die Russifizierung.

Der russische Ministerrat hat verfügt, daß alle Erlasse des Generalgouverneurs von Finnland nur noch in russischer, nicht mehr in schwedischer noch in schwedischer Sprache veröffentlicht werden sollen.

### Landesverweser für Finnland.

Aus Petersburg wird mitgeteilt, der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch sei für den Posten eines Landesverwesers für Finnland angetreten worden. Das bedeutet natürlich, daß Finnland einen eigenen „Selbstherrscher“ erhalten soll, dessen spezielle Aufgabe es sein würde, das Land nach dem christlichen Programm Rußland „einzuverleiben“.

## Türkei.

### Die Kabinettskrise.

Ein Artikel unseres Konstantinopeler Korrespondenten, der noch vor dem Eintritt der Krise geschrieben wurde, stellt die Situation also dar:

„Raum haben sich die Leidenschaften gelegt, die während der Lynchinterpellation im osmanischen Parlament tobten und die beim Sturz des Kabinetts führten, und schon taucht eine neue Gefahr auf, die das Ministerium Hilmi Pascha bedroht. Diesmal treten die Anhänger des jungtürkischen Komitees für „Einheit und Fortschritt“ als Gegner des Kabinetts hervor, d. h. die Leute, die neulich das Ministerium retteten.“

In der Tat aber ist das Benehmen der Jungtürken gar nicht merkwürdig. Es ist bekannt, daß die Jungtürken mit dem

gegenwärtigen Kabinetts, besonders mit dem Großwesir Hilmi Pascha nie zufrieden waren; trotzdem wollten sie während der Lynchinterpellation das Ministerium nicht stürzen, weil sie Angst hatten, daß der Sturz des Kabinetts auch den Untergang des Schiffsbauprojektes herbeiführen könnte. Weiter waren die jungtürkischen Führer überzeugt, daß ins neue Kabinetts diejenigen Minister, die das Projekt inspirierten, nicht eintreten könnten. Und jetzt man in Betracht, daß unter diesen letzteren sich die eifrigsten Anhänger des Jungtürkismus, wie der Minister des Innern Chalaf Bey, der Minister der öffentlichen Arbeiten Salabadjian und der Finanzminister Dschawid Bey befinden, so sieht man, daß die Taktik der jungtürkischen Abgeordneten während der Interpellation ganz richtig war. Jetzt aber wollen sie eine andere Gelegenheit benutzen, das Ministerium zu stürzen, und mit der Bildung des neuen Kabinetts, in dem die drei obengenannten Minister auf jeden Fall bleiben sollen, einen ihrer unbedingten Anhänger beauftragen.“

Die Lynch-Affäre, d. h. der Entschluß der Regierung, der englischen Firma Lynch eine monopolartige Konzession für die Schiffsahrt auf dem Euphrat und Tigris zu gewähren, hat lebhafteste Erregung in Mesopotamien hervorgerufen, die schließlich zu blutigen Unruhen geführt hat. In Bagdad, sowie in Basora sind große Versammlungen der Notabeln abgehalten worden, in denen einstimmig beschlossen wurde, sich der Konzession an die Lynch-Gesellschaft zu widersetzen. Dieser Entschluß wurde der Pforte mitgeteilt. In gleicher Zeit wurden die arabischen Deputierten, die für das Gesetz in der Kammer gestimmt hatten, aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen, da sie sich in einen schroffen Gegensatz zu ihrer Wählerschaft gebracht hätten, die die Konzession als eine Veräußerung an den nationalen Interessen als Vorbereitung englischer Herrschaft ansieht. Nach den neuesten Konstantinopeler Meldungen ist es in Bagdad zur offenen Empörung gekommen.

Inzwischen hat das ganze Ministerium seine Demission eingereicht. Als Nachfolger im Großwesirat wird Gulli Bey, Gesandter in Rom, genannt.

## Indien.

### Das Erwachen der Arbeiterschaft.

Genosse MacDonald, der von seiner Studienreise in Indien nach England zurückgekehrt ist, berichtet in einer Versammlung in Leicester über seine Erfahrungen. Das Industriesystem setze sich in Indien in derselben Weise durch wie vor 100 Jahren in England. Man habe die Landbevölkerung vom Boden getrennt und in die Städte gezogen, wo nun neben Männern und Frauen Kinder bis zu sechs Jahren herab in den Fabriken arbeiten. Er erzählte, daß die indische Arbeiterschaft mit größter Teilnahme die Tätigkeit der englischen Arbeiterpartei verfolgte. Er wurde veranlaßt, in Bombay vor 1000 Arbeitern zu sprechen. Es wurde ihm versichert, daß man hoffe, in nicht ferner Zeit Hand in Hand mit der Arbeiterschaft aller Länder zu arbeiten. Auch dem politischen Kampfe, der sich in England abspielt, werde das größte Interesse entgegengebracht. Alle Klassen wünschten den Sieg der fortschrittlichen Regierung.

## Aus der Partei.

### Erfolgreiche sozialdemokratische Kritik.

Der Karlsruher „Volkfreund“ teilt mit: Die vielen in der letzten Zeit durch unser Blatt gegangenen Beschwerden wegen der Nichtberücksichtigung der Arbeiter bei der Berufung von Schöffen haben das Justizministerium veranlaßt, Erhebungen darüber zu machen. Die Berichte sind angewiesen, die Zahl der zum Schöffennamt nach den Urteilen berufenen Personen anzugeben und die Zahl der darunter befindlichen Arbeiter zu bezeichnen. Ferner ist die Zahl der im vorigen und in diesem Jahre aus der Wahl hervorgegangenen Arbeiter festzustellen.

### Es kommt auf jede Stimme an!

Die „Weimarer Volkszeitung“ schreibt: Wie oft ist schon bei Wahlen diese Mahnung an Säumige erfolgt und doch wiederholt sich bei jeder Wahl die gleiche Geschichte: Es gibt eine ganze Anzahl nachlässige und Gleichgültige, die entweder nicht zur Wahl gegangen sind oder die nicht die Wahlerlisten eingesehen hatten und nachher ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten. Wie sehr es aber auf jede einzelne Stimme ankommt, das beweisen die Stichwahlresultate in Sachsen-Weimar. In zusammen drei Wahlbezirken fehlten nur 81 Stimmen und es sahen drei Sozialdemokraten mehr im zukünftigen weimarschen Landtage! Im 15. Wahlbezirk fehlten unserem Kandidaten 4, im 20. Bezirk 22 und im 23. Bezirk 57 Stimmen! — Hätten diese nicht einmal 100 Stimmen in drei Wahlbezirken nicht noch aufgebracht werden können? Wir glauben, es wäre möglich gewesen, und wir hätten drei Sitze mehr gehabt. . . .

### Der König der Belgier und die Sozialisten.

Der Brüsseler Korrespondent der „Frankf. Rtg.“ erzählt: Während des Einzuges des Königs lagerte vor einem Hause die tote Sozialistenfahne und an ihrer Spitze war ein Trauerkranz angeheftet. Der König kniete. Aber sofort sogte man ihm, daß dieser Trauerkranz wegen des Todes des sozialistischen Abgeordneten Poisson angebracht worden sei. Ohne Worte und mit einfacher Würde grüßte nun Albert die sozialistische Fahne mit dem Trauerkranz. Wir fragen uns, was unter ähnlichen Umständen in Deutschland geschehen wäre.

## Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage.)

### Kampf um die Invalidenrente.

Die Arbeiterin Auguste St. aus R. litt seit ihrer frühesten Jugend an Leihungen. Diese hinderten sie jedoch nicht, als Näherin einer Beschäftigung nachgehen zu können. Nachdem sie bereits die durch das Alter und Invaliditätsversicherungsgesetz festgesetzte Wartezeit zurückgelegt hatte, verschlimmerte sich ihr Zustand derart, daß sie jegliche Beschäftigung aufgeben mußte. Frau St. erhob nunmehr bei der Landesversicherungsanstalt Brandenburg Ansprüche auf Gewährung der Invalidenrente. Mit diesem Anspruch wurde sie jedoch abgewiesen, weil wohl 110 Beitragswochen nachgewiesen seien, diese aber auf die Wartezeit nicht angerechnet werden könnten, da nach den angeführten Ermittlungen Frau St. niemals erwerbsfähig im Sinne des Gesetzes und deshalb nicht versicherungspflichtig gewesen sei.

Sanitätsrat Dr. M., der die Antragstellerin seit langer Zeit kannte, beschleunigte jedoch, daß sie trotz ihrer Leihungserscheinungen sehr wohl in der Lage war, Arbeiten nachgehen zu können, durch die sie mehr als das gesetzliche Lohn Drittel verdienen konnte. Dingu kam, daß Frau St. ja tatsächlich Arbeiten zu nahezu vollem üblichen Lohn verrichtet hat. Auf eingeleitete Berufung sollte das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung ein Gutachten vom Professor Dr. Th. ein. Dieser erklärte, es sei wohl denkbar, wie ja auch im vorliegenden Falle bestätigt wurde, daß eine seit längerer Zeit kranke Person noch regelrechter Beschäftigung nachgehen könne; daß um so mehr, wenn passende Arbeitsgelegenheit vorhanden sei.

Auf Grund dieses Gutachtens beurteilte das Schiedsgericht die Landesversicherungsanstalt zur Zahlung der Invalidenrente. Die Beurteilung legte Revision ein. Das Reichsversicherungsamt erklärte die Entscheidung des Schiedsgerichts für zutreffend und ohne Ueberbreitung des freien Ermessens gefaßt. So kam Klägerin dann endgültig nach nahezu zwei Jahren in den Genuß der Invalidenrente.

# Gewerkschaftliches.

## Helfershelfer des Herrn Lebius.

Zu unserer gestrigen Notiz „Ist Lebius ein Ehrenmann“ wird uns von einem bekannten und angesehenen Journalisten geschrieben: „Die Nummer des unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden „Bund“, in der der Schriftsteller Karl May von Lebius als Mäurerhauptmann und selbstverständlich gleichzeitig als Sozialdemokrat geschildert wird, hat Lebius, blau angefrischt, an alle Korrespondenzen geschickt. Die Korrespondenz E. u. S. (Schweder und Herzsch) hatte dann auch nichts Eiligeres zu tun, als dem Lebiuschen Elaborat sofort weitere Verbreitung zu geben. Alle anderen Korrespondenzen erachteten es selbstverständlich unter ihrer Würde, Herrn Lebius als Sprachrohr zu dienen. Es liegt jedenfalls im Interesse aller Zeitungskorrespondenzen, dies ausdrücklich festzustellen, und zwar schon deshalb, damit Herr Lebius nicht etwa auf den Gedanken kommt, anständige bürgerliche Journalisten liegen sich herbei, ihm als Sprachrohr zu dienen.“

### Berlin und Umgegend.

Die im Gemeindeförder-Verband organisierten Angestellten in den Privat-Veranstaltungen beschlossen in ihrer Generalversammlung, von einer Kündigung des Tarifvertrages, der noch bis zum 31. März 1910 Geltung hat, abzusehen. Wird er von Unternehmenseite nicht gekündigt, so läuft er ein Jahr weiter.

### Deutsches Reich.

## Vereinigung des Schmiedeverbandes mit dem Metallarbeiterverbande.

Wie wir der „Metallarbeiter-Zeitung“ entnehmen, fand Ende September in Hamburg eine Konferenz der Vorstände obengenannter Verbände statt, die sich mit dem Uebertritt des Schmiedeverbandes zum Metallarbeiterverband beschäftigte. Die Verhandlungen führten zu keinem positiven Ergebnis. Die Vorstände beider Verbände kamen dahin überein, daß der Vorstand des Schmiedeverbandes die vom Vorstand des Metallarbeiterverbandes gemachten Vorschläge seinen Mitgliedern zur Diskussion und Stellungnahme mit den übrigen Entwürfen zum Verbandstag unterbreiten wolle. Dies geschieht nun auch in Nr. 1 des Jahrgangs 1910 der „Schmiedezitung“.

Nach diesen Vorschlägen würden die zum Metallarbeiterverband übertretenden Mitglieder des Schmiedeverbandes in die gleichen Rechte eintreten, die auf Grund der Dauer der Mitgliedschaft der Metallarbeiterverband seinen Mitgliedern gewährt. Die bisherigen Mitglieder des Schmiedeverbandes wären vom Eintrittsgeld befreit, die bisher im Schmiedeverbande gezahlten Beiträge würden ihnen aufgerechnet und sie wären den geleisteten Beiträgen entsprechend unterfällungsberechtigt. Dabei soll den Schmieden völlige Bewegungsfreiheit als Sektion innerhalb des Metallarbeiterverbandes gewährleistet werden. Ferner übernimmt der Metallarbeiterverband die jetzt im Schmiedeverbande besoldeten Angestellten, wobei besonders berücksichtigt werden soll, daß die bisher im Schmiedeverbande agitatorisch tätigen Gewerkschaftsmännern auch weiterhin die Funktionen ausüben. Nach erfolgtem Uebertritt würde der Metallarbeiterverband statistische Erhebungen über die Erwerbsverhältnisse im Schmiedegewerbe vornehmen, das gewonnene Material in einer Broschüre veröffentlichen, und nachdem eine Konferenz für die Schmiede einberufen, in der diese Erhebungen besprochen werden sollen.

Der Beschluß über den Uebertritt bleibt dem am 22. Mai in München tagenden Verbandstag des Schmiedeverbandes vorbehalten. Wird der Uebertritt von den Delegierten des Schmiedeverbandes beschlossen, so wäre damit manche lästige Grenzstreitigkeit beseitigt.

### Organisationserweiterung.

Im Verbandsorgan des Steinarbeiterverbandes hat seit Wochen eine lebhafte Debatte wegen der Organisation der Hilfsarbeiter eingesetzt. Die letzte Versammlung und Gewerbezählung ergab, daß in der deutschen Steinindustrie 160 000 Personen beschäftigt sind. Der Steinarbeiterverband zählt aber erst 17 344 Mitglieder; in anderen Verbänden dürften insgesamt noch 3000 Arbeiter organisiert sein. Der qualifizierte Steinmetz wird durch die Einführung des Kunststeines immer mehr verdrängt, die Zahl der Hilfsarbeiter ist dagegen gestiegen. Diese Arbeiterkategorie muß zu sehr niedrigen Löhnen arbeiten, und daher ist es notwendig, daß im Steinarbeiterverband außer den Beitragskassen von 45, 60 und 55 Pf. noch solche von 35 und 40 Pf. eingeführt werden. Wenn diese Regelung eingeführt ist, dann ist zu hoffen, daß genannter Verband auf einen größeren Mitgliederzuwachs rechnen kann. Die Stundenlöhne in der Steinindustrie schwanken zwischen 18 und 55 Pf. Es ist deshalb sehr begründet, wenn für die Hilfsarbeiter niedrigere Beiträge eingeführt werden.

Die Breslauer Klempner beschlossen einstimmig, den mit der Zwangsvereinbarung vereinbarten Tarif, der noch bis zum 1. April 1910 Gültigkeit hat, zu kündigen. Da die neuen Forderungen durchaus mäßig sind, so ist zu hoffen, daß ein neuer Tarif abgeschlossen wird.

Die Breslauer Tapezierer beschlossen ebenfalls einmütig, den am 28. Februar nächsten Jahres ablaufenden Tarif nicht mehr zu erneuern.

### Lohnbewegungen der Brauereiarbeiter.

Eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung der Brauereiarbeiter in Karlsruhe beschloß, den im Jahre 1906 zwischen dem Brauereiarbeiterverbande und dem Vereine der Brauereien von Karlsruhe und Umgegend abgeschlossenen Tarifvertrag, der für alle Brauereiarbeiter Geltung hat und am 1. April 1910 abläuft, zu kündigen, und den Unternehmern neue Vertragsbedingungen zu unterbreiten. Gleichzeitig kündigten auch die Brauereiarbeiter in Pforzheim, deren Tarifvertrag zum gleichen Zeitpunkt abläuft und die sich in der Zwischenzeit der Zahlstelle Karlsruhe angeschlossen haben. Die Tarifbewegung erstreckt sich demnach auf die Orte Karlsruhe, Pforzheim, Durlach, Ettlingen und Mülhlacker.

Die Brauereiarbeiter in Frankfurt a. M., die ebenfalls in der Tarifkündigung stehen, haben in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung dem ihnen vorgelegten Entwurfe zugestimmt. Es wird darin gefordert: Verlängerung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden für sämtliche Kategorien mit Ausnahme der Bierfahrer; ferner Erhöhung der Löhne von 27 auf 31 M. bzw. von 30 auf 34 M. mit Ausnahme der Hof- und Hilfsarbeiter, Bierfahrer und Flaschenkellerarbeiter; für diese wird gefordert: 28 bis 31 M. gegen bisher 22 bis 25 M. Außer sonstigen Verbesserungen wird auch ein Urlaub ohne Lohnabzug bis zu 8 Tagen gefordert, der bisher in Frankfurt noch nicht besteht.

### Die Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Die Leipziger Fabrikanten der Musikbranche waren bisher „prinzipielle“ Gegner von Tarifverträgen und lehnten darum auch im Jahre 1907 einen Tarifabschluß für ihre Betriebe ab. Jetzt erschienen Vertreter derselben in der Verhandlungskommission der Vertragsparteien. Sie motivierten ihr Erscheinen damit, daß sie ihre Kollegen von der Bau- und Möbelbranche unterstützen wollten. Die Arbeiter wiesen diese Einmischung ab, und jetzt haben sich die Herren zu der Erklärung bequemt, den eventuell abzuschließenden Vertrag auch für ihre Betriebe anzuerkennen. Eine stark besuchte Versammlung der Musikinstrumentenarbeiter Leipzigs hat sich nun ebenfalls für den Abschluß eines Vertrages ausgesprochen und eine Kommission mit den nötigen Vorarbeiten betraut.

In Düsseldorf fand eine Verhandlung zwischen den Ortsvereinen statt, in welcher seitens der drei in Frage kommenden Arbeiterorganisationen (Deutscher, Christlicher Holzarbeiterverband und Ge-

werksverein) Herrn Siebel und seinen Kollegen mit aller Deutlichkeit gesagt wurde, daß die Entlassung einer größeren Anzahl Arbeiter während der Vertragsdauer — wie dieses in dem auch von uns veröffentlichten Schreiben angedroht war — als Vertragsbruch anzusehen sei und entsprechende Gegenmaßnahmen folgen würden. Die von den Arbeiterorganisationen ausgearbeiteten Forderungen sollen den Arbeitgebern sobald als möglich überreicht werden.

In Hildesheim haben sich die Arbeitgeber bereit erklärt, den gegenwärtig geltenden Vertrag mit allen seinen für die Arbeiter ungünstigen Bestimmungen und niedrigen Löhnen auf weitere drei Jahre zu verlängern. Die Arbeiter haben dieses „freundliche“ Ansuchen dankend abgelehnt, werden aber den Arbeitgebern ihre Wünsche rechtzeitig unterbreiten.

Ähnliche Ansuchen wie in Hildesheim haben die Unternehmer in einer Reihe weiterer Orte gestellt, ohne die nötige Gegenliebe bei den Arbeitern zu finden. Die Arbeiter sind der Meinung: entweder Verträge mit den nötigen Verbesserungen oder — keine Verträge, selbst wenn dies den Herren vom Schutzverbände nicht paßt. Bemerkenswert ist noch, daß in einer Anzahl Orte die Verträge von den Ortsvorständen gegen den Willen der Mitglieder des Schutzverbandes gekündigt sind und diese sich in heller Aufregung darüber befinden.

Die Arbeiter des Holzgewerbes betrachten diese Dinge mit Gemütsruhe, rüsten aber um so eifriger, weil sie nicht wissen können, wie sich die Dinge weiter entwickeln.

**Achtung, Glaschleifer!** Die Firma Hellenthal u. Co. in Leipzig hat sämtliche organisierte Glaschleifer, Polierer und Seleger entlassen. Die Firma hat den mit den Arbeitern abgeschlossenen Tarifvertrag gebrochen und versucht, unorganisierte Leute unter Umgehung des Arbeitsnachweises einzustellen. Da die Firma, die an verschiedenen Orten Filialen besitzt, überall gegen die Organisation vorgeht, wird hiermit besonders auf sie aufmerksam gemacht. Vor allem ist Zugzug nach Leipzig streng fernzuhalten.

### Tarifbewegung in der Holzindustrie Bayerns.

Nachdem der Arbeitgeberschutzverband für das Holzgewerbe alle zum Ablauf kommenden Tarifverträge gekündigt hat und bereits Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Organisationen der Arbeiter angebahnt sind, ist das Bestreben des Arbeitgeberschutzverbandes nun darauf gerichtet, das Kampffeld nach Möglichkeit zu erweitern. Zu diesem Zwecke werden nun auch in solchen Orten, wo bisher keine Tarifverträge bestehen, durch die Bezirksverbände des Arbeitgeberschutzverbandes den Arbeiterorganisationen Vertragsentwürfe vorgelegt und auf Abschluß eines Tarifes gedrungen. Auch verfolgte der bayerische Unternehmerverband, der bisher gesonderte Verträge hatte, das Bestreben, in die allgemeine Tarifbewegung hineinzukommen.

So wurde auch in Augsburg dem Vorsitzenden der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes ein Vertragsentwurf zugesandt und derselbe zu Verhandlungen aufgefordert. Dieser von den Meistern „freiwillig“ angebotene Entwurf soll auf drei Jahre abgeschlossen werden. Anstatt daß er aber die angeführten der viel teurer gewordenen Lebenshaltung dringenden notwendigen Verbesserungen bringt, sollen durch den Entwurf eine Reihe von Verschlechterungen durchgeführt werden. Auch ist nicht die geringste Erhöhung der im Gegensatz zu viel kleineren Städten für Augsburg viel zu niedrigen Löhne vorgesehen. Trotzdem erklärten sich die Arbeiterorganisationen bereit, in Verhandlungen einzutreten, als von Seiten der Unternehmerorganisationen der eingereichte Tarif wieder zurückgezogen wurde mit der Erklärung, daß in den nächsten Tagen ein anderer Tarif vorgelegt werden wird. Es ist nicht anzunehmen, daß der in Aussicht gestellte abgeänderte Tarif für die Gehilfen Zugeständnisse bringen wird. Die Holzarbeiter Augsburgs aber werden unter keinen Umständen einem Tarif zustimmen, der nicht angemessene Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit sich bringt.

### Ausland.

## Der Lohnkampf der Straßenbahner von Kopenhagen.

Der Vermittlungsversuch des früheren Bürgermeisters Jacobi zwischen den Straßenbahngesellschaften von Kopenhagen und ihren Angestellten ist gescheitert. Kurz vor den Feiertagen waren der Organisationsvorsitzende der Straßenbahner Niels Hansen und der Straßenbahndirektor Rörregaard zu Jacobi geladen, um sich über die Grundfragen der Vermittlung auszusprechen. Da erklärte der Straßenbahndirektor, wenn die Stadt die Uebernahme der Straßenbahnen ablehne, würden die Gesellschaften erst im nächsten Winter zu Verhandlungen über die Lohnforderungen bereit sein und nicht, wie der Vermittlungsvorschlag besagt, schon im Sommer. Denn — so erklärte der Direktor geradezu — der Sommer sei eine allzu günstige Zeit für die Angestellten zu einem eventuellen Streik. — Die Straßenbahner haben selbstverständlich keinen Grund, ihren offenbar unermesslichen Lohnkampf auf Wunsch des Unternehmertums um ein ganzes Jahr hinauszuschieben und sich bis dahin mit den bestehenden elenden Lohnverhältnissen zufrieden zu geben. Ihre Forderungen gehen darauf hinaus, mit den städtischen Angestellten, deren Löhne auf 1800 bis 1800 Kronen im Jahre festgesetzt sind, gleichgestellt zu werden. Jetzt erhalten sie nur 1100 bis höchstens 1500 Kronen. Der höchste Lohn ist also nicht einmal 20 Kronen die Woche, der niedrigste gar nur 21,41 Kronen, und das gilt für das fahrende Personal.

Es wird nun dieser Tage nochmals zu Verhandlungen kommen, nämlich zwischen den Hauptorganisationen beider Parteien, dem Gesamtverband der Gesellschaften und der dänischen Arbeitgebervereinigung. Eine Einigung wird jedoch auch dabei kaum möglich sein. Das Unternehmertum und die Kapitalisten wollen den Kampf, und die Gesellschaften haben sich jedenfalls schon im voraus mit der Arbeitgebervereinigung darüber verständigt, daß sie nicht nachgeben wollen.

## Aus Industrie und Handel.

### Zuckerantien.

Die Zuckerindustrie gehört zum größeren Teil zu den agrarischen Interessengebieten. Und die Zucker-Aktiengesellschaften präsentieren sich durchweg in einer glänzenden finanziellen Verfassung. Auch die Antienemopolitik weiß man hier zu handhaben. Dafür nachfolgende Aufstellung als Beispiel. Die aufgeführten Summen enthalten zum Teil auch die Vorstandstantien und Gratifikationen.

Zuckerfabriken	Mitglieder im Aufsichtsrat	Antien in Mark	Kapitalien in Millionen
Treuftadt	4	57 827	1,8
Freßeln	7	16 297	8,0
Glauzig	5	65 709	4,5
Rörhildorf	5	89 808	4,7
Krauschwitz	5	117 419	2,5
Anklam	5	85 196	2,0
Zuckerrefinerien			
Rositzer	11	58 041	5,5
Tangermünde	5	8 000	10,10
Halle	6	10 236	5,0
Offstein	7	62 694	1,5
Stuttgart	6	25 614	1,8
Böhm	6	31 864	1,2
Ungarische Zuckerindustrie A. G.	8	119 325	0,6
Trachenberger Zuckerfabrik	7	42 026	1,5
Babische Ges. f. Zuckerfabrik.	7	134 540	4,7
A. G. de Densle, Zuckerfabrik.	8	2 845 385	22,5
Starleguderfabrik vorm. Kuchmann	5	96 504	3,6
		8 840 804 M.	88,6 Mill.

Also in siebzehn Gesellschaften 8 840 804 M. an sichtbaren Antien in einem Jahre! Das Kapital der zusammengestellten Gesellschaften beträgt 88,6 Millionen Mark. Welchen Wert diese agrarischen Herren Aufsichtsräte haben, zeigt ein Einblick in eine Gesellschaft: die Zuckerfabrik Krauschwitz. Bei der jüngstvergangenen Generalversammlung beantragte die Verwaltung des Betriebes, statt einer Dividende von 20 Proz., wie es der Reingewinn zuließ, nur eine solche von 22 Proz. zu zahlen, die dadurch erübrigten 173 388 M. sollten als Extrageschenk an die Rübenlieferanten für die außerordentlich gute Ernte gezahlt werden. Dagegen wurde durch einen Aktionär Protest eingelegt. Er führte aus, daß die Rübenlieferanten wegen der außerordentlich zuckerhaltigen Rübenenernte des vergangenen Jahres schon ihre kontraktlich festgelegten Preise und außerdem besondere Nachzahlungen erhalten hätten, es drückte sich in dieser Erhöhung pro Zentner Rüben ein Mehrgewinn von 5,60 M. gegen das Vorjahr aus. Der eigenartige Wunsch der Verwaltung und des Aufsichtsrates ist befremdlich — erklärung: die Mitglieder des Aufsichtsrates sind zum Teil die Rübenlieferanten selbst. Ihnen sollten die 173 000 M. Extrageschenk zugesichert werden! Für den Antrag hatte auch ein Vertreter eines Aufsichtsratsmitgliedes gestimmt, der jährlich für 100 000 M. Kaff an die Fabrik liefert. Und es wurde den Wünschen des Aufsichtsrates gemäß beschlossen. Die Herren erhielten also als Aktienbesitzer 22 Proz. Dividende, als Rübenlieferanten einen pro Zentner um 5,60 M. höheren Preis, dann 173 000 M. Extrageschenk und 117 000 M. als Antien! Ein feines Geschäft! Ja, die Agrarier wissen Bescheid mit der Aufsichtsratspolitik.

### Schredlich.

Der Zentralverband der Kohlenhändler hat sich schon öfter als politischer Bau-Bau bemerkbar gemacht. Wenn es nach ihm ginge, müßten Schwefel und Blei niederfallen, um das Gift des Kommunismus unschädlich zu machen. Den Hansabund hat er mit einem Schreiben beglückt, in dem es unter anderem heißt:

„Der Hansabund erfüllt seine Mission ganz, wenn er in diesen Kreisen der Grob- und Kleinproduzenten, des Grob- und Kleinhandels die Solidarität weckt. Dazu gehört aber ein Verzicht auf die bisherigen „kleinen“ Mittel und an deren Stelle ein kraftvolles Wirken gegen alle Verhältnisse, die für die Freiheit der Selbständigen Aufschaltung der Christen bedeuten. Wir möchten uns zum Interpreten aller Detailsinteressen. Es ist nötig, daß sich Produzenten und Händler besser verstehen lernen und allmählich die Ueberzeugung in diesen Kreisen reift, daß zu einem politischen Schutz auch ein wirtschaftliches Entgegenkommen gehört. Die Handels- und Gewerbetreibenden werden am Ende doch eine Kassenorganisation schaffen müssen, die im nahe rüdenden Entscheidungskampf mit den Armeen der Angestellten usw. die Führung zu übernehmen hat. Diese Organisation ist der Hansabund. Es bleibt zuletzt ein frommer Wunsch, die Beamten in den Hansabund einzuberufen. Alle Zeitbesoldeten usw. werden immer und ewig nehmen und niemals geben. Wer bürgt uns dafür, daß diese Volksteile den Kommunismus in praxi nicht schon jetzt einführen werden. Die Konsumvereine, Genossenschaften verlassen schon das Gebiet des gemeinsamen Einkaufs und gehen zur Eigenproduktion über, stellen aber nebenher neue Forderungen auf, die das noch bestehende freie Unternehmertum treffen.“

Die Auslassung ist nicht nur als Bekenntnis einer schönen Seele interessant, sondern auch als eine Kennzeichnung des Hansabundes. Was man von diesem erwartet, was man ihm als seine Aufgabe deklarieren — ohne Widerspruch zu finden —, kann in puncto Rüstständigkeit kaum noch übertroffen werden.

„Nur“ 25 Prozent Dividende erhalten die Aktionäre der Metallgesellschaft Frankfurt a. M. aus dem letztjährigen Reingewinn in Höhe von 5 023 358 M.

Erhöhte Dividende. Die Waggon- und Maschinenfabrik A. G. v. Ulm in Hamburg-Bahren, die im vergangenen Jahre 12 Proz. Dividende (auf Stammaktien 7 Proz.) verteilte, schüttet diesmal 14 Proz. aus (auf Stammaktien 9 Proz.) Bei Lieferungen an den Fiskus scheinen überall gute Geschäfte gemacht zu werden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die elsass-lothringischen Lehrer protestieren.

Strasbourg, 1. Dez. 29. Dezember. (W. S. D.) Die heute hier tagende Vertreterversammlung der elsass-lothringischen Lehrervereine beschloß den Anschluß aller elsass-lothringischen Lehrervereine an den deutschen Lehrerverein. Ferner nahm die Generalversammlung eine Resolution an, in der gegen das Vorgehen der beiden Bischöfe und gegen den Eingriff in die staatsbürgerlichen Rechte der Lehrer energischer Protest erhoben wurde.

### Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 29. Dezember. (W. S. D.) Die Deputiertenkammer nahm bei der heute nachmittag fortgesetzten Beratung der Vorlage betreffend die Reform des Zolltarifs einen Zusatzantrag an, nach welchem jeder Industrielle oder Handeltreibende, der mehr als fünf Arbeiter beschäftigt, die ihren Wohnsitz nicht in Frankreich haben, einer besonderen Steuer unterworfen wird, deren Betrag durch das Finanzgesetz festzusetzen ist. Schließlich wurde auch der letzte Artikel der Vorlage angenommen, nach welchem das Gesetz am 31. März 1910 in Kraft treten soll. Im weiteren Verlaufe der Beratung sprach der Handelsminister über das Gesetz betreffend die Revision des Zolltarifs. Die Vorlage wurde mit 465 gegen 42 Stimmen angenommen.

Auf einen Antrag Comperre-Morel, der die Kammer zu einer Resolution zugunsten der Wiederanstellung eines wegen seiner Propaganda für die Beamtenpublikate entlassenen Postunterbeamten veranlassen will, erklärte Ministerpräsident Briand, die Freiheit der Beamten muß beschränkt werden aus Gründen der Autorität (!), die ihnen selbst gegeben ist. Wie ich bereits vor einem Monat gesagt habe, ist es nicht Sache der Kammer, Beamte wieder einzusetzen und ein Votum dieser Art würde ein Mißtrauensvotum bedeuten. Keine Regierung würde die vorgeschlagene Resolution annehmen können, ohne darüber zu Fall zu kommen. Die Kammer lehnte die Resolution Comperre-Morel mit 343 gegen 114 Stimmen ab.

### Selbstmord eines russischen Revolutionärs.

Paris, 29. Dez. (W. S. D.) Im hiesigen Gefängnis erhängte sich der wegen Erzeugung von Sprengstoffen verhaftete russische Revolutionär Berlinow, der demnächst mit seinem Mitschuldigen Martinow vor dem Pariser Justizpolizeigericht erscheinen sollte. Er soll die Auslieferung an Rußland gestraft haben.

### Unwetter in Süddeutschland.

Karlsruhe, 29. Dezember. (W. S. D.) Bedrückende Nachrichten gehen aus allen Teilen des Reiches über ein bedenkliches Steigen der Flüsse ein. Besonders bedrohlich ist die Situation seit gestern im Schwarzwald. Der Neckar ist über die Ufer getreten und hat weithin große Gebiete unter Wasser gesetzt.

Belgischer Gewerkschaftskongress.

Brüssel, den 27. Dezember. (Fig. Bez.)

In den Weihnachtstagen hat wie alljährlich der Kongress der Gewerkschaftskommission der Arbeiterpartei und der unabhängigen Gewerkschaften Belgiens stattgefunden. Vertreten waren 197 Gruppen durch 210 Delegierte. Der Bericht für das abgelaufene Jahr verzeichnet einen weiteren Fortschritt der Zentralisation. 1909 haben die bezeichneten Organisationen für 71 008 Mitglieder Beiträge gezahlt, gegen 67 418 im Jahre 1908. Von besonderer Bedeutung ist, daß die Tendenz für den Anschluß in der bisher separaten Bergarbeitergewerkschaft immer mehr durchdringt. So hat schon die Bergarbeiterföderation von Charleroi mit 8000 Mitgliedern ihren Anschluß erklärt. Die Föderation des Lütticher Bedens wird noch im Laufe des Jahres nachfolgen. Nur die Bergarbeiter des Porinage und der unteren Sambre bleiben noch abseits stehen. — Ebenso ist in Antwerpen soeben ein wichtiger Schritt in der Richtung der gewerkschaftlichen Einigkeit gemacht worden. Am 23. Dezember traten die Vertreter der unabhängigen Gewerkschaften und die der sozialistischen Gewerkschaften dieser Stadt mit den von ihnen ernannten Schiedsrichtern zusammen.

Noch länger Debatte wurde einstimmig der Entwurf einer Vereinbarung angenommen, der in den Versammlungen der beiden Gruppen von den Schiedsrichtern: Van Zutphen, Präsidenten der Diamantarbeitergewerkschaft von Amsterdam, und Camille Huysmans, Mitglied der Gewerkschaftskommission, vertreten worden sind. Öffentlich wird diese Vereinbarung einen dauernden Frieden in der von erbitterten inneren Kämpfen so lange zerrütteten Antwerpener Arbeiterorganisation begründen.

Die Gewerkschaftspressen hat im verfloßenen Jahre gleichfalls einen Aufschwung genommen. Im ganzen wurden von den verschiedenen Fachblättern 1 224 790 Nummern gedruckt.

Am ersten Verhandlungstag nahm zunächst eine Diskussion über die gewerkschaftliche Neutralität

gewerkschaftliche Neutralität

viel Zeit in Anspruch. Dionce von den Brüsseler Buchdruckern forderte die strenge Durchführung der Neutralität. Die Gewerkschaften müßten auch die nichtsozialistischen Gruppen zulassen, denn nur so sei eine starke zentralistische Gewerkschaftsorganisation zu erreichen. Er beantragte eine Resolution, die ausdriickte, daß die nationalen Verbände alle Fachvereine aufnehmen sollten, die die in den Statuten der Gewerkschaftskommission formulierten Grundsätze anerkennen. Die Frage des Anschlusses an die politische Partei sollte den Ortsgruppen überlassen werden.

De Brouter (Bauarbeiter) trat für diese Resolution ein. Die Gegenredner machten besonders geltend, daß die Frage nicht auf der Tagesordnung stehe und der Kongress die Autonomie der Gewerkschaften nicht einschränken könne.

Huysmans erklärte, das Problem sei aktuell. Es gelte, eine Mißstimmung zu beseitigen, die die ganze Arbeiterbewegung Belgiens bedrücke. Die Einigung in Antwerpen sei perfekt, die der 16 000 Arbeiter Verdiers siehe oben. In der Abstimmung wurde über die Resolution Dionce mit 45 gegen 33 Stimmen und einigen Enthaltungen der Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Darauf folgte die Diskussion über die

nationale Zentralkasse für Streiks und Aussperrungen.

Die Bergarbeiter forderten, daß die von der Gewerkschaftskommission beantragte Frist für den Anschluß und zwar der 1. Januar 1910 für den fakultativen, der 1. Januar 1911 für den obligatorischen Beitritt erwidert werde. Der Sekretär der Zerglarbeitergewerkschaft beantragt wiederum den obligatorischen Anschluß der zentralisierten Gewerkschaften schon vom 1. Januar 1910. Schließlich wurde mit allen gegen 7 Stimmen ein Antrag Solau angenommen, der besagt, daß die Kasse unter dem Titel „Streik-Rückversicherungskasse“ am 1. Januar 1910 ins Leben treten und vom 1. Januar 1911 für alle an die Gewerkschaftskommission angeschlossenen Verbände und Zentralorganisationen obligatorisch sein soll. Beschlossen wurde weiter, daß diese Kasse ausschließlich als Widerrstandsfonds funktionieren soll, außerdem, daß die Gewerkschaftskommission den angeschlossenen Organisationen die Unterstützung verweigern soll, wenn sie nicht selbst einen Widerstandsfonds errichtet haben, der für vier oder sechs Wochen — je nachdem es sich um einen Angriffs- oder Verteidigungstreif handelt — hinreicht.

Kleines feuilleton.

Die Cholera im Jahre 1909. Das Jahr 1909 hat die unerfreuliche Last der Cholera auf dem deutschen Boden eine ganze Reihe von Cholerafällen vorgekommen sind. Selbst im Jahre 1908, als die Cholera in Petersburg besonders stark wütete, konnte ihr Vordringen über die Grenze völlig verhindert werden. Wenn dies im letzten Jahre nicht gelungen ist, so zeigt das nur, daß die Epidemien sich verhältnismäßig langsam ausbreiten, dann aber auch mit einer großen Stetigkeit. Kam ist ja glücklicherweise von einer Epidemie in Deutschland nicht die Rede gewesen und es besteht nach wie vor die starke Hoffnung, daß es zu einer solchen auch nicht mehr kommen wird. Zumeist ist es nützlich und notwendig, den Gang der Cholera im Ausland und namentlich im benachbarten Rußland aufmerksam zu verfolgen. Die russische Statistik, wie sie ein Bericht des „Lancet“ wiedergibt, ist jetzt etwa bis Ende November abgeschlossen, und ihre Zahlen sind ganz dazu geeignet, die bisher beobachtete Vorsicht zu verlängern und zu bestärken. Daß im Winter die Cholerafälle abnehmen, ist ein allgemein gültiges Gesetz. Infolgedessen kann man aus dem Umstand, daß Ende November in ganz Rußland nur 82 Erkrankungen und 39 Todesfälle an Cholera vorgekommen sind und daß auch die vorausgegangenen Wochen schon eine erhebliche Besserung zeigten, nicht den Schluss ziehen, daß die Epidemie in Rußland etwa überwunden und daß ihre Erneuerung im nächsten Frühjahr nicht zu befürchten sei. Die Ziffern der Sommermonate sind viel höher, als man bisher erfahren hatte. Im ganzen September bewegte sich die Zahl der Erkrankungen zwischen 1100 und 1400, die der Todesfälle um 550 in jeder Woche, und sowohl im August wie im Oktober waren die Zahlen nur um weniges niedriger. Wenn man nun bedenkt, daß die Verhältnisse im russischen Reich keine Gewähr dafür bieten, daß alle Cholerafälle zur Anmeldeung und Zählung gelangen, so kann man wohl von einer sehr ernstlichen Epidemie sprechen. Die Gesamtziffern des Jahres 1909 bis zum 7. November werden für ganz Rußland auf 10 054 Erkrankungen und 8485 Todesfälle angegeben, wovon auf Petersburg 6184 bezw. 2308 entfallen. Auch die geographische Verbreitung ist außerordentlich ungünstig, denn man muß eigentlich das ganze europäische Rußland als verheert betrachten, und seit Ende August ist die Cholera auch in Sibirien aufgetreten. Petersburg ist noch immer am stärksten heimgesucht gewesen, demnach das Gouvernement Witebsk. Es wäre ein großer Vorteil, wenn die Pilgerfahrt nach Mekka von Rußland aus gar nicht sehr besucht würde, da von dort sich immer die Epidemien durch Kasan und unter den Pilgern weiter zu verbreiten pflegen. Auch sonst hat die Cholera im Jahre 1909 eine ziemlich weite Verbreitung gezeigt. Wir stellen die Daten kurz zusammen. In den letzten Augusttagen kamen in Rotterdam 25 Fälle vor, denen in der nächsten Woche 30 weitere folgten. Auch in anderen Teilen Hollands ereigneten sich

Bezüglich des

„Korrespondenzblatt“

der Gewerkschaftskommission wurden vielfache Wünsche geltend gemacht, die auf den Ausbau zu einem Wochenblatt und Anstellung eines eigenen Redakteurs abzielten. Angenommen wurde ein von Huysmans vorgelegter Antrag des Bureaus, der bestimmt, daß die Gewerkschaften für alle Vorstandsmitglieder ein Abonnement zu nehmen haben. Die Gewerkschaftskommission wird beauftragt, die Frage des Ausbaues des Blattes zu studieren. Der Beschluß erhebt die Interpretation, daß die Organisationen ein Minimum von sieben Abonnements zu entrichten haben, was eine Auflage von 2800 Exemplaren sichern würde.

Auf Antrag der Sagemacher (Brüssel) wird eine Resolution angenommen, die den

Uebertritt organisierter Gewerkschaftler zu einer anderen Gewerkschaft

betrifft. Sie besagt, daß der organisierte Arbeiter, der seinen Beruf gewechselt hat, in die Organisation seines neuen Berufes eintreten kann, wenn er mit seinen Beiträgen in Ordnung und mindestens drei Monate in seinem neuen Beruf tätig ist. Die unter diesen Bedingungen in die neue Gewerkschaft eintretenden Mitglieder haben Anspruch auf alle Rechte ihrer neuen Gewerkschaft nach Ablauf einer dreimonatigen Frist, wenn sie drei Monate bezw. 13 Wochen Beiträge entrichtet und während dieser Zeit mindestens einen Monat in ihrem neuen Beruf gearbeitet haben. Bis dahin behält das Mitglied seine Ansprüche an die alte Gewerkschaft.

Ueber die

Nachtarbeit in den Bäckereien

Berichtet Doctor (Maison du Peuple), der in seinem Referat auf die in Frankreich wie in Belgien von den Klerikalen für die Abschaffung der Nachtarbeit und der Sonntagsarbeit unternommene Kampagne verweist, die sich wohlweislich auf diese beiden Forderungen beschränkt, aber an die schlimmsten Mißstände im privaten Bäckergewerbe: die überlange Arbeitszeit, die gesundheitschädlichen Kellereisstätten und die unhygienische Manipulation, nicht rührt. Doctor erklärt sich im Namen der Brüsseler Genossenschaft im Prinzip für die Abschaffung der Nachtarbeit und der Sonntagsarbeit, aber unter der Bedingung, daß eine gesetzliche Reform nicht vor den Mißständen der kleinen Bäckereien Halt macht und mit den Arbeitszeiten von 11, 12 und 13 Stunden und den elenden Arbeitsstätten aufräumt. Die Taktik der Klerikalen richte sich gegen die sozialistischen Genossenschaften, deren Betriebs- und Materialkosten man erhöhen will, um ihre Konkurrenzfähigkeit zugunsten der kleinen Bäckereien zu lähmen. Die Reform darf sich nur auf der Basis der Gleichheit für alle Bäckereibetriebe durchziehen. — Der Vertreter der Bäckereigewerkschaft Decod betont den Unterschied zwischen den Arbeitsbedingungen in den Arbeiterbäckereien und in den Privatbetrieben. Wären die Arbeitsbedingungen überall so wie in den Bäckereien der Arbeiter-Cooperationen, so könnten die Bäder sich noch gedulden. Der nationale Verband der Bäder will nicht, daß das Brüsseler „Maison du Peuple“ und der „Vooruit“ in Gent mit der Aufhebung der Nachtarbeit beginnen. Dies soll auf dem Wege des Gesetzes geschehen. Der Kampf der Bäder richte sich nicht gegen die Genossenschaften, sondern gegen einen Uebelstand.

Ged. stellt gegenüber den Ausführungen Doctors fest, daß der Verband der Nahrungsmittelarbeiter beschlossen habe, eher die Bewegung einzustellen, als die Arbeitergenossenschaften zu opfern.

Der Kongress nahm zu diesem Punkte die Resolution Doctors an, die folgende Forderungen festhält: 1. Abschaffung der Nachtarbeit in allen Betrieben, auch dort, wo der Unternehmer selbst arbeitet. 2. Einschränkung der Sonntagsarbeit auf einen halben Tag mit voller Sonntagsruhe für die Arbeiter an jedem zweiten Sonntag. 3. Achtstundentag. 4. Verbot, den Backofen in einem Keller oder in einem anderen schlecht belichteten und ventilierten Lokal zu lassen. 5. Abschaffung des Handnetzes in einer Uebergangszeit von 5 Jahren.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen nimmt der Kongress noch Resolutionen betreffend die gesetzliche Beschränkung der Arbeit der Minderjährigen und Kinder, die gesetzliche Regelung der Heimarbeit sowie eine über die Errichtung von Arbeiterwohnungen an. Der Kongress sprach ferner den Wunsch aus, daß die sozialistische Parlamentsfraktion in der gegenwärtigen Session einen Entwurf einbringe, der die Erhöhung der Arbeiterpension von 6 Centimes auf mindestens einen Frank pro Tag erhöht.

sich vereinzelte Fälle; der letzte wurde am 25. Oktober gemeldet. Ebenso zeigte sich die Cholera in Belgien, und Ende Oktober wurden aus der Umgebung von Antwerpen neun Erkrankungen mit sechs Todesfällen gemeldet. Ferner ist einiger Fälle in Gallien und Mähren zu gedenken. Der nähere Orient ist zwar nicht unter dem Zeichen einer starken Epidemie gestanden, ist aber durchaus nicht cholerafrei gewesen. Als Endergebnis dieser Uebersicht kann hervorgehoben werden, daß die Länder Europas mit Ausnahme Rußlands sich bisher immer noch fähig erwiesen haben, die Entstehung einer Choleraepidemie innerhalb ihrer Grenze zu verhindern, und schließlich muß auch die Besserung der Verhältnisse in Rußland hervorgehoben werden.

Wieviel Mohammedaner gibt es? Die Zahl der Mohammedaner wird auf 200 Millionen geschätzt. In etwa demselben Resultat, nämlich 270 Millionen, kommen jetzt, wie der „Globe“ berichtet, türkische Zeitungen. Allerdings bleibt hier jede Berechnung unsicher, weil für sehr weite Gebiete eine einigermaßen verlässliche Statistik fehlt. Nach jener Schätzung kommen 27 Millionen Bewohner des Islam auf das türkische Reich, nämlich 3 Millionen auf die europäischen und 24 Millionen auf die asiatischen und afrikanischen Provinzen. 600 000 Mohammedaner leben in Bosnien und in der Herzegowina, 100 000 in den Balkanstaaten. Viele Mohammedaner gibt es im russischen Reich, nämlich 24 Millionen bei einer Gesamtbevölkerung von 135 Millionen; 14 Millionen davon verteilen sich auf das europäische, 10 auf das asiatische Rußland. Das englische Indien zählt unter 250 Millionen Bewohnern 60 Millionen Mohammedaner, China deren vielleicht 40 Millionen. Auf Persien, Afghanistan und das unabhängige Arabien mögen 20 Millionen entfallen. Java und einige Nachbarinseln sind fast ganz von Jüngern des Islam besetzt, nämlich von 26 Millionen. 500 000 kommen auf die Philippinen. In Afrika ist der Islam die herrschende Religion geworden und er macht hier noch beständig Fortschritte. Der Zahl seiner Anhänger nach ist er hier aber am schwersten zu schätzen; sie mag zwischen 65 und 70 Millionen schwanken. Außer in Nordafrika, der Sahara und dem Sudan leben Mohammedaner in Ostafrika und auf den ostafrikanischen Inseln, darunter auf Madagaskar. Einige Tausend Mohammedaner entfallen auf Nord- und auch Mittel- und Südamerika.

Schießpulver als Genußmittel. Der Erfinder des Cordite, des in der englischen Marine eingeführten rauchschwachen fadenförmigen Schießpulvers, hat bei der Schaffung des leichteren Pulverstoffes, das bestimmt ist, im Kriege Menschen zu zerstören, wohl kaum daran gedacht, daß er zugleich eine Delikatesse erformen habe, die in Friedenszeiten als besonderer Leckerbissen von den Jüngern des Mars gewürdigt werden würde. Aber diese merkwürdige Tatsache, so erzählt der „Gaulois“, ist unabweisbar bewiesen durch die Untersuchung, die die britischen Militärbehörden jetzt veranstaltet haben. Dabei ergab sich, daß die englischen Krieger sich allmählich daran gewöhnt hatten, die Corditefäden

Momentbilder aus der Berliner Arbeiterbewegung im Jahre 1909.

Der schöne Raub, den die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordneten in Rixdorf am Gemeindevahlrecht der Arbeiterklasse verübte, rief in den letzten Tagen des Jahres 1908 die berechtigten Entrüstung der gesamten Arbeiterklasse wach.

Ein erfreuliches Ereignis, welches ebenfalls das kommunale Gebiet berührt, stand gleich am Anfang des Monats

Januar

des neuen Jahres.

Am 2. konnte Genosse Singer auf eine 25jährige Tätigkeit in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zurückblicken. Eine Deputation, an der Spitze der Stadtverordnetenvorsitzer, überreichte dem Jubilär eine Adresse.

Am 5. fanden sieben öffentliche Gewerkschaftsversammlungen statt mit dem Thema: „Der gelbe Sumpf.“ Das arbeiterfeindliche Treiben des Renegaten Lebus innerhalb der gelben Vereine wurde aufgedeckt an der Hand von Briefen, welche beweisen, daß die Gelben nicht sind als eine Schutztruppe des Unternehmertums.

Am 6. stand auch der „Vorwärts“ vor Gericht in der Person des Genossen Weber, der wegen angeblicher Beleidigung eines ober-schlesischen Schulinspektors zu 50 M. Geldstrafe verurteilt wurde, obgleich das Gericht anerkannte, daß der betreffende Schulinspektor ein schroffer Vorgesetzter sei, der in einzelnen Fällen sogar taktlos gehandelt habe.

Am 12. nahm eine Versammlung der Berliner Gewerkschaftskommission, der Parteileitung von Groß-Berlin und der sozialdemokratischen Stadtverordneten Stellung zur Arbeitslosenfrage und beschloß, durch die Arbeiterschaft Berlins eine Zählung der Arbeitslosen mittels Hauslisten vornehmen zu lassen.

Am 14. erhob eine Versammlung der Tabakinteressenten Protest gegen die von der Regierung beabsichtigte Erhöhung der Tabaksteuer.

Am 15. wurden bei den Gemeindevahlen in Pankow zwei Genossen in die Gemeindevertretung entsandt, zwei andere Genossen kamen in Stichwahl.

Am 17. beschloß eine Konferenz von Vertreterinnen des Vereins der Hausangestellten, der sozialdemokratischen Frauen und der Generalkommission der Gewerkschaften die Gründung eines Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands.

Vom 18. bis 20. tagte in Berlin ein Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands, welcher Stellung nahm gegen die Interessen der Arbeiter und der Industrie bedrohende Tabaksteuererhöhung.

Am 21. veranstalteten die Parteigenossen eine Wahlrechtskundgebung. Eine Anzahl stark besuchter Versammlungen wurden abgehalten. Nach Schluß derselben fanden Straßendemonstrationen statt.

Am 25. stand die Wahlrechtsfrage auf der Tagesordnung des preussischen Abgeordnetenhauses. Straßendemonstrationen vor dem Abgeordnetenhaus unterstützten die von unseren Genossen im Dreiklassenparlament vertretene Forderung eines freihetlichen Wahlrechts. — Die Polizei vertrieb die Demonstranten aus der Nähe des Abgeordnetenhauses. In der Siegedallee kam es zu Säbelstößen.

Am 26. wurde vor Gericht die Geschäftspraxis des bekannten „Krawattenfabrikdirektors“ Steinberg beleuchtet und der angeklagte „Vorwärts“-Redakteur Davidsohn wegen Beleidigung Steinbergs zu 150 M. Strafe und 300 M. Buße verurteilt.

Februar.

Vom 1. bis 3. tagte in der „Neuen Philharmonie“ der Bergarbeiterkongress, welcher Forderungen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter an die Gesetzgebung stellte, wobei unter anderem auf die noch in frischer Erinnerung befindliche Katastrophe von Stadob verwiesen wurde.

Am 2. protestierten die Berliner Arbeiter in elf öffentlichen Versammlungen gegen den Stillstand der Arbeiterkassenorganisation und forderten die gesetzliche Festlegung eines einheitlichen Arbeiterrechts.

Am 9. fanden fünfzehn Arbeitslosenversammlungen statt. Ihre Zweck war, die Arbeitslosen aufmerksam zu machen auf die an den folgenden Tagen auszuführende Arbeitslosenzählung.

Am 12. begann die von den Parteigenossen und Gewerkschaften gemeinsam veranstaltete Arbeitslosenzählung mit Austrognng der Zählkarten.

als einen köstlichen Ersatz für Kautabak auszumachen. Das Explosivmittel hat dank eines starken Zusages von Nitroglycerin einen süßlichen Geschmack, der Tom Atkins Gaumen sehr zujagte. Und dazu kommt noch ein zweites: in größeren Mengen genossen, ruft das Pulver eine Art Rausch hervor, der etwa dem des Haschisch entspricht. Erst durch diese Rauschzustände unter den Truppen wurden die Militärbehörden aufmerksam, es zeigte sich, daß das merkwürdige Pulver sich schon weit verbreitet hatte, und nun hat man energische Maßnahmen verfügt, um den englischen Soldaten abzugewöhnen, ihr Schießpulver als Lederei zu behandeln. (Hoffentlich erweist sich diese nützliche Verwendung des Schießpulvers nicht nachträglich als Erfindung.)

Notizen.

— Kunstchronik. Eine Ausstellung des Deutschen Künstlerbundes wird im nächsten Jahre in Darmstadt stattfinden.

— Wegen seiner Verdienste um das Agl. Schauspielhaus, die vor allem in der Zuführung des allfälligen Sudder-manns bestehen, den man so erlebt, hat Paul Lindau, der Sennordramaturg dieser verwahtlosten Bühne, eine Erhöhung seines Gehalts auf 18 000 M. erlitten.

— Ein neuer Grünwald. Man sollte es nicht für möglich halten, daß in einer Kunststadt in einem öffentlichen Gebäude, das Bildungs- und Forschungszwecken dient, ein unbekanntes und unerkanntes Bild von unserem größten altheutischen Maler, von Grünwald, hängt. Und doch scheint es der Fall zu sein. Dr. Heinz Braune hat in einem Zimmer der Münchener Universität eine „Verspottung Christi“ als ein Werk von Matthias Grünwald erkannt. Das Bild ist sogar datiert (von 1509). Da man im Zeitalter der sensationellen Kunstentdeckungen oder Zuweisungen nicht vorsichtig genug sein kann, wird man genauer abzuwarten haben. Zumeist wird die Hypothese bereits von einem anerkannten Grünwaldkennner bestätigt.

— Fürstliche Lohnbewegung. Nach dem „Berliner Tagebl.“ gedenkt der Fürst von Monaco in eine Lohnbewegung einzutreten. Er verlangt von den Pächtern der Spielbank eine Erhöhung seiner Zivilliste von sieben auf neun Millionen Franken fürs Jahr. Offenbar verschlingen die Meeresstudien und die Repräsentationen an den befreundeten Höfen soviel, daß die wahren Kostgeber des Fürsten, die Spieler von Monaco, jetzt noch mehr Spielgelegenheit bekommen sollen, um die fürstlichen Passionen zu ermöglichen.

— Im Kirchenbann. Mandies, was wir nur noch aus der Kulturgeschichte oder auch von der Bühne her kennen, erfreut sich im heiligen Rußland noch des Daseins: Aus St. Petersburg kommt die Nachricht, daß über den Verfasser des Dramas „Anastasia“ Leonid Andrejew der große Kirchenbann verhängt wurde. Andrejew teilte diese Ehre mit Tolstoi.

Am 14. wurden die Jahrlisten wieder eingekammelt.  
Am 14. und 15. tagte die Konferenz der Gemeindevertreter Berlins und der Provinz Brandenburg, welche sich über die Grundlagen unserer Kommunalpolitik verständigte.  
Am 15. trat für die Holzarbeiter laut Vertrag eine Verkürzung der Arbeitszeit von wöchentlich einer Stunde ein.  
Am 16. verurteilte die Strafkammer den Genossen Davidsohn als verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ wegen Verleumdung sämtlicher Offiziere und Unteroffiziere der Armee zu 900 M., wegen Verleumdung sämtlicher Postbeamten zu 300 M. und wegen Verleumdung eines Polizeibeamten zu 100 M.  
Am 16. forderte eine Bäderversammlung die gesetzliche Einführung eines 8stündigen Ruhetages in jeder Woche für Arbeiter in Bädereibetrieben.  
Der „Vorwärts“ konnte bereits am 16. mitteilen, daß die vom 12. bis 14. durch die organisierte Arbeiterschaft vorgenommene Arbeitslosenzählung ergeben hatte, daß Groß-Berlin die erschreckende Zahl von 101 300 Arbeitslosen aufwies.  
Am 18. wurde ein alter Parteigenosse, der Weber Schwoite, der schon 1899 für die Eisenacher Richtung in Berlin tätig war, durch den Tod aus dem Kreise seiner Genossen gerissen.  
Am 22. wurde die Gründung des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter durch eine Konferenz der beteiligten Organisationen beschlossen.  
Am 23. hielten die sechs Berliner Wahlkreise Generalversammlungen ab, welche die Berichte der Vorstände und Funktionäre entgegennahmen und die Neuwahlen derselben vollzogen.  
Am 25. stellte der „Vorwärts“ einen entlarvten Spindel an den Pranger, nämlich den Kriminalschutzhmann Erich Schreinemann, der unter dem Namen John Brent als Mitglied des Wahlvereins für den vierten Reichstagswahlkreis sein Spindelhandwerk betrieben hatte.

### März.

Am 1. fand eine Generalversammlung des Kreiswahlvereins für Niederbarnim statt. Der Vorstandsbericht gab Anlaß zu eingehenden Erörterungen des Panower Streikfalles. Dem Verhalten des Kreisvorstandes in dieser Angelegenheit stimmte die Versammlung zu. Durch ein neues Statut wurde dem Kreiswahlverein eine festere Zentrialfunktion gegeben.  
Am 12. entschied das Einigungsamt des Gewerbegerichts durch Schiedsspruch, daß die den Holzarbeitern zukommende Verkürzung der Arbeitszeit nicht durch Einführung einer Wesperrpause illusorisch gemacht werden dürfe.  
Am 18. erchten die Parteigenossen das Andenken der gefallenen Märzkämpfer durch massenhaften Besuch der Grabstätte und Niederlegung von Kränzen.  
Am 19. spielte sich vor dem Schwurgericht ein Landfriedensbruchprozeß ab, der in einem gewissen Zusammenhang stand mit dem am 9. Februar abgehaltenen Arbeitslosenversammlungen. Des Landfriedensbruchs angeklagt waren vier junge Leute, die nach Schluß der Versammlungen auf den in Folge der Einholung des Königs von England stark belebten Straßen in jugendlichem Hebermut einigen Anflug verübt hatten, wie ihn angeheuerte Studenten nicht selten zu verüben pflegen. Der Versuch der Staatsanwaltschaft, aus diesen Dummengestirnen eine umständliche Verurteilung der Berliner Parteileitung zu konstruieren, mißlang völlig. Von den vier mit der Partei in keiner Verbindung stehenden Angeklagten wurde einer wegen Landfriedensbruchs zu 9 Monaten Gefängnis, zwei wegen groben Anflugs zu je 4 Wochen Haft verurteilt und einer freigesprochen.  
Am 21. nahm eine Generalversammlung des Kreiswahlvereins für Teltow-Beetzow den Jahresbericht ihrer Funktionäre entgegen und vollzog die Neuwahlen derselben.  
Am 25. traten die Koksümschneider in den Streik, um einen Tarif zur Anerkennung zu bringen, über dessen Einführung sie mit den Unternehmern ohne Erfolg vorher verhandelt hatten.  
An demselben Tage stand der „Vorwärts“ wieder einmal vor Gericht. Er hatte das unpassende Verhalten eines Lehrers und Armenvorstehers gegenüber einer Frau, die ihn in seiner amtlichen Eigenschaft sprechen wollte, gerügt. Dafür wurde Genosse Weber als verantwortlicher Redakteur zu vier Wochen Gefängnis verurteilt.  
Am 28. tagte die Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin. Sie nahm den Jahresbericht des Vorstandes entgegen, vollzog die Neuwahl des Vorstandes und beschloß ein Statut, welches insbesondere die Mitgliedschaft der Frauen in den politischen Organisationen regelt.

### April

Nach der Generalversammlung gelang den Parteigenossen wieder einmal die Entlassung eines Vertrauensmannes der Polizei. Es war der Kriminalschutzhmann Rudolf Nehberg, der unter dem falschen Namen Hausdiener Otto Wunike Mitglied des Wahlvereins für den zweiten Kreis geworden war, um die Genossen zu bespitzeln.  
Am 31. erschien eine besonders ausgestattete Jubiläumnummer des „Vorwärts“, der an diesem Tage eine 25jährige Tätigkeit im Dienste der Partei hinter sich hatte.  
Der Streik der Koksümschneider hatte Erfolg und wurde deshalb am 31. als beendet erklärt.  
Der Monat brachte den Beginn einiger gewerkschaftlicher Kämpfe.  
Am 1. wurde ein Teil der Baukempner ausgesetzt, weil über die neue Gestaltung des von den Unternehmern geforderten Tarifs keine Einigung erzielt werden konnte.  
Aus dem gleichen Grunde beschlossen am 1. die Bauanschläger den Streik. Auch ihr Tarif war von den Unternehmern gekündigt worden. Den Arbeitern sollte, nachdem keine Einigung zustande gekommen war, ein Lohnabzug von 10 Proz gemacht werden.  
Die Handeltüchtner hatten einen neuen Tarif aufgestellt, der von einem großen Teil der Unternehmer anerkannt wurde. Wo dies nicht geschehen ist, wurde am 1. die Arbeit niedergelegt.  
Am 5. und 6. fand eine Konferenz der Betonarbeiter Deutschlands statt, welche sich mit Organisationsfragen beschäftigte.  
Am 6. wurde der Panower Konflikt beendet, indem die Panower Genossen den Vorschlägen der Einigungskommission zustimmten und einen neuen örtlichen Vorstand wählten.  
Am 10. nahmen die Bauanschläger die Arbeit wieder auf, weil der angekündigte Lohnabzug zurückgenommen worden war und neue Verhandlungen eingeleitet wurden.  
Am 20. hielten die Parteigenossen eine Anzahl großer Versammlungen ab, welche gegen die Mehrbelastung des Volkes durch die in der Folgezeit vom Reichstage zu beratende Finanzreform protestierten.  
Am 23. wurde die Lohnbewegung der Raffschuhmacher durch Unterzeichnung des Tarifs abgeschlossen.  
Am 25. verbreiteten die Parteigenossen 1 100 000 Flugblätter, in denen das Volk aufgefächert wurde über die drückenden Lasten, welche ihm durch die Reichsfinanzreform auferlegt werden sollten.  
Bei der am 27. vorgenommenen Gemeindevahl in Tesel eroberten unsere Parteigenossen ein Mandat.  
Am 29. konnte der „Vorwärts“ wieder die Entlassung eines Polizeispitzels mitteilen. Diesmal handelte es sich um den Kriminalbeamten August Malik, der unter dem falschen Namen Bureauchefe Wilsch als Mitglied des Wahlvereins für den sechsten Kreis Aufnahme gefunden und sogar das Amt eines Bezirksführers erlangt hatte. Gleich seinen Vorgängern in der Parteispitzelung wurde auch dem Malik die ihm gebührende Kennzeichnung gütlich. — Der Monat

### Mai

schloß ein mit der gewohnten Kundgebung der Berliner Arbeiterschaft am Westfertage des Klassenbewußten Proletariats.  
Am 3. endete die Lohnbewegung der Bauanschläger mit dem Abschluß eines Tarifs auf drei Jahre.  
Am 4. deckte der „Vorwärts“ wieder eine Begebenheit aus dem Polizeispitzel auf. Er teilte mit, daß der Lithograph Oberform

Dem einige Tage vorher entlarvten Spindel Malik Berichte über Vorgänge in der Parteiorganisation geliefert hatte.

Am 11. wurde den Lesern des „Vorwärts“ ein anderes Polizeispitzelzeugnis vorgeführt. Öffentlich gekennzeichnet wurde der Kriminalbeamte Hans Schrott, der unter den falschen Namen Hans Kraus und Jakob Gruber in Parteikreisen Spindelarbeit für den Alexanderplatz geleistet hatte.  
Am 13. fand eine Protestversammlung der Arbeiter-Turner statt, welche sich gegen die Maßnahmen wandte, die das Provinzial-Schulkollegium ausführte, um den Jugendabteilungen des Turnervereins „Fichte“ das Turnen unter der Leitung des Vereins unmöglich zu machen.  
Vom 17. bis 19. tagte in Hoppolds Saal der fünfte allgemeine deutsche Krankenkassenkongress, welcher Stellung nahm zu der Vorlage der Reichsversicherungsordnung. — Auch ein Kongress der Freien Hilfskassen beschäftigte sich gleichzeitig mit derselben Angelegenheit.  
Am 19. kassierte das preussische Abgeordnetenhaus unter hervorragender Mitwirkung der Freisinnigen die Mandate der Berliner Abgeordneten Girsch, Heimann, Hoffmann und Borgmann. — Am Abend dieses Tages hielten die Genossen in den vier ihrer Vertreter beanspruchten Landtagswahlbezirken Versammlungen ab und stellten die Forderungen aus dem Abgeordnetenhaus verwiesenen wieder als Kandidaten auf.  
Am 20. stellte ein Kongress der Beamten von Krankenkassen und Berufsgenossenschaften die Forderungen dieser Beamten für die Reichsversicherungsordnung auf.  
Am 30. verlor die Arbeiterschaft durch den Tod des Genossen Deinhardt, Redakteurs der „Holzarbeiter-Zeitung“, einen treuen Mitkämpfer für die Arbeiterinteressen.  
Am 31. wurde in Berlin der internationale Bergarbeiterkongress eröffnet, der vier Tage währte. In der Hauptsache galt die Verhandlungen der Aufstellung der den Bergarbeitern aller Länder gemeinsamen Forderungen an die Gesetzgebung.

### Juni.

Am 1. verließ Genosse Karl Liebknecht das Festungsgefängnis zu Glas, wo er als „Hochverräter“ eine Haftstrafe von 1 1/2 Jahren abgemacht hatte. Eine am 2. von den Genossen des 11. Berliner Landtagswahlbezirks veranstaltete Feier galt der Begrüßung des in die Freiheit zurückgekehrten Abgeordneten des Bezirkes.  
Am 8. wurde durch Verhandlungen ein Konflikt in der Vorkasse Fabrik beigelegt, der seit etwa zwei Wochen bestand und rund 500 Arbeiter durch Streik und Aussperrung betroffen hatte.  
Am 13. forderte eine Bauarbeiterskonferenz für das Gebiet der Nordöstlichen Bauersgenossenschaft die gesetzliche Regelung des Schutzes der Bauarbeiter.  
Am 16. hatten die Berliner Parteigenossen wieder den Tod eines alten Kampfgenosse, des Stadtverordneten Richard Augustin, zu beklagen.  
Am 21. lehnte eine Versammlung der Baukempner den am 16. gefällten Schiedsspruch des Einigungsamtes ab und beschloß die Fortsetzung des Streiks, der bereits 12 Wochen währte.  
Am 26. wurde der Abbruch des Baukempnerstreiks beschlossen.

### Juli.

Das erste Ereignis des Monats war eine am 1. abgehaltene Anzahl von Massenversammlungen, welche sich mit der durch die Behandlung der Steuererläge im Reichstage geschaffenen Situation, besonders mit der damals viel erörterten Frage der Reichstagsauflösung beschäftigten und gegen die Steuerpolitik des Schnapsbros protestierten.  
Am 6. beschloßen die Starker einen partiellen Streik.  
Am 9. erlitt die Arbeiterbewegung einen beklagenswerten Verlust durch den Tod des Genossen Obier, der seit langer Zeit als Vorstandsmittglied im Verbande der Lithographen und Steinbrüder, sowie als Gemeindevertreter in Panow die Interessen der Arbeiterschaft wahrgenommen hatte.  
Am 13. entfalteten die Parteigenossen durch Verbreitung von 1 113 000 Flugblättern eine umfangreiche Agitation für den „Vorwärts“ und die Parteiorganisation. Gleichzeitig wurde zur Einsicht in die Stadtverordnetenwählerlisten aufgefordert.  
Am 16. hielten große Selbstversammlungen in den acht Wahlkreisen Groß-Berlins Abrechnung mit dem Schnapsbros. Unser Kampf im Reichstage gegen die neue Steuerbelastung wurde den Versammelten vor Augen geführt.  
Vom 19.—22. wurde im Gewerkschaftshause der Verbandstag der Tapezierer abgehalten.  
Am 26. beschloßen die Geldschrankkloster den Streik, weil die Tarifverhandlungen keinen Erfolg hatten.  
Am 27. verloren die Genossen des sechsten Wahlkreises durch den Tod des Genossen Emil Böhl einen Mitkämpfer aus der alten Garde der Partei.  
Am 28. wurde die Lohnbewegung der Starker als erfolgreich beendet erklärt und die Sperre gegen einzelne Firmen fortgesetzt.  
Am 31. sprach Samuel Gompers, der Präsident der amerikanischen Arbeiterföderation, vor einer überfüllten Versammlung im Gewerkschaftshause über die Arbeiterbewegung in Nordamerika. — Seine Angaben, die später in der Parteipresse als in wesentlichen Punkten unzutreffend bezeichnet wurden, hatten eine längere Preßpolemik zur Folge, die hauptsächlich zwischen dem „Vorwärts“ und dem „Korrespondenzblatt“ der General-Kommission geführt wurde.

### August.

Am 1. nahm eine Generalversammlung des Kreises Niederbarnim Stellung zum Parteitage und zur Provinzialkonferenz.  
Am 2. trat ein Teil der Bau- und Kunstschlossler in den Streik, um die Anerkennung ihrer Tarifforderungen durchzusetzen.  
Am 3. hielten die sechs Berliner Wahlkreise Generalversammlungen ab, welche zum Parteitage und zur Provinzialkonferenz Stellung nahmen.  
Am 6. wurden in einer Volksversammlung, die im Germania-Saal tagte, die durch den „Vorwärts“ aufgedeckten grauenhaften Mißhandlungen von Berliner Fürsorgebehörden in der Anstalt zu Mieszyn und die Vertuschungs- und Beschönigungsversuche des Berliner Magistrats besprochen und verurteilt.  
Am 8. nahm eine Generalversammlung des Wahlkreises Teltow-Beetzow Stellung zum Parteitage und zur Provinzialkonferenz.  
Durch den am 8. erfolgten Tod des Genossen Ostermann, der seit vielen Jahren der Nizdorfer Gemeindevertretung angehörte, wurden die Parteigenossen in Trauer versetzt.  
Vom 12. bis 14. wurde im Gewerkschaftshause der Verbandstag der Würtner abgehalten.  
Am 18. beschloßen die Baukloster die Aufhebung des Streiks, nachdem sie einige Verbesserungen des Tarifs erreicht hatten.  
Am 19. wurde der Streik der Geldschrankkloster aufgehoben.  
Am 22. tagte in Kellers Saal die Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin. Nach der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten hielt Genosse Ströbel einen Vortrag, in dem er auch die in der Partei bestehenden gegensätzlichen Auffassungen berührte, worauf Eduard Bernstein das um jene Zeit schon in der Parteipresse erdörte Thema seiner angeblichen geistigen Aushungerung durch gewisse Parteikreise anschnitt, was zu einer langen Debatte führte.  
Am 29. wurde im Gewerkschaftshause die Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg abgehalten. Außer dem Geschäftsbericht stand die Verwaltung in Preußen und die politische Lage auf der Tagesordnung.

### September.

Am 5. fand in einer Generalversammlung der Parteiorganisation von Groß-Berlin die Fortsetzung und Beendigung der am 22. August begonnenen Debatte statt.  
An demselben Tage starb Pauline Stagemann, eine der ältesten Vorkämpferinnen der proletarischen Frauenbewegung.  
Am 7. tagte im Gewerkschaftshause eine imposante Versammlung. Genosse Branting aus Schweden trug den Berliner Arbeitern

die Ursachen des schwedischen Generalkrisis vor. Die weitgehende Unterstützung der deutschen Arbeiterschaft wurde ihm zugesagt und in der Folgezeit durch ergiebige Geldsammlungen bekräftigt.  
Am 9. und 10. setzte die Agitation für die durch den Mandatsraub notwendig gewordenen Neuwahlen im 5., 6., 7. und 12. Landtagswahlbezirk ein durch Verbreitung von Flugblättern und Abhaltung von Versammlungen in den betreffenden Bezirken.  
Am 24. beendeten die Köhrer ihre Lohnbewegung nach kurzer Dauer mit dem Abschluß eines Tarifvertrages.  
Am 26. hielt der Kreiswahlverein für Niederbarnim eine Generalversammlung ab, wo die Parteitagdelegierten Bericht erstatteten.  
An die entsetzlichen Folgen einer nächtlichen Polizeiaktion erinnerte die am 26. stattgehabte Enthüllung eines Grabmales für den Genossen Herrmann aus Hohen-Neuendorf, der vor Jahr und Tag bei der Heimkehr aus einer Versammlung vom Gendarmen Jude erschossen wurde. — Die wahrheitsgemäße Inschrift des Grabsteins erregte Argwohn beim Amtsvorsteher, der deshalb die Verhüllung des Denksteins anordnete, wogegen die davon Betroffenen Klage führten.  
Am 28. hielten die sechs Berliner Wahlvereine Generalversammlungen ab. Es wurden die Berichte über den Parteitag erfaßt und die Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen aufgestellt. — Der Monat

### Oktober

stand vorwiegend unter dem Zeichen der Wahlbewegung. Die Stadtverordnetenwahlen und die Landtagswahlen waren es, welche durch Agitation sowie durch die Kleinarbeit zahlreicher Parteigenossen vorbereitet werden mußten.  
Am 3. wurde ein Flugblatt verbreitet, welches sich an die Kommunalwähler wandte.  
Am 5. und 6. fanden eine Anzahl von Kommunalwähler-versammlungen statt.  
Am 6. erstatteten die Genossinnen, welche zum Parteitage delegiert waren, ihren Bericht in einer Parteiversammlung.  
Am 10. wurde wieder ein Flugblatt zur Stadtverordnetenwahl verbreitet.  
Am 12. hielten die Genossen in den vier zur Wahl stehenden Landtagswahlbezirken Wählerversammlungen ab.  
Am 15. sprach Genosse Viktor Berger aus Wiskau in einer überfüllten Versammlung über die Arbeiterbewegung in Amerika.  
Am 17. fanden mehrere sehr stark besuchte Protestversammlungen gegen den an Ferrer verübten Justizmord und die sonstigen Greuel der spanischen Justiz statt. In verschiedenen Stadtteilen verübte die Polizei ohne ersichtliche Ursache Säbelattaken gegen heimziehende Versammlungsbesucher.  
Am 26. fanden in den vier Landtagsbezirken die Urwahlen statt. Sie brachten uns eine sichere Mehrheit im 5., 6. und 7. Bezirk, während das Resultat im 12. Bezirk noch ungewiß blieb, da eine Reihe von Stichwahlen vollzogen werden mußten. In 16 am Abend des Wahltages abgehaltenen Versammlungen wurde das Wahlergebnis verkündet und Propaganda für die Stadtverordnetenwahlen gemacht.  
Am 28. hatten sich die Redakteure Bildung von der „Arbeiter-Turnzeitung“ und Weber vom „Vorwärts“ wegen Aufhebung zum Angehörigen gegen Besche zu verantworten. Die Auf-forderung, welche zur Abwehr der von den Behörden gegen die Jugendabteilungen des Arbeiter-Turnvereins „Fichte“ erlassen war, ging dahin, die betreffenden behördlichen Anordnungen nicht zu befolgen, weil sie ungesetzlich seien. Das Gericht sprach beide Angeklagte frei, da es zu der Feststellung kam, daß die uralte Verordnung, auf die das Kultusministerium sich in seinem Kampfe gegen den Arbeiter-Turnverein stützte, keine Gesetzeskraft hat, beziehungsweise den bestehenden Gesetzen zuwiderläuft.  
Der Abend des 28. bereite die Genossen des vierten Reichstagswahlkreises in Kellers Saal zu einer stimmungsvollen Feier, in deren Mittelpunkt Genosse Singer stand, der das 25jährige Jubiläum als Reichstagsabgeordneter bei vierter Reichstag beging.  
Eine Verfügung des Polizeipräsidenten, welche die Berliner Jugendorganisation als einen politischen Verein erklärt, wurde von der am 31. abgehaltenen Generalversammlung dieser Organisation als unberechtigt bezeichnet, weil sich die Jugendorganisation nicht mit Politik beschäftigt hat.

### November.

Am 1. traten die Isolierer in den Streik, um von den Unternehmern beabsichtigte Verschlechterungen des Tarifs abzuwehren.  
Am 3. fanden in Berlin in 16 Bezirken der dritten Abteilung Stadtverordnetenwahlen statt, die mit einem glänzenden Erfolge der Sozialdemokratie endeten. Wir behaupteten 11 Sitze und gewannen 3 neue hinzu, die wir den Freisinnigen abnahmen.  
Der Zentralverband der Tüpler stimmte in seiner am 3. abgehaltenen Generalversammlung dem nach langen Verhandlungen zustande gekommenen neuen Tarifverträge zu.  
Am 5. begannen die Verhandlungen der Maler mit ihren Unternehmern wegen Abschluß eines Reichstarfs.  
Die Starker nahmen am 5. Stellung gegen die unberechtigte Kündigung ihres Tarifs durch die Unternehmerorganisation.  
Die am 6. vollzogene Stadtverordnetenwahl in Schöneberg brachte uns neue Erfolge. Unsere Genossen behaupteten ihre vier Mandate und eroberten drei neue Sitze von den Liberalen.  
Am 7. nahm eine große Versammlung der Maler Stellung gegen die Tarifverschlechterungsanträge der Arbeitgeberorganisation.  
Am 9. beschloß eine Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes, den Tarifvertrag nicht zu kündigen. Bald darauf sprachen aber die Unternehmer die Kündigung aus, wodurch eine Tarifbewegung eingeleitet wurde.  
Am 9. fanden Stadtverordnetenwahlen in Charlottenburg statt. Wir behaupteten fünf Mandate und verloren drei andere Mandate infolge einer neuen Bezirkseinteilung, obgleich sich die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bedeutend vermehrt hatte.  
Am 10. wurde Genosse Jahnke aus Adpenitz in der Berufungsinstanz verurteilt, weil die Polizei eine von ihm einberufene Jugendversammlung als eine politische bezeichnete.  
Am 11. begannen die zentralen Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages für das Baugewerbe.  
Am 15. endeten die Verhandlungen der Maler über die Grundlagen eines Reichstarfs, indem die Unparteilichen einen Schiedsspruch abgaben.  
Am 17. schilderte der „Vorwärts“ die Entlassung des Polizeispitzels Adolf Palm, der sich an ein Mitglied der Jugendorganisation herangemacht hatte, um Material gegen die Jugendbewegung zu erschnüffeln.  
Eine am 21. abgehaltene öffentliche Jugendversammlung erhob Protest gegen die Bespitzelung der Jugendbewegung.  
Am 21. verbreiteten die Parteigenossen eine Agitationsnummer des „Vorwärts“ und eine Aufforderung zum Eintritt in die Wahlvereine.  
Bei der am 22. erfolgten Stadtverordnetenwahl in Lichtenberg behaupteten unsere Genossen im Kampfe gegen zwei bürgerliche Parteien die 5 Mandate der Sozialdemokratie.  
Am 24. sollte eine Rede, die Genosse Ledebour bei der Wahlrechtsschönung im Januar 1908 an der „einigen Kappel“ gehalten hatte, vor Gericht „geföhnt“ werden. Ledebour wurde freigesprochen, weil seine Handlung nach dem Reichsvereinsgesetz gar nicht strafbar ist.  
Am 30. fanden sieben Frauenversammlungen statt, welche für die Frauen und Mädchen das aktive und passive Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten forderten.  
Bei den am 30. erfolgten Abgeordnetenwahlen zum preussischen Landtage wurden die Genossen Borgmann, Heimann und Girsch im 5., 6. und 7. Bezirk wiedergewählt, während Genosse Hoffmann im 12. Bezirk dem Ansturm der vereinigten Reaktionskräfte gegenüber mit wenigen Stimmen in der Minderheit blieb.

Am 5. Lehte eine große Versammlung der Arbeiter den aus den Verhandlungen hervorgegangenen Reichstaxi ab, erteilte aber ihre Zustimmung zu weiteren Verhandlungen.

Eine Ausstellung empfehlendwerter Jugendchriften wurde am 5. im Gewerkschaftshause eröffnet.

Generalversammlungen der Wahlvereine der Kreise Niederbarnim und Teltow-Beetzow nahmen am 5. Stellung zum preussischen Parteitag.

Am 7. beschäftigten sich die Generalversammlungen der sechs Berliner Wahlkreise mit derselben Angelegenheit.

Am 9. und 10. fanden die Tarifverhandlungen der Sauberer für das Berliner Lohngebiet statt, ohne daß ein Resultat zustande kam.

Am 13. wurde in Rixdorf eine Stadtverordneten-Nachwahl in zwei Bezirken vollzogen. Die Mandate fielen, trotz Verschlechterung des Wahlrechts, unseren Genossen wieder zu.

Eine am 13. abgehaltene Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes stimmte den von der Ortsverwaltung ausgearbeiteten Forderungen für die Tarifverhandlung zu.

Am 17. fanden zwei Teilnehmer eines Sonntagsausflugs jugendlicher Arbeiter, der von Gendarmen auseinandergetrieben worden war, unter der Anklage des Auslaufs vor dem Schöffengericht Köpenick. Einer der Angeklagten wurde freigesprochen, der andere mit einem Verweise bestraft.

Die Buchbinder nahmen am 17. Stellung zu einer von den Unternehmern beabsichtigten ungünstigen Aenderung der Arbeitszeit infolge der Novelle zur Gewerbeordnung, welche die Arbeitszeit der weiblichen und jugendlichen Personen regelt.

Die Isolierer hoben am 17. ihren Streik auf, weil sie ein befriedigendes Resultat erzielt hatten.

Am 20. sprach das Schöffengericht Köpenick die angeklagten Genossen Schenk und Horlich frei. Sie waren beschuldigt, einen

öffentlichen Aufzug und eine Versammlung unter freiem Himmel veranstaltet zu haben bei Gelegenheit eines Ausfluges der proletarischen Jugend nach Adlershof, wo Karl Liebknecht, der damals gerade aus der Festungshaft zurückgekehrt war und von den jugendlichen Ausflüglern begrüßt wurde, in einer Ansprache seinen Dank für die Begrüßung abtrotzte.

Ein Teilnehmer desselben Ausfluges, der Schlosserlehrling Janus, stand am 20. vor dem Verurteilungsgericht (Landgericht II), welches die vom Schöffengericht Köpenick verhängte Strafe von 6 W. bestätigte. Janus wird vom Gericht als Leiter eines polizeilich nicht genehmigten Aufzuges angesehen, lediglich deshalb, weil er nach Angabe eines Gendarmen den Befehl eines Trupps von Ausflüglern leitete.

Es ist ein bezeichnender Zufall, daß die letzten Tage des alten Jahres einige alte polizeiliche Vorgehens gegen die proletarische Jugendbewegung in Erinnerung rufen. Hat doch die Polizei im vergangenen Jahre gerade unsere Jugendbewegung mit einem Eifer verfolgt, von dem uns auch das neue Jahr eine Anzahl von Proben bringen wird. Doch wissen wir, daß allem Polizeieifer und allem reaktionären Treiben zum Trotz mit der gesamten Klassenbewußten Arbeiterbewegung auch die Jugendbewegung im neuen Jahre tüchtig vorwärts schreiten wird.

### Soziales.

(Siehe auch Hauptblatt.)

#### Widerrechtliche Aufrechnung.

Der Buchbinder Sch. klagte am Dienstag beim Innungs-Schiedsgericht gegen die Großbuchbinderei Georg Witten u. Co. auf Zahlung von 44 M. rückständigen Lohn. Die Beklagte ließ durch

ihren Vertreter einwenden, der eingeklagte Lohnbetrag sei dem Kläger ausbezahlt, aber sofort wieder von der beklagten Firma beschlagnahmt worden, weil der Kläger eine erhebliche Anzahl Kalender verschritten und dadurch größeren Schaden verursacht habe. Der Kläger habe außerdem schriftlich anerkannt, keinerlei Forderungen mehr zu haben. Die Verzichtserklärung lag dem Schiedsgericht vor. Der Kläger bemerkte zu diesen Einwänden, daß er den Meister auf die schiefe gefalzten Bogen aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen habe, daß der Druck angehalten werde, worauf ihm die Antwort wurde, es käme nicht so genau darauf an. Uebrigens habe er nicht allein an den Kalendern beschritten. Die Verzichtserklärung habe er im Betriebe auf Geheiß des Werkmeisters unterschrieben, nachdem ihm dieser gesagt, das Geld werde im Kontor ausbezahlt. Im Kontor wurde ihm aber erklärt, Sonnabends sei Zahlung. Am Sonnabend wurde ihm aber das Geld auch nicht gezahlt, sondern für die nicht durch seine Schuld verschrittenen Kalender einbehalten. Die klägerischen Angaben wurden vom Vertreter der Beklagten nicht bestritten.

Das Schiedsgericht verurteilte die Beklagte dem Klageantrag entsprechend. Die eigenmächtige Wegnahme des Lohnbetrages sei keine Beschlagnahme, sondern eine widerrechtliche Aufrechnung. Das Verschulden des Klägers an dem Schaden ist zudem nicht erwiesen.

#### Die Wahl zur unteren Verwaltungsbehörde der Invalidenversicherung

endete für den Amtsbezirk Mannheim mit einem Siege der von den organisierten Arbeitern aufgestellten Liste. Zu wählen waren vier Beisitzer. Der Arbeitgeber-Nat — eine Zentralverwaltung für alle Unternehmerverbände und Mittelstandsvereinigungen — hatte auch eine Liste für „Arbeiter“-Beisitzer aufgestellt. Zugunsten dieser Liste wurden die Beisitzer der Betriebskrankentassenverbände von den Unternehmern ohne Erfolg bearbeitet.

## Jugendausschuß für Groß-Berlin.

Sonntag, den 2. Januar, abends 7 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17-18:

### Jugend = Versammlung.

Vortrag des Schriftstellers Emil Eichhorn über: „Jugendbewegung einst und jetzt“.

Nach dem Vortrage: Gesellige Unterhaltung. Zu dieser Versammlung sind alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen freundlich eingeladen.

### Partei-Expeditionen:

- Zentrum: Albert Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
- 1. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hochparterre.
- Süden und Südwesten: Hermann Berner, Eisenbahnstr. 72, Laden.
- 2. Wahlkreis: St. Fröh, Weinstr. 31, Hof rechts part.
- 3. Wahlkreis: Osten: Robert Wengels, Andraeststraße 17. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
- 4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Raufherplatz 14/15 (Laden).
- 5. Wahlkreis: See Suchi, Zemanuellerstr. 12 (Hof).
- 6. Wahlkreis (Noahit und Hansviertel): Karl Sanders, Salzweberstr. 8, im Laden.
- Wedding: Karl Weige, Razarerstr. 49.
- Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Katsch, Bernauerstr. 9, vorn part.
- Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
- Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Lyphenerstr. 123.
- Adlershof: Karl Schwarzlose, Hofmannstr. 9.
- Alt-Gliencke: Wilhelm Dörre, Rudowerstr. 83 II.
- Baumschulenweg: D. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.
- Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Brose, Dohlestr. 74, part.
- Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Lauf, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.
- Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Eisenheimerstraße 1, Ecke Goethestraße, Laden.
- Eichwalde, Zenthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Fröh Oldenburg, Eichwalde, Kronprinzenstr. 81.
- Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
- Friedmann-Steglitz-Südende: D. Berner, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Besetzungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Mohr, Döppelstr. 32, und Fr. Scheibase, Wilmstr. 15a.
- Friedrichshagen: Ernst Berkmann, Friedrichstr. 67.
- Grünau: Franz Klein, Bahnhofstr. 6 III.
- Hohen-Neuendorf: Wilhelm Lentzger, Stolperstr. 50 I.
- Johannisthal: Heide, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
- Karlshorst: Richard Käter, Köpenickerstr. 9, II.
- Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 12.
- Köpenick: Emil Wöhler, Köpenickerstr. 6, Laden.
- Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seitel, Kronprinzenstraße 4, I.
- Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Mahlsdorf, Wälderstr. 14.
- Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 206, Hof.
- Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterre.
- Nieder-Schöneweide: Max Prebble, Drikerstr. 14 II.
- Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
- Ober-Schöneweide: August Henjes, Rauenbergerstr. 2, I.
- Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Röhrenstraße 30.
- Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: G. Gursch, Kamelestr. 12, I.
- Rixdorf: R. Heinrich, Niederstraße 2, im Laden.
- Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkranz, Hill-Boxhagen 56.
- Schmargendorf: Gustav Kaminski, Lunostraße 2.
- Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
- Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.
- Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Riehn, Borsigwalde, Ränischstraße 10.
- Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Zehlenerstr. Str. 4.
- Tempelhof: Albert Tschel, Friedrich Wilhelmstr. 20.
- Treptow: Rob. Gramenz, Riechholzstraße 412, Laden.
- Wilmerdorf-Halensee: Wittnebel, Gasteiner Str. 4.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert. Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.

Bitte ausschneiden. 245/1

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Landsberger Viertel.  
Bezirk Nr. 368, Teil I.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maurer **Emil Polesky** Weidenweg 57 gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, 30. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Wrensfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
222/2 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis Köpenicker Viertel.**  
Bezirk Nr. 210, Teil II.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter **Hugo Häring** Appelter Straße 18 gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, 30. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
222/1 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Schwigerwatter und Großvater **Albert Ehrhardt** im Alter von 73 Jahren nach kurzem, aber schwerem Leiden verschieden ist.  
Die Beerdigung findet am 1. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem alten Thomas-Kirchhofe in Rixdorf, Hermannstraße, statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Familie Häring.**

Am Montag entschlief nach unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, der Bauer **August Meißner** Forster Straße 30.  
Dies seligen Hef betrifft an Witwe Christiane Meißner, Kinder und Enkel.  
Die Beerdigung findet Donnerstags, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.  
565

Nachruf!  
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser lieber Freund und Kollege, der Schriftsteller **Otto Kuhnke** am 28. Dezember nach längerem Leiden verschieden ist.  
Ehre seinem Andenken!  
**P. Kern, F. Gundlach, P. Kern II.** 598

Allen Bekannten und Freunden die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Klara Pazdzierzynski** geb. Tschernatke infolge der Entbindung plötzlich an Herzschlag im Alter von 35 Jahren verschieden ist.  
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 2 Uhr vom Zentral-Friedhof, Friedrichsfelde, aus statt.  
Der trauernde Gatte  
**Paul Pazdzierzynski.**

Für die liebevolle Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sage ich allen Beteiligten hiermit meinen herzlichsten Dank.  
**Witwe H. Feitrat nebst Tochter.**

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Dr. Schünemann**  
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Friedr. 203, Ecke Schützenstr. Wochentags 10-2, 5-7.

**Hygienische**  
Reinigungsartikel, Neuest. Katalog  
Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. d. H. Vager, Commisariatsarzt Berlin NW., Friedrichsstraße 91/92

Getragene eleg. Damengarderobe  
spottbillig. Reichensbergerstr. 104, pt.



**Albert Marquard**  
Berlin, Noanderstr. 26  
Weingroßhandlung-Likörfabrik  
empfiehlt zum  
**Silvester**  
Bordeaux-, Rhein- und Moselweine  
Fornar  
feinst. Rum per Flasche 2,00-5,50  
Arrak . . . 2,10-4,25  
Cognac . . . 2,10-6,50  
Burgunder-, Rum- u. Arrak-Punsch  
per Ltr. 3,50 u. 4,00  
feinsten Punsch-, Grog- und Glühwein-Extrakt  
per Ltr. 1,00-2,50.

**J. Baer**  
ECHO  
Badstr. 26 Prinz-Alten  
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Japan. Elegante Paletots und Palerinen.  
Großes Stofflager zur Anfertigung n. Maß.  
Anorbilligste, streng feste Preise.

# Wer liebt nicht

ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen, weiße, sammetweiche Haut und blendend-schönen Teint? Alles dies bewirkt nur die allein echte

## Steckenpferd-Lilienmilch-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul. à Stück 50 Pfg. In allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar,  In denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mastergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
BERLIN, Leipziger Straße 92.  
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

**Pa. Schlack- u. Salamiwurst à Prd. 1.10.**  
Täglich frisch!  
Gänse sowie sämtliche Gänse-Artikel, als: Gänseklein, Gänselebern, Gänsefleisch mit u. ohne Keulen, Räucher-Keulen (mit und ohne Knochen) empfiehlt  
**Hermann Leißner, BERLIN C.**  
Klosterstr. 93/95, Ecke Kaiser-Wilhelm-Str. 140/4

Wir offerieren unsere durch warme Destillation hergestellten Liköre bei unübertroffener Qualität zu folgenden sehr billigen Preisen. Z. B.:

Alpenkräuter	0,90 M.
Stonsdorfer	0,90 „
Berliner Doppel-Kümmel	0,95 „
Glühwürmchen	0,95 „
Thorer Lebenstropfen	1,10 „
Stargardter Tropfen	1,10 „
Halb und Halb	1,10 „
Meyers feiner Magenbitter	1,20 „
Kognak-Verschnitt	1,20 „
Rum-Verschnitt	1,20 „
Aromatique	1,30 „
Berliner Tafel-Kümmel	1,30 „

Käuflich in allen Geschäften in Berlin und Vororten, welche unsere Waren führen.  
Jedes Etikett trägt unsere Firma, worauf wir zu achten bitten.  
Man verlange Preislisten.

## Hermann Meyer & Co.

Akt.-Ges.  
N., Wattstraße 11/12.

## Komplette Wohnungs-Einrichtungen!

Kontor-Möbel, Teppiche, Pianos, Geldschränke, Klubsessel, Leder-Sofas etc.  
erhalten solvente Personen jeden Standes von erster Firma innerhalb Deutschland in erstklassiger Ausführung, auch nach Zeichnungen, zu **Original-Preisen.** 84461\*

Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung, wenn 5%, Zinsen vergütigt werden.  
Reisende sind ständig unterwegs, um gefäll. Angabe der Adresse bitten  
Berliner Industrie-Gesellschaft m. b. H., Eingang Kurze Str. 6/7, Aufg. IV. L. E.



# A. WERTHEIM

G. m. b. H.



## LEIPZIGER STR.

ROSENTHALER STRASSE

Lebensmittel-Preisliste kostenlos

ORANIEN-STRASSE

# LEBENSMITTEL

### Konserven

Erdbeeren (zur Bowle)  $\frac{1}{2}$  Dose 95,  $\frac{1}{4}$  Dose 53 Pf.  
 Pfirsiche halbe Frucht geschält  $\frac{1}{2}$  D. 1.20,  $\frac{1}{4}$  Dose 65 Pf.  
 Melange Früchte  $\frac{1}{2}$  Dose 95,  $\frac{1}{4}$  Dose 53 Pf.  
 Reineclauden  $\frac{1}{2}$  Dose 85,  $\frac{1}{4}$  Dose 48 Pf.  
 Mirabellen  $\frac{1}{2}$  Dose 65,  $\frac{1}{4}$  Dose 38 Pf.  
 Saure Kirschen ohne Steine  
 $\frac{1}{2}$  Dose 90,  $\frac{1}{4}$  Dose 50 Pf.  
 Ananas in Gläsern 35 Pf. bis 1.70  
 Bowlen-Ananas I  
 $\frac{1}{2}$  Dose 1.70,  $\frac{1}{4}$  Dose 95,  $\frac{1}{8}$  Dose 50 Pf.  
 Bowlen-Ananas II  
 $\frac{1}{2}$  Dose 1.25,  $\frac{1}{4}$  Dose 70 Pf.  
 Kompott-Ananas in Würfeln  
 $\frac{1}{2}$  Dose 1.40,  $\frac{1}{4}$  Dose 80 Pf.  
 extra geschnittene Frucht  $\frac{1}{2}$  Dose 1.90  
 geschnittene Frucht  $\frac{1}{2}$  Dose 1.25,  $\frac{1}{4}$  Dose 65 Pf.

Nur Leipziger Strasse:

### Feine Kalte Küche

Hummer-Mayonnaisen 90 Pf.  
 Gänseweissauer 95 Pf.  
 Sülzkotelette 50 Pf.  
 Krabben in Mayonnaise 45 Pf.  
 Ge-füllte Tomaten u. Artischocken 35 Pf.  
 Gebratene Hühner, Enten, Gänse etc.  
 Gänseleber-Pasteten m. Trüffel Stück 1.00  
 Grössere Pasteten auf Bestellung & Person 1.25

Lieferung von:

Garnierten Schüsseln  
 mit Braten, Salaten, Mayonnaisen,  
 Vorspeisen etc.  
 Bratfertiges Geflügel

### Ananas Pfd. 68 u. 90 Pf.

Brüsseler Treibhaustrauben . Pfund 68 Pf.  
 Apfelsinen . . . . . Dtz. 20, 30, 40, 50 Pf.  
 Mandarinen Pfd. 15 Pf. Tafelbirnen Pfd. 20 Pf.  
 Italienische Tafeläpfel Korb 7-8 Pfund 1.25

### Kaviar

### Lebende Karpfen zu billigen Preisen.

Nur Leipziger und Rosenthaler Strasse:

Roastbeef . . . . . Pfund 95 Pf. ohne Knochen 1.20  
 Schmorfleisch . . . . . Pfund 90 Pf. bis 1.00  
 Rinderzungen frisch Pfund 95 Pf. gepökelt 1.10  
 Kalbskeule und Rücken Pfund 1.00 bis 1.20  
 Kalbsbrust . . . . . Pfund 90 Pf. bis 1.00  
 Kalbszungen . . . . . Stück 65 Pf.  
 Hammelkeule u. Rücken Pfund 75 bis 85 Pf.  
 Schinken . . . . . Pfund 75 bis 80 Pf.  
 Kotelette Pfund 90 Pf., Pökelkamm Pfund 75 Pf.  
 Kasseler Rippespeer Pfund 75, 80, 85 Pf.  
 Goulaschfleisch . . . . . Pfund 60 Pf.

### Fleischwaren

Schinken (Prager Art, ohne Knochen in Dosen à 8-10 Pfd. Tafelfertig. 1.60  
 Schinken (Prager Art, mit Knochen in Dosen à 8-11 Pfd. Tafelfertig. 1.45  
 Schinken (Prager Art, zum Backen und Kochen 7-11 Pfd. schwer, Pfd. 1.25  
 Landschinken 9-12 Pfd. schwer, Pfd. 1.20  
 Lachsschinken (Pariser Art) Pfund 2.00  
 Rollschinken 8-10 Pfund schwer Pfund 1.20, 1.30  
 Gänsebrust (Rollbrust) Pfund 1.50  
 Plockwurst Pfund 1.20  
 Teewurst Pfund 1.20  
 Feine Leberwurst Pfund 95 Pf.  
 Landleberwurst Pfund 90 Pf.  
 Fleischwurst Pfund 90 Pf.  
 Rotwurst I Pfund 70 Pf.  
 Zungen in Dosen Netto Pfund 2.30

### Wild und Geflügel

Gänse . . . . . Pfd. 70 Pf.  
 Mastputen . . Pfd. 80 u. 90 Pf.  
 Hasen gestreift . . . . . 3.85  
 Hirschfleisch  
 Keulen, Rücken . . . . . Pfd. 80 Pf.  
 Blätter Pfd. 45 Pf., Ragout 20 Pf.  
 Rehkeulen Stück 5.50 u. 6.50  
 Rehblätter Stück 1.50 b. 2.00

### Punsch-Extrakte.

**Sophien-Säle** Sophienstraße 17/18  
 Querstraße der Rosenthaler Straße  
 am Hackeschen Markt  
 Inhaber: **Paul Bantz**  
 empfiehlt seine von 60-2000 Personen fassenden Säle zu Versammlungen  
 Vortrags- u. Kunstabenden usw. Besügl. Musik. Kulant. Entgegenkommen

**Charlottenburg.**  
 Uhren und Goldwaren. Trauringe.  
**Friedr. Stabenow**, jetzt Berliner Str. 116 (zwich. Ball- u. Leibnizstr.)  
 Für jede bei mir gekaufte Uhr liefere 3 Jahre Garantie.

**Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum.**  
 in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillersees vorzüglich gelegene  
 billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit  
 auch ohne Bad, Balkon od. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-  
 Promenade, Brünner Straße, Müll-Strasse, Holländer- und Thuner Straße

# HUGO BELING

□□□□□□□□ Filialen in allen Stadtteilen und Vororten. □□□□□□□□

## Zur Silvester-Feier!

Punsch-, Grog- u. Glühwein-Extrakt, Jamaika-Rum, Batavia-Arac

in allen Preislagen.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Freitag, den 31. Dezember, veranstaltet der Wahlverein im großen Saale des Gewerkschaftshauses für seine Mitglieder und deren Angehörige eine Silvesterfeier unter Mitwirkung der Geschiedgesellschaft. Anfang 9 Uhr. Entree 20 Pf., Tanz 30 Pf. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Zirkus Strampel.

„Hopa, Cousin, kannst Du noch? ... Yes, Cousin, id können noch!“ Aus allen Ecken und Enden des mächtigen Hallenbaues am Zoo, von den Logen und Tribünen, aus den Galerien und Kojen, glaubt man den typischen Bedruck des Clowns zu hören. Noch mehr als bei der ersten derartigen Veranstaltung im vorigen März erinnert das diesmalige Sechstagerrennen in seinem äußeren Anstrich an Artistentum, an die Zirkusmanege, auf deren Sand auch niemals echter, edler Sport, nur der trügerische Schein eines solchen aufkommen kann. Wie dem Clown bei seinen eingelernten Manoeuvres oft recht lächerlich zumute ist, so sah schon am zweiten Tage des Berliner Rennmummels fast alle Fahrer gelangweilt, mürrisch, übermüdet aus. Die erhitzen, vom Staub bezogenen, verzerrten Gesichter dieser modernen Lebermenschen auf dem Rade, die nicht um die Sportlehre, sondern um elenden Mammon ihre Lebenskraft einsetzen, bestätigen am besten die sich immer deutlicher durchdringende öffentliche Meinung, daß man es hier mit einem auf die Sensationsgier der zahlenden und zahlungsträchtigen Menge berechneten Sportauswuchs durchaus nicht harmloser Art zu tun hat. „Vernunft wird Unsinn, Sport ... zur Plage!“ Das karikierte Wort Goethes scheint eigens für die wilde, ruhelose Jagd der bald drei Duzend Dauerstrampler gemünzt zu sein. Man ist sich nur im Zweifel, was mehr Bedauern verdient, die buntgeschickten Clowns auf dem Rade, die für eine Handvoll Goldstücke mit der Gesundheit va banque spielen, oder jenes fanatische Publikum, das an dem Jonglieren mit Menschenknochen ein unbändiges Vergnügen findet. „Objekte für den Arzt, nicht für den Zuschauer“, äußert sich eine sonst sehr sportfreundliche Tageszeitung. Wir unterschreiben es mit und glauben, daß man dem wahren Nadsport mit diesem Spektakelstück, das eine Nachahmung englischer und amerikanischer Sportausführungen ist, keinen schwereren Schaden zufügen kann. Die Leistungen einzelner Fahrer sind in manchen Phasen des sechstägigen Gefechts, wenigstens bei der verhältnismäßigen Körpergröße der ersten Tage, entschieden bewundernswert. Gerade diese hervorragenden Fahrer müssen schließlich durch übermäßige Forcierung ihres schönen Könnens dem Sport verloren gehen, oder mindestens werden sie vorzeitig auf den dritten und vierten Platz von Holz und Zement genötigt.

Der Sturm auf die Kassenschalter der Zoobahn am Eröffnungstage ließ eine erhöhte Anteilnahme des Publikums vermuten. Inzwischen hat sich das Strohfeuer falscher Sportbegeisterung schnell gelegt. Schon am ersten und zweiten vollen Rennstage waren die Logen, in denen der Einzelplatz 15 M. kostet, fast leer, auch die Tribünen und Sattelplätze, selbst die Galerien wiesen große Lücken auf. Viele Launefreunde der Sache mögen auch die hohen Eintrittspreise, durch welche die nicht mal übermäßig hervorragenden Rennpreise von insgesamt fünfzehntausend Mark mit herausgeschlagen werden sollen, vom Besuch abgeschreckt haben. Erst gegen die Witternachtsstunden kommt Zugang aus den Lebeweltlokalen Berlins, und es spielt sich dann in den Logen und noch mehr in der Nähe der improvisierten American Bar bei schäumendem Sekt jenes widerliche Treiben ab, das den Feinsühlenden an diesem Orte doppelt anekelt. Ohne die Musikklänge der Militärkapelle ist einfach langweilig da draußen. Selbst die zahlreichen Vorstöße und Ueberrundungen der Fahrer, ihre Tricks und Stürze verlieren durch die Häufigkeit bald an Interesse. Man sieht das oft stundenlang schleppende und abwechselungslose Dahingleiten des schon stark zusammenschumpfenden Fahrerrudels zuletzt wie im Kaleidoskop und wird erst wieder durch den den Stundenablauf kündenden Pistolenschuß aus der inneren Leere getroffen. Dazu fehlt diesmal vollständig das quirlende Märztreiben des Innenraumes der Bahn. Hier haben nur Fahrer, Fahrpersonal, Rennkomitee und ganz Bevorzugte Zutritt, was den Eindruck der Zirkusmanege verstärkt. Die vielfach mit Drückerwärme zu hörende Ansicht, daß die Gebildeten den Anflug des Sechstagerrennens nicht mehr mitmachen, hat uns der Augenschein nicht bewiesen. Wir bemerkten zahlreiche Offiziere, die sich doch wohl zu den Gebildeten im allgemeinsten Sinne rechnen. Oder ist ihnen der fahnenflüchtige Favorit Reitt, der trotz seines Nephistogeichts so sympatisch junge Rheinländer, ein interessantes militärisches Studienobjekt? Auch der Hof wird sich von dem „groben Genuß“ wohl kaum zurückhalten, nachdem der an Knochenverarbeitung gewöhnte Militarismus durch das freie Geleit für den erklärten Liebling des Publikums das fragwürdige Unternehmen gewissermaßen sanktioniert hat. Aus den blutigen Gladiatorenkämpfen vor dem Angesicht römischer Kaiser sind bis zum Umsinken strapazierte Menschenleiber auf dem tausenden Jahrd geworden.

Recht niedrig kann es in der Silvesternacht werden. Die Direktion weist bereits energig darauf hin, daß Konfettiworfen und anderer Silvesterunfug auf der Rennbahn streng verboten ist. Trotzdem werden wohl die in den Ausstellungenhallen schon jetzt massenhaft postierten Schutzleute mit den pumfschlagenden Sportfexen und anderen auf dem Geldbeutel pochenden Wadaubrüdern keine leichte Arbeit haben. Eine bessere Schutzpolizei als den Berliner Silvesterkult konnte sich die sportliche Zirkusveranstaltung gar nicht wählen.

Erfassung der Schule.

Der Petitionsausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Petition eines Schlossers K. um Erlassung für einen seinem schulpflichtigen Sohn in der Schule gestohlenen Ueberzieher. Der Magistrat beziehungsweise die Schulverwaltung stehen auf dem Standpunkte, grundsätzlich zu einer Erlassung für einen den Kindern in der Schule erworbenen Schaden nicht verpflichtet zu sein und glauben sich auf ein Gerichtskenntnis berufen zu sollen, das in diesem Sinne gefällt worden sei. Von sozialdemokratischen Vertretern im Ausschuss wurde erklärt, daß das Gerichtsurteil vorliegen müsse,

um beurteilen zu können, ob es auf den vorliegenden Fall Anwendung finden könne. Bekanntlich befanden sich aus hygienischen Gründen in vielen Schulen die Kleiderablagen auf den Korridoren der Schule. Der in der Klasse erteilte Unterricht gestalte es nicht, daß die Kinder auf den Verbleib ihrer Sachen acht geben könnten. Sache der Schule sei es, für Aufsicht über die auf den Korridoren hängenden Kleider zu sorgen. Würde die Aufsicht in ungenügender Weise ausgeübt und würden infolgedessen Kleider gestohlen, so habe ohne Zweifel die Schule für den Verlust. Dieser prinzipiellen Auffassung trat die Mehrheit des Ausschusses nicht bei. Würde die Erlassung anerkannt, hätte die Stadt jährlich eine nicht unerhebliche Summe für Schadenersatz zu leisten. Nur aus Billigkeitsgründen wurde die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung empfohlen unter ausdrücklicher Rechtsübertragung, daß die Stadt keine Pflicht zur Erlassung habe. Der Petent ist Vater von sieben Kindern, darunter von fünf schulpflichtigen. Lediglich in Rücksicht auf die prekäre Lage des Petenten wird der Magistrat ersucht, dem Wunsche nach Erlass Folge zu geben, was in einzelnen Fällen auch früher geschehen ist. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

Auch wir halten nach wie vor fest an der Auffassung, daß es eine Pflicht der Schule sei, Aufsicht zu üben und daß die Schule infolge unachlässiger Ausübung ihrer Aufsichtspflicht auch für den etwa erworbenen Schaden zu haften hat.

Weihnachts-Rückständigigkeit. Während der Feiertage veranstalteten mehrere Berliner Brauereikolale besondere Weihnachtsfeiern mit einem hervorragenden Programm und entsprechend gepfefferten Eintrittspreisen. In Erwartung der angekündigten Darbietungen hatten sich auch viele Arbeiter entschlossen, ausnahmsweise über den Etat zu gehen und eine ganze Reichsmark oder noch mehr pro Person springen zu lassen. Wie uns gleichzeitig von verschiedenen Seiten geklagt wird, war das in der Brauerei Friedrichshain für Hunderte von Besuchern ein gründlicher Reinfall. Schon in den frühen Abendstunden sind die Festäle völlig überfüllt gewesen. Trotzdem wurden an der Kasse noch immer Billets verkauft, und erst hinter der Bilettkontrolle befah man den Schaden. Es ist selbstverständlich und seit Jahrzehnten üblich, daß man in solchem Konzertlokal für sein Geld einen Sitzplatz zu beanspruchen hat. Allenfalls kann es an großen Festtagen vorkommen, daß ein Sitzplatz erst nach geraumer Zeit zu erobert ist. Wenn aber für Hunderte von Gästen überhaupt kein Sitzplatz geschaffen werden kann, so verdient die Abnahme des hohen Entrees den Namen Geldschneiderei. Die Reklamationen jener überbortelten Gäste, die ihr Geld zurück haben wollten, waren umsonst. Lange Zeit blieb der Herr Dekonom, den die Verantwortung für diese Zustände trifft, unsichtbar. Als es endlich gelungen war, ihn aus seiner Zurückhaltung aufzustören, erklärte er den Beschwerdeführern gemühterfüllt, daß am ersten Weihnachtsfeiertage mehr als fünfhundert Personen mit Stehplätzen vorlieb nehmen mußten.

Wir gönnen auch dem Brauereidökonom für seine hohe Pacht ein vergnügliches Weihnachtsgeschäft, aber selbstverständlich im Rahmen der dem zahlenden Publikum schuldigen Rücksicht. Der Dekonom mußte wissen und hat gewußt, daß das Lokal längst überfüllt war. Gerade nach den Erfahrungen des ersten Feiertages war es seine Pflicht, für den zweiten Feiertag bessere Vorkehrungen zu treffen. Daß er das nicht getan hat, muß doppelt gerügt werden.

Bahnsperrung und Hotelbediener.

Die sogenannte „Bahnsperrung“ hat für die Hotelbediener eine recht große und überflüssige Härte mit sich gebracht. Die von den Hotels abreisenden Fremden lassen sich bekanntlich in der Regel ihr Handgepäck von den Angestellten zum Bahnhof bringen. Und sie erwarten dabei, daß es ihnen möglichst bis in ihr Abteil hineingereicht wird. Jedesmal nun, wenn der betreffende Hotelbediener die Sperrung passiert, hat er dem Bahnhofsbeamten seinen Großkoffer zu opfern; es sind Fälle zu verzeichnen, wo Hotelbediener an einem Tage 60 Pf., 1 M., sogar 1,20 M. für Perkonkarten zu zahlen hatten. Von Reisenden bekommt der Hotelbediener natürlich die 10 Pf. nicht besonders vergütet. Und der Einwand, der Hotelbediener verdiene ja doch Trinkgeld genug, ist auch nicht stichhaltig, denn das, was diese bei der Abreise von den Fremden erhalten, gehört in den meisten Fällen nicht dem jeweiligen Empfänger allein, sondern er hat es mit einer Anzahl seiner Kollegen zu teilen. Des weiteren bedeutet es auch nicht eine Entlohnung nur für das Hintransportieren des Gepäcks nach dem Bahnsteig, sondern in dem gegebenen „Trinkgeld“ ist oft die Entlohnung für wochenlange Dienstleistungen im Hotel mit enthalten.

Auf jeden Fall muß der Hotelbediener auf diese Weise an die Staatsverwaltung einen ganz erheblichen Teil seines Trinkgeldes abführen. Diese große Belastung steht in gar keinem Zusammenhang mit dem Zweck der Bahnsperrung. Der Zweck bei der Einführung der Bahnsteigsperrung war nicht so sehr, der Bahnverwaltung eine möglichst hohe Einnahmequelle zu verschaffen, sondern er bestand darin, die bisherige unflätliche und für das Jugerpublikum gefährliche Kontrolle während der Fahrt durch eine bessere und leichtere vor Antritt der Reise zu ersetzen.

Die Maßnahme liegt auch nicht im Interesse der Reisenden, die oft im letzten Augenblick am Bahnhof anlangen, sich von der Bahnsperrung ab ihr Gepäck selbst schleppen müssen und nun, weil unbekannt, ängstlich hin und herrennen, um den richtigen Bahnsteig zu finden.

Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen hat deswegen im Interesse der ihm angeschlossenen Hotelbediener an die Generaldirektion der Staatsbahnen eine Eingabe gerichtet, in der um eine mildere Handhabung der Bahnsperrung gegenüber den Hotelbediensteten sofern sie abreisende Fremden an den Zug geleiten, gebeten wird. Der Hotelbedienerverband hat sich denn auch der Petition angeschlossen und der Verband reisender Kaufleute Deutschlands will im gleichen Sinne petitionieren. Im allgemeinen Interesse ist diesen Eingaben Erfolg zu wünschen.

„Todesheim“ statt Erholungsheim.

Im „Vorwärts“ Nr. 161 vom 14. Juli meldeten wir, daß in Schreiberhau in der Erholungsanstalt „Lengheim“ unter dort einquartierten Ferienkolonisten eine Scharlachepidemie ausgebrochen sei und bereits zwei Knaben weggerafft habe. Wir veröffentlichten von dem Vater des am 9. Juli verstorbenen Knaben G. eine Zuschrift, in der er die ihm in Schreiberhau gemachte Mitteilung wiedergab, daß schon geraume Zeit vor Antritt seines Sohnes im „Lengheim“ diese Anstalt die ersten Scharlacherkranlungen zu verzeichnen gehabt habe. Der schmerzerrfüllte Vater warf die bittere Frage auf, weshalb man, wenn das Tadelnde sei, noch einen neuen Schach Knabe nach dem „Lengheim“ kommen lassen. Er wünschte auch, festgestellt zu sehen, ob die in der Anstalt aufgetretenen Erkrankungen der „maßgebenden Stelle“ mitgeteilt worden seien, bevor der letzte Kindertransport dorthin abging.

Warum wir heute, nach fast sechs Monaten, noch einmal auf jene traurige Angelegenheit zurückkommen? Weil der von privater Seite unternommene Versuch, eine Aufklärung herbeizuführen und noch strengere Vorbeugungsmaßnahmen zu erwirken, erst jetzt seine Erledigung gefunden hat. Als erledigt gilt der Fall „Lengheim“ wenigstens den zuständigen

Stellen, die zur Antwort aufgefordert bzw. um ein Eingreifen gebeten worden waren.

Auf die Veröffentlichung der Zuschrift des Vaters durch den „Vorwärts“ erfolgte eine Gegenüberung erst nach einigen Monaten. Sie kam vom Berliner „Verein für Ferienkolonien“, der so spät noch und hat, zu konstatieren, daß es sich nicht um Kinder aus Berlin gehandelt habe. Das war am Ende sehr nebensächlich. Der „Heilstättenverein Lengheim“, unter dessen Obhut die Kinder erkrankt und zwei gestorben waren, blieb uns die Antwort schuldig. Inzwischen hatte aber die Leitung des Bezirkes Stralau vom Sozialdemokratischen Kreiswahlverein Nieder-Barnim sich der Sache angenommen, wozu sie sich verpflichtet fühlte, weil einige der im „Lengheim“ untergebrachten Kinder von der Gemeinde Stralau ausgesandt worden waren und auch der Vater des verstorbenen G. in Stralau wohnt. Am 18. August wurde von der Stralauer Bezirksleitung an den Vorstand der Gemeinde Stralau eine Eingabe gerichtet, die den Sachverhalt genau so wiedergab, wie er in dem durch den „Vorwärts“ veröffentlichten Brief des Vaters dargestellt worden war. Es wurde ausgeführt, der Knabe G. sei mit anderen Kindern Stralaus am 8. Juni nach Schreiberhau geschickt worden, für die Rückkehr sei der 6. Juli festgesetzt worden, wegen der Scharlacherkranlungen habe man aber die Kinder noch im „Lengheim“ zurückgehalten, auch G. sei dann an Scharlach erkrankt, und schon am 9. Juli sei er der Krankheit erlegen. Im Anschluß hieran sagte die Eingabe: „Dieser Fall erscheint den Unterzeichneten geeignet, Vertrauen und Hoffnung, die die Eltern an den Aufenthalt ihrer Kleinen in Erholungsheimen knüpfen, zu erschüttern, um so mehr, wenn — wie in der Öffentlichkeit besprochen und bis heute von der maßgebenden Stelle nicht widerlegt worden ist — die hygienischen Verhältnisse im Erholungsheim „Lengheim“ so lagen, daß unter keinen Umständen erholungsbedürftige Kinder dort aufgenommen werden dürfen. Steht doch fest, daß der Scharlach bereits unter den Kindern, die vor dem 8. Juni in Schreiberhau einquartiert waren, ausgebrochen war; ein Mädchen dieses Transports hat länger als 8 Wochen dort krank gelegen. Die Krankheit ist also unter den Kindern des ersten Transports ausgebrochen und von diesen auf die Kinder des zweiten Transports übertragen. Eine ob diesen Verhältnissen berechtigte Unruhe hat unter den Einwohnern von Stralau Platz gegriffen, und die Stimmen der Eltern mehren sich, in Zukunft auf die Verhinderung ihrer Kleinen von Gemeinde wegen verzichten zu wollen.“ Damit das verhilft und auch einer Wiederholung ähnlicher Fälle vorgebeugt werde, fügte die Eingabe die Anregung hinzu: die Gemeinde Stralau solle künftig die von ihr benutzten Erholungsheime für Kinder vorher durch den zuständigen Schularzt inspizieren lassen und dann die Kinder nur in einwandfrei befundene Heime entsenden; der Gemeindevorstand möge in der Gemeindevertretung einen dahin gehenden Antrag einbringen und entsprechenden Beschluß herbeiführen. Diese Eingabe wurde vom Gemeindevorstand am 31. August dem Vorstand des „Heilstättenvereins Lengheim“ mitgeteilt mit dem Ersuchen, sich zu äußern. Der aber antwortete, das könne erst nach Rückkehr des Vorstehenden, in etwa 14 Tagen, geschehen. Von dem Ersuchen und der befristeten Antwort benachrichtigte der Gemeindevorstand die Bezirksleitung Stralau des Wahlvereins Nieder-Barnim in einem Schreiben, das vom 20. September datiert war. Die 14 Tage verwanelten sich dann für die wartende Bezirksleitung in ziemlich 14 Wochen. Erst unterm 11. Dezember überandte ihr der Gemeindevorstand die Rückäußerung, zu der der Vorsitzende des Heilstättenvereins am 22. November sich ausgesprochen hatte. Sie lautete:

„Auf das gefällige Schreiben vom 31. August (Nr. G. 2845/09) erwidere ich ergebenst, daß im vorliegenden Sommer in der Tat eine Anzahl Scharlacherkranlungen in unserer Heilstätte und zwar infolge von Einkleppung vorgekommen sind. Es ist das eine bedauerliche Erscheinung, wie sie auch in anderen Heilstätten vorkommt und trotz aller angeordneten Vorsichtsmaßnahmen vorkommen wird. Gerade der vergangene ungewöhnlich regenreiche Sommer hat zahlreiche Erkrankungen an Scharlach und Mafeln auch in anderen Kolonien zeitigt. Im vorliegenden Fall nun hat die angeforderte Untersuchung ergeben, daß ein Verhulden der Anstaltsleitung nicht vorliegt. Sie hat lediglich im speziellen telegraphischen Auftrag des Kreisarztes gehandelt, als sie die Kinder am Tage der Abreise zurückhielt. Daß die hygienischen Verhältnisse im „Lengheim“ in Schreiberhau so liegen sollen, wie sie in der Eingabe vom 18. August geschildert sind, ist uns neu. Wir verpflegen seit 16 Jahren Kinder, gegenwärtig rund jährlich 600, und ist seit dem Bestehen der Anstalten noch nie ein Todesfall vorgekommen, abgesehen von den bellagierten Fällen dieses Sommers. Die Anstalt steht unter der ständigen Kontrolle eines Arztes und unter der Aufsicht des Kreisarztes, der sie regelmäßigen Revisionen unterzieht, nennenswerte Beanstandungen aber nie gemacht hat. Eine Inspizierung der Anstalt durch den dortigen Schularzt können wir aus prinzipiellen und verwaltungstechnischen Gründen nicht gestatten.“

Als hiermit erledigt gilt die Angelegenheit dem Vorstande des Heilstättenvereins. Als erledigt scheint auch der Gemeindevorstand von Stralau sie ansehen zu wollen. Er hat bei der Stralauer Bezirksleitung des Wahlvereins angefragt, ob sie nun an dem von ihr vorgelegenen Antrag noch festhalte. Sie hat pflichtgemäß mit einem entschiedenen Ja geantwortet — pflichtgemäß insofern, als sie sich bewußt ist, daß sie die Interessen der Kinder der minderbemittelten Bevölkerung wahrzunehmen hat. Die Bezirksleitung hat dem Gemeindevorstand geantwortet, der Heilstättenverein habe in seiner Auskunft leider nichts widerlegt! Aus ihr gebe sogar hervor, daß er von den hygienischen Verhältnissen in seinem „Lengheim“ erst durch die Eingabe der Bezirksleitung Kenntnis erhalten habe. Wie steht es um die Verantwortung des Heilstättenvereins gegenüber den Eltern und der Gemeindeverwaltung? Schuldig geblieben ist er auch eine klare Antwort auf die bitteren Fragen und herben Vorwürfe, die der im „Vorwärts“ veröffentlichte Brief des Vaters des verstorbenen Knaben G. enthält. Die Bezirksleitung hat in ihrer Antwort an den Gemeindevorstand noch die neue Mitteilung gemacht, daß im „Lengheim“ die Tochter eines Stralauer Glasarbeiters M., die im Juni etwa eine Woche hindurch an „Halbschmerzen“ litt, nicht isoliert worden sei. Ueber dieses Kind habe dann nach erfolgter Rückkehr ein Stralauer Arzt gesagt, daß es gleichfalls eine, wenn auch leichtere Scharlacherkranlung durchgemacht habe, was noch an den Hautabblätterungen zu sehen sei.

Nach alledem ist es zu verstehen, daß unseren Genossen in Stralau die Angelegenheit als noch nicht erledigt gilt. In der Tat ist zu wünschen, daß der Heilstättenverein genötigt wird, sich rückhaltlos zu äußern, zumal da mehr als zwei Kinder gestorben sein sollen. Auch andere Gemeinden, die gleichfalls „Lengheim“ benutzen, sollten auf Aufklärung dringen. Wie deutet eigentlich über den Fall „Lengheim“ die staatliche Aufsichtsbehörde? Der Kreisarzt, der übrigens in Stralau wohnt, ist doch wohl nicht höchste Instanz? Was wird zum Schutze des leiblichen Wohls der Ferienkolonisten das preussische Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten tun, das sich z. B. so sehr um das Seelenheil der den Arbeiterturnvereinen zuströmenden Jugend sorgt?

Warnung vor einem Polizeispiegel.

Der Verein der federierten Anarchisten Berlins und Umgegend“ warnt vor seinem gewesenen Mitgliede Max Schiefer, Berlin N., Linienstr. 117 (früher betrieb derselbe Linienstraße 114 eine Buchhandlung), welcher seit dem 6. oder 10. Januar

1909 im Dienste der VII. Abteilung der Berliner politischen Polizei steht und zwar für einen monatlichen Judaslohn von 40 M. Zuerst hat Schiefer mit dem Herrn Kriminalbeamten Nadde, Lichtenberg bei Berlin, Vollerstraße 2, I rechts, bei Fr. Hermann sein lumpiges Handwerk betrieben; jetzt legt er seine schurkischen Handlungen mit dem Herrn Kriminalkommissar Kunze, Berlin W. 15, Düsseldorfstraße 9, fort.

Schiefer hat mit ausländischen Anarchisten eine starke Korrespondenz geführt, die manchem die Ausweisung aus Preußen-Deutschland eingebracht hat. Es sei daher vor diesem internationalen Verbreiter gewarnt.

Paul Brauböse, Stolpischestr. 22. Paul Wehse, Konstantin-Allee 61.

#### Arbeitslosenfürsorge des Magistrats.

Einen Tag vor dem Heiligabend wurden eine Anzahl Arbeiter des städtischen Badwerks Wischauerstraße entlassen, angeblich aus Arbeitsmangel.

**Erkrankung des Landgerichtsdirektors Jaenisch.** Ein Opfer seines Berufes ist allem Anschein nach der aus mehreren großen Prozessen bekannte Richter, der Landgerichtsdirektor Dr. Bernhard Jaenisch geworden. Dr. Jaenisch, der nach ärztlichem Urteil unter den Folgen einer schweren Nervenüberreizung durch Überarbeitung sehr schwer erkrankt ist, mußte sich gestern in ein Sanatorium begeben.

**Ueberschwemmungen in der Uferstraße.** Durch das Platzen eines Hauptdruckrohrs der städtischen Kanalisation wurden gestern vormittag in der Uferstraße, im Norden Berlins, große Ueberschwemmungen herbeigeführt. Es traten gewaltige Wassermengen aus, so daß in kurzer Zeit nicht nur der Straßenbaum und die Bürgersteige, sondern auch zahlreiche Keller der umliegenden Häuser unter Wasser standen. Zur Hilfeleistung mußte die Feuerwehr alarmiert werden, die mit einer Dampfmaschine über drei Stunden in Tätigkeit war, um die Wassermassen wieder auszupumpen. Die Verwallung der städtischen Kanalisation ließ sofort den Betrieb in diesem Stadtviertel einstellen und entsandte mehrere Arbeiterkolonnen nach der Unfallstelle. Obgleich mit den Reparaturarbeiten sofort begonnen wurde, waren diese doch bis zum Spätnachmittag noch nicht beendet. Die Ursache des Rohrbruchs konnte noch nicht festgestellt werden.

**Wegen schwerer Mißhandlung eines Pflegekindes** ist die Polizei gegen eine in der Panitzsch 58 wohnende Witwe Erden eingeschritten. Die E. hatte das dreijährige Söhnchen einer in der Riesenwalder Straße wohnenden Frau R., deren Mann gestorben ist, in Pflege und behandelt das Kind in einer so bestialischen Weise, daß die Nachbarn das Geschrei des mißhandelten Knaben nicht mehr anhören konnten. Als ein Polizeibeamter in der E.'schen Wohnung erschien, war der Knabe gerade in einem kalten dunklen Zimmer eingesperrt. Er hatte kurz vorher Schläge erhalten. Der in der Nachbarschaft wohnhafte Arzt Dr. Vater, dem das Kind zur Untersuchung übergeben wurde, stellte fest, daß das Gesicht und der Rücken über und über mit blauen Flecken und blutunterlaufenen Stellen versehen waren. Der Kleine war sichtlich zugerichtet und befand sich in einem besammernwertigen Zustande. Nach Ansicht des Arztes müssen die Mißhandlungen mit einem harten Gegenstand vollführt worden sein. Auch der Schläferische der E. soll sich an den Ausschreitungen beteiligt haben. Er wird sich ebenso wie die E. vor dem Strafrichter zu verantworten haben. Der Kleine R. wurde anderweit in Pflege gegeben.

**Geräteinzug infolge des Sturmes.** Der in der dritten Nachmittagsstunde des gestrigen Tages urplötzlich einsetzende orkanartige Sturm hat in der Umgebung Berlins vielfachen Schaden angerichtet. In der Kaiserin-Augusta-Allee zu Charlottenburg hätte er leicht eine Katastrophe herbeiführen können. Dort werden zurzeit mehrere Neubauten aufgeführt. Auf einem von ihnen zwischen Replerstraße und Hobbürger Ufer war ein drei Stockwerke hoher hölzerner Fohrstuhl errichtet, auf dem Steine und Mörtel emporgeschafft wurden. Als nun der Sturm einsetzte, verließen alle dort beschäftigten Arbeiter fluchtartig den Bau. Kaum war dies geschehen, als der Fohrstuhl in seiner ganzen Höhe umgeworfen wurde und zwar direkt auf den Straßenbaum. Bei seinem Sturz durchschlug er die Drähte der elektrischen Straßenbahn, so daß diese nach beiden Richtungen hin stromlos wurde. Glücklicherweise war in diesem Augenblick jene Strahengegend frei von Passanten und Fußwerkern, so daß weitere Unfälle verhindert wurden. Die Straßenbahn entsandte sofort einen Rettungswagen mit Gerätschaften und ließ die zerrissenen Drahtleitungen wieder in Ordnung bringen. Zumeist dauerte die Verletheshörung fast 2 Stunden. Während dieser Zeit mußten die Bahnliesen 5, 8 und 18 umgeleitet werden. — Der Sturm führte auch eine größere Störung auf der Stettiner Bahn herbei. Zwischen den Stationen Repenick und Vernaau wurden zwei große Telegraphenstänge umgerissen, wodurch die Gleise in beiden Richtungen gesperrt wurden. Da hierbei die telegraphischen Verbindungen unterbrochen waren, so trat eine einseitige Störung im Fern- und Vorortverkehr ein. — Auch sonst richtete der Sturm allenthalben viel Schaden an.

**Infolge schlechter Behandlung durch ihre Dienstherrschaft** hat sich das Dienstmädchen des Schlächtermeisters Volzer, Wöhlstraße das Leben nehmen wollen. So lautete eine Notiz, die Ende Juli durch die Presse ging und auch von uns übernommen wurde. Herr Volzer hat die Missetat dieser Meldung sofort bestritten und gegen die Verbreiter der Nachricht den Klageweg beschritten. In einer gegen das Dienstmädchen gerichteten Klage kam es zu einem Vergleich, in welchem das Dienstmädchen erklärte, daß es nicht richtig sei, daß es sich aus Verzweiflung über schlechte Behandlung ihrer Dienstherrschaft, des Schlächtermeisters Volzer das Leben habe nehmen wollen, das sei vielmehr durch ihren leidenden Zustand veranlaßt worden.

Wir kommen der Aufforderung, die Erklärung zu veröffentlichen, nach, weil auch wir die erste Meldung gebracht haben.

**Ein großer Kellerbrand in der „Ersten Berliner Eisenmöbelfabrik von S. Schulz“** alarmierte am Mittwochnachmittag gegen 3 Uhr den 11. Zug aus der Wilmstraße. Dort, in der Hofenheide Nr. 9, standen die Kellerräume in großer Ausdehnung in Flammen, auch war der Angriff durch Rauch und Hitze sehr erschwert. Es mußte mit mehreren Schlauchleitungen Wasser gegeben werden, um die Gefahr für die oberen Geschosse und Räume zu beseitigen. Der Schaden soll erheblich, aber durch Versicherung gedeckt sein.

**Beitragssachen des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter,** die sich in einem Kuvert befanden, sind auf dem Wege von der Wilhelmshöherer Str. 8 durch die Wicelstraße bis Waldstr. 31 verloren gegangen. Der Finder wird um Abgabe gebeten im Restaurant von Köhler, Waldstr. 31.

**Feuerwehrrichtungen.** In der letzten Nacht wurde die Feuerwehr nach der Ritterstraße 34 alarmiert, wo in einer Wohnung Feuer ausgekommen war. Wegen eines Christbaumbrandes wurde der 4. Löschzug nach der Lonsberger Allee 45 alarmiert. In einem Laden der Greifswalder Straße 198 brannte Fett, am Georgenkirch-Platz 5 Sade in einem Keller. Der 17. Löschzug hatte in der Krausenstraße 54/55 zu tun. Dort war der Fohrstuhlführer B. Wiegelmeyer im Fohrstuhl verunglückt. Die Feuerwehr besetzte den Raum und schaffte ihn nach der königlichen Klinik in der Siegelstraße, wo man ihn nach drei Wunden am Kopf und einen Bruch des linken Beines feststellte. Durch Entlassung von Spiritus kam Wilhelmshöherer Straße 46 Feuer in einem Materialwarengeschäft aus. Zwei Küchenbrände kamen Gärtenstraße 70 und Wäckerstraße 1a zum Ausbruch. Möbel und Gardinen brannten Kaplerstraße 12, Köhliggäßchen Straße 84 und an anderen Stellen. Der 1. Zug hatte in der Dragonerstraße 20 zu löschen, wo durch Uebersehen von Teer ein Feuer auf einem Dache ausgekommen war.

## Vorort-Nachrichten.

### Rigdorf.

Am 3. Januar 1910, abends 8 Uhr, beginnt der naturwissenschaftliche Vortragzyklus mit Lichtbildern über: „Die Geschichte unserer Erde“ (Vortragender: Genosse Engelbert Graf.) Der Zyklus erstreckt sich auf fünf Vorträge, welche Montags und zwar am 3., 10., 17., 24. und 31. Januar in Hoppes großem Saal, Hermannstr. 49 stattfinden. Jeder Vortragabend bildet in sich ein abgeschlossenes Thema. 1. Historischer Abriss. — Die Bildung und Entwicklung unseres Planetensystems. 2. Die Entwicklung der festen Erdrinde. — Erstarrungs- und Ablagerungsgezeiten. 3. Die Zeitalter der Erdgeschichte. 4. Formen der Erdoberfläche. 5. a) Gebirgsbildung, Erdbeben und Vulkane. b) Wasser und Land. Kreislauf des Wassers. Verwitterung und Abtragung der Erdoberfläche. Da dieser Zyklus ganz besonders lehrreich und interessant ist, werden auch die Frauen erlucht, recht rege daran teilzunehmen. Wir ersuchen daher, Eintrittskarten a 50 Pf. rechtzeitig in der Expedition Redarstr. 2, im Lokal von Hoppe, Hermannstr. 49, oder bei den Funktionären zu entnehmen. Die Karte berechtigt für alle fünf Abende.

Der Bildungsausschuß.

### Charlottenburg.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich vorgestern in der Kiphsalzfabrik von Johannes Jeserich, Solzauer 18/19. Dort geriet infolge Unvorsichtigkeit der 24jährige Dreher Wilhelm Schade aus der Lauerstr. 35 in das Getriebe der von ihm bedienten Maschine. Dem Verunglückten wurde der rechte Arm glatt abgerissen und die rechte Brustseite furdtbar zerfleischt. Sch. wurde zunächst nach der Unfallstation in der Berliner Straße und von dort nach Anlegung von Rotverbänden nach dem Krankenhaus Westend gebracht, wo er in bedenklichem Zustande darniederliegt.

### Lichtenberg.

**Selbstmord eines englischen Professors.** Auf dem Laubengänge an der Hohenhühnenstraße wurde vorgestern die Leiche eines etwa 45jährigen, elegant gekleideten Mannes aufgefunden, die zwei Schußwunden in der linken Brustseite aufwies. Der neben dem Toten entdeckte Revolver läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß es sich um einen Selbstmord handelt. In dem Lebensnäh wurde aus vorgelegenen Papieren der Gymnasialprofessor Kershaw aus London festgestellt, der sich während der Weihnachtsfeier zum Besuch bei hiesigen Verwandten aufgehalten hatte. Das Motiv zu der Tat ist gänzlich unbekannt.

### Mariendorf.

Die Tatsache, daß der von der Volksschule veranstaltete Elternabend in einem für die Arbeiterkassette gesperrten Lokal abgehalten wurde, veranlaßte unsere Genossen für ihre Kinder am 3. Weihnachtstagesfeierabend ein Besuchsverbot abzuhalten. Die Kinder hatten sich denn auch mit ihren Eltern in einer so großen Anzahl eingefunden, daß der hierfür gemietete Saal bei weitem nicht ausreichte, um die Erklärungen anzunehmen. Die Feier nahm einen geradezu impolanten Verlauf, nur schade, daß sich so mancher Volkseind von den hier von den Kindern so trefflich gebotenen Leistungen nicht überzeugt hat.

### Weißensee.

Einen schaurigen Fund machten am Mittwoch um die Mittagszeit zwei Arbeiter, die die Dungsgrube des Grundstücks Langhansstraße 68 zu entleeren hatten. Sie förderten eine Kindesleiche zutage, die schon mehrere Wochen in der Grube gelegen haben muß. Da ein Verdacht auf die Bewohner des Grundstücks nicht fällt, dürfte der Körper von der Straße zur Dungsgrube geschafft worden sein.

### Reinickendorf.

In hilflosem Zustande wurde hier vorgestern eine junge Dame, anscheinend den besseren Ständen angehörend, aufgefunden. Das etwa 25jährige Mädchen will nach ihrer Angabe Lehrerin sein. Sie habe seit längerer Zeit infolge Krankheit keine Stellung mehr annehmen können und sei vollständig mittellos. Das Hotel, in welchem sie in Berlin gewohnt habe, hätte sie vor mehreren Tagen verlassen müssen, weil sie nicht mehr habe Zahlung leisten können und irre seit dieser Zeit in der Umgebung der Reichshauptstadt umher. Die Fremde, die ihren Namen nicht nennen wollte, machte den Eindruck einer Geisteskranken. Da sie Selbstmordgedanken äußerte, wurde sie zu ihrer Sicherheit in Polizeigewahrsam genommen.

## Gerichts-Zeitung.

### Als einen Vampyr der Großstadt

Bezeichnete der Vorsitzende der 3. Strafkammer des Landgerichts I Landgerichtsdirektor Dieber den Säufer Max R. in u. t. h., welcher sich wegen Vergehens gegen den § 175 und wegen Diebstahls zu verantworten hatte. Mitangeklagt wegen Vergehens gegen den genannten Paragraphen war ein Kaufmann R. Der Angeklagte R., welcher eine elegant eingerichtete Junggesellenwohnung inne hat, wurde eines Abends vor mehreren Jahren von dem damals 15jährigen Minuth auf der Straße angeprochen. Er ließ sich verleiten, den jungen Menschen, der ihm mit beweglichen Worten sein Geld schilberte, in seiner Wohnung Obdach zu gewähren. Am nächsten Morgen schon ließ R. die Maske fallen und entpuppte sich als ein ganz gemeingefährlicher Expressee. Er behauptete, daß sich R. in der Nacht an ihm vergangen habe, und drohte mit einer Anzeige, wenn R. ihn nicht weiter aufnehme. Aus Furcht vor Unannehmlichkeiten erfüllte R. den Wunsch des Querschen, der sich von nun an völlig in der Wohnung einnistete und als Herr darin schaltete und waltete. Der völlig willensschwache R. geriet mit der Zeit vollständig unter den Einfluß des jungen Querschen und wagte auch nicht Einspruch dagegen zu erheben, als Minuth eines schönen Tages seine sämtlichen Kleidungsstücke und Wertgegenstände verließ. Er löste die Sachen vielmehr stillschweigend wieder ein und ließ sich fast täglich um größere und kleinere Geldbeträge schreyen. Dieses laun gläubliche Verhältnis hätte die Leiche noch länger gedauert, wenn Minuth nicht am 15. September d. J. folgenden Streich fertiggebracht hätte. Er ging zu einem in der Nähe wohnenden Erdler und bot diesem während der Abwesenheit des R. die gesamte Wohnungseinrichtung zum Kauf an. Nachdem er schriftlich versichert hatte, daß die sämtlichen Möbel und Kunstgegenstände sein Eigentum wären, ließ der Pfandleiher die Sachen sofort abholen und zahlte an Minuth eine größere Summe aus, mit welcher dieser sofort spurlos verschwand. Als R. bald darauf zurückkehrte und nur noch die lahlen Wände vorfand, erstattete er sofort Anzeige in der Meinung, daß während seiner Abwesenheit Einbrecher in der Wohnung gehaust hätten. Die Kriminalpolizei ermittelte jedoch bald den wahren Sachverhalt und sorgte dafür, daß der gefährliche Expressee schon am nächsten Tage hinter den schwebischen Gardinen lag. — Staatsanwalt Assessor Reimer beantragte gegen Minuth eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren und gegen den Angeklagten R. sechs Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt Dr. Donig beantragte für R. eine möglichst milde Strafe, da dieser das Opfer einer der gemeingefährlichsten Expresseen geworden sei und durch fortgesetzte hohe Geldopfer schon schwer genug bestraft sei. — Das Gericht erkannte gegen Minuth auf zwei Jahre und sechs Monate Gefängnis. Gegen R. wurde auf einen Monat Gefängnis erkannt.

### Keine Treibjagd.

Treibjagden sind durch die verschiedenen Verordnungs-herordnungen für die Sonntage verboten worden und das Kammergericht hat das Verbot für zulässig erklärt. Diese Paraphrase sollte auch ein Herr Warnke überlesen haben. Er war Sonntag mit nur einem Begleiter auf die Jagd gegangen; sein Kollege hatte

durch Händeklatschen und Hohorufe Wild aufzuscheuchen gesucht. Die Strafkammer in Rieneburg verurteilte den Angeklagten wegen Veranlassung einer Treibjagd. Das Kammergericht sprach ihn jedoch frei und führte aus, daß hier gar nicht von einer Treibjagd die Rede sein könne. Eine Treibjagd könne nicht angenommen werden, wenn das Wild durch Treiber nicht in eine bestimmte Richtung dirigiert werden kann. Durch den einen Mann, der etwas lärmt, werde das Wild nicht gezwungen, in einer bestimmten Richtung weiterzugehen. —

## Vermischtes.

### Der Gummischlauch im Religionsunterricht.

Wie auf den Dörfern im Reich des Bischof Venzler den armen Arbeiterkindern „Die Lehren Christi“ beigebracht werden, geht deutlich aus nachstehendem von der „Pfälzischen Post“ wiedergegebenen Beschwerte eines Bergmannes aus Gebenhausen bei Saargemünd an den dortigen Kreisinspektor hervor, die wie folgt lautet:

Gebenhausen, 23. Dezember 1909.

An Herrn Kreisinspektor in Saargemünd.

Sehr geehrter Herr Inspektor!

Herr Pfarrer Weder von hier mißbraucht seit langer Zeit das Nichtigkeitsrecht gegen die Schulfinder in den Religionsstunden derart, daß in unserer Gemeinde ein großer Unwille dagegen herrscht und ich mich beschwerdefähig an den Herrn Inspektor wenden muß in der Hoffnung, daß dann dem ungesetzlichen Vorgehensmaßnahme gesteuert wird, ohne weitere Schritte machen zu müssen.

Am Dienstag, den 14. Dezember, hat „Hochwürden“ mein elf-jähriges Töchterchen im Religionsunterricht mit einem Gummischlauch derart auf die Hände gedroht, daß noch zwei Tage später die Hände und Unterarme rot angeläufen und teilweise geschwollen waren, so daß das Mädchen die Hände ohne Schmerzen nicht bewegen konnte!! Am gleichen Tage bläute „Hochwürden“ Weder noch 4 bis 6 anderen Kindern „göttliche Offenbarungen“ mit dem Gummischlauch ein und zwar so, daß eines der Kinder in Ohnmacht fiel!!

Einem Jungen hat „Hochwürden“ die „göttlichen Offenbarungen“ derart mit dem Gummischlauch auf die Hände „gestrichen“, daß der Junge sich von anderen Kindern schreiben lassen mußte. Eine solche Behandlung ist ungesetzlich, unmenschlich und brutal. Spricht den Grundbüchern der christlichen Moral (Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht, . . .) direkt Dohn und ein Mann, der die Kinder so behandelt, ist alles andere, nur kein Erzieher, Pädagoge und kein Religionslehrer und hoffe ich, daß, soweit mein Kind in Frage kommt, diesem in Zukunft keine Bibelsprüche mit dem Gummischlauch eingebläut werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Chr. B.

Was würde den armen Kindern blühen, wenn die Schulen ganz an die Pfaffen ausgeliefert würden, die schon jetzt die „Religion der Liebe“ mit Gummischläuchen lehren?

**Sternidel verhaftet.** Gestern abend wurde in Sugglar bei Dorhausen im Westerwald der Mörder August Sternidel, der wegen Raubmordes und Brandstiftung seit vier Jahren steckbrieflich verfolgt wird, verhaftet. Sternidel hat in der Nacht zum 12. Juni 1908 den Raubmord an dem Windmühlensbesitzer Cnappe in Plagwitz in Schlesien begangen und das Geschöß in Brand gesteckt.

### Eine Stadt vom Orkan zerstört.

Aus Madrid wird gemeldet: Die kleine Stadt Wana in der Provinz Galicien ist durch einen fürchterlichen Orkan vollständig zerstört worden. Der größte Teil der Einwohnerzahl hatte sich in ein durch einen mächtigen Felsen geschütztes Gebäude geflüchtet. Der Orkan war von solcher Stärke, daß viele Häuser einstürzten. Einige 30 Tote sind aus den Ruinen hervorgezogen worden. Die Zahl der Verletzten beträgt einige 40. Hilfeleistungen waren absolut unmöglich. Der größte Teil der Leute ist seit zwei Tagen ohne jegliche Nahrung.

### Die Affäre Hofrichter.

Aus Hirschberg i. Schl. wird geschrieben: Die Giftmordaffäre des österreichischen Oberleutnants Hofrichter scheint nun auch auf den Bodeort Warmbrunn überzugreifen. Dort weilte im vorigen Sommer der Vater des Oberleutnants Hofrichter, der Fabrikbesitzer Hofrichter aus Reichenau bei Gabeln zur Kur und wohnte bei dem Tischlermeister Seffers. Eines Abends gegen 8 Uhr war Hofrichter gesund und munter von einer Gebirgspartie zurückgekehrt und am anderen Morgen fand man ihn tot in seinem Bette. Die Leiche wurde damals nach Reichenau gebracht und dort beerdigt. Jetzt sind, wie bereits berichtet, auf Eruchen der österreichischen Militärbehörde Ermittlungen in dieser Sache eingeleitet worden und es haben auch schon Vernehmungen stattgefunden. Es soll, wie verlautet, in Reichenau die Leiche ausgegraben und sezirt werden, um die damalige Todesursache genau festzustellen.

**Bei der Verhaftung vergiftet.** Aus Paris wird gemeldet: Hier wurde heute ein russischer Ingenieur Skewitsch festgenommen, der im Jahre 1908 sein Leben mit 270 000 Fr. versichert und den Plan gefaßt hatte, einen ihm ähnlich lebenden jungen Mann zu ermorden, um als der Tote zu gelten und sodann mit Hilfe eines Komplizes die Versicherungssumme abzuheben. Er tötete auch wirklich einen gewissen Podlyshy und floh nach Frankreich. Bei seiner Verhaftung schätzte er ein Unwohlsein vor und ließ sich in den Waschkraum führen, wo er sich mit Zyanalkal vergiftete.

**Schneeschuttschäden.** Eine Meldung aus New York besagt: Der durch den Schneesturm der letzten Tage in New York und Umgegend angerichtete Schaden soll sich auf über fünf Millionen Dollar belaufen. Vor allen Dingen hat die Schifffahrt sehr gelitten. Zahlreiche kleinere Schiffe sind auf den Strand geworfen worden. 2500 Personen sind beschäftigungslos. Der reguläre Telegraphen- und Telephonendienst ist unterbrochen.

### Massenmord bei Spa.

Aus Orüssel wird gemeldet: Vier Personen sind auf der Landstraße in der Nähe des bekannten Badoortes Spa ermordet worden. Dort betreibt der Gastwirt Eward Erard eine Wirtschaft. In der gestrigen Nacht wurde der Mann mit seiner Mutter, seiner Frau und seinem zwei Monate alten Kinde von einem bisher unbekanntem Mörder getötet. Als gestern früh ein Bruder des Gastwirts seine Angehörigen besuchen wollte, fand er die vier Personen mit eingeschlagenen Schädeln vor. Der Mörder hatte die Kasse der Gastwirtschaft ausgeraubt und war dann geflohen. Ein fremder Händler ist unter dem Verdacht des Mordes verhaftet worden.

### Wetterveränderung vom 29. Dezember 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	W. u. N. Grad u. V. W.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	W. u. N. Grad u. V. W.
Emmende	747	SW	2bedekt	6	Daportanda	751	SW	2bedekt	10		
Damtdurg	748	SW	3bedekt	7	Petersburg	756	SW	2bedekt	13		
Berlin	749	SW	2Regen	7	Scilly	765	SW	4wollig	9		
Frankf. a. M.	754	SW	6wollig	7	Dresden	764	SW	3bedekt	2		
München	758	SW	6wollig	6	Berlin	762	SW	3bedekt	9		
Wien	755	SW	2bedekt	8							

**Wetterprognose für Donnerstag, den 30. Dezember 1909.** Kälter, ziemlich trübe und neblig mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Eingegangene Druckschriften.

Dem „Kampf“, der Monatschrift der deutsch-österreichischen Genossen, erschien heute Heft 4 des 3. Jahrganges. Es hat folgenden Inhalt: Karl Renner: Die Entwaffnung der Obstruktion. — Joseph Hammer: Silbergedanken. — Josef Strober: Die Werkkraft des Internationalismus. — August Bebel: Zur Frage der nationalen Minoritätspolitik. — Heinrich Weber: Imperialismus und Sozialismus in England. — B. Eisenbogen: Reformen im Reichswesen Österreichs. — Otto Bauer: Eine Partei für den Deutschösterreich. — Emil Dittmer: Die Organisation der Gemeindefürsorge. — Wilhelm Kaufmann (Paris): Das Volk in der niederländischen Bildung. — Bücherchau: Rechtschaffenheit. Kunst. Berichtigung.

Kalender für das Baugewerbe 1910. Von Architekt E. Maßholz. 1,50 M. — Allgemeiner Fischer-Kalender 1910. Von demselben. 1,50 M. — J. Garmisch-Wahl, Berlin SW. 48. Ohne Rechtsanwaltsforderungen einreichen. Von Dr. Ed. Karle Meyer. 3 M. — E. Widig, Wiesbaden. Selbstbetätigung und Schaffensfreude in Erziehung und Unterricht von Prof. H. Heilmann. 1,80 M. — A. G. Teubner, Leipzig. Bildband 1929. Roman von Gerb v. d. Borst. 2,50 M. Ostwald u. Huth, Stettin und Hamburg. Zur Religion von J. Faust. (Aus deutscher Wissenschaft und Kunst.) 1,20 M. — Ueber das System der Fixsterne von R. Schwarzschild. V. G. Teubner, Leipzig. Die elektrotechnische Umwälzung. Eine nationalökonomische Studie von Dr. R. Kochmilch. 2 M. — E. Speidel, Zürich.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 9, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, am Montag und Mittwoch nachmittags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Nachhaken und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erlitten. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

100. Zwei Streitende. Der Feldvertrag entscheidet. — S. 7. 100. Kapohl. Geilstätten finden Sie im II. Teil des Berliner Werkbuchs dargestellt. — S. 7. II. Unseres Erachtens V. Hebel. — Norden 31. Nicht in allen Wagen, aber auch in Räderabteilen. Unten offen.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 30. Dezember. Anfang 7 Uhr. Königl. Opernhaus. Tristan und Isolde. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Schauspielhaus. Strandkinder. Deutsches. Kammertheater. Das Heim. (Anfang 8 Uhr.) Neues königl. Operntheater. Geflügel. Neues Schauspielhaus. Faust. I. Teil.

Anfang 8 Uhr. Lesing. Das Konzert. Komische Oper. Zola. Kleines. Der große Kampf. Neues. Ein königlicher Spaß. Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg. Hebel. Der Stempel. Berliner. Hohe Politik. Lesing. Buridans Esel. Residenz. Im Landenshlag. Schiller. O. (Anfang 8 Uhr.) Viel Lärm um nichts. Schiller. Charlottenburg. Die von Hochstetel. Friedrich. Wilhelmstäd. Schauspielhaus. Im bunten Rod. Wehen. Die geschiedene Frau. Thalia. Die Heiße um die Erde in 80 Tagen. Volksover. Die Jüdin. Steie. Faust. Lustspielhaus. Der dunkle Punkt. Metronom. Hullo!! — Die große Revue. Volles Caprice. Sider ist sicher. Dunter Teil. Der Mann meiner Frau. (Anf. 8 1/2 Uhr.) Opus. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Casino. Der Oberhammer. Wehr. Herrnsfeld. So muß man's machen. Ein Rettungsmitel. Karl Haberland. Spezialitäten. Walhalla. Spezialitäten. Gastspiel. Der Nittendesther. Vanage. Spezialitäten. Noack. Lumpenbündel. Palast. Spezialitäten. Liebschen. Trid. Reichshallen. Stettiner Säng. Bughenhagen. Spezialitäten. Urania. Taudenruhe (M/49). Nachmittags 4 Uhr: Die Erdbedenkatastrophe in Messina. Abends 8 Uhr: In den Dolomiten. Sternmarie. Anbahnung. 27-62.

Lesing-Theater. 8 Uhr: Das Konzert. Freitag, 8 Uhr: Das Konzert. Sonnabend, 8 Uhr: Tautis der Rarr. Berliner Theater. Heute Hohe Politik. 8 Uhr: Hohe Politik. Morgen 7 1/2 Uhr: Hohe Politik. Neues Theater. Abends 8 Uhr: Ein königlicher Spaß. Morgen und folgende Tage: Ein königlicher Spaß. Anfang 7 1/2 Uhr. Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die geschiedene Frau. Heute 4 Uhr: Struwwelpeter. Sonnab. 3 1/2 Uhr: Die lustige Witwe. Friedrich-Wilhelmstädtsches Schauspielhaus. Donnerstag, 30. Dez., Anf. 8 Uhr: Im bunten Rod. Freitag: Der Oriental. Sonnabend nachm. 3 Uhr: Dithello. Abends 6 Uhr: Im bunten Rod. Sonntag nachm. 3 Uhr: Dithello. Neues Operetten-Theater. Schiffenradium 20, a. d. Lustenfer. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg. Sonnabend und Sonntag 3 Uhr: Der Zigeunerbaron. Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der dunkle Punkt.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Die Heiße um die Erde in 80 Tagen. Gr. Ausstattungskind in 14 Bildern mit Gesang und Tanz v. H. Gurety und Jules Verne. Donnerstag: Die Heiße um die Erde in 80 Tagen. Freitag Premiere: Eine vergnügte Kindlauf. Sonnabend nachm. 3 Uhr: Ein Königlicher Spaß. 8 Uhr: Eine vergnügte Kindlauf.

Passage-Theater. Letzte Tage! Gussi Holl. 14 erstklassige Variété-Attraktionen. Freitag, den 31. Dezember 1909: Gr. Silvester-Feier in der V. W. Kirmehalle am Nordpol!

Passage-Theater. Letzte Tage! Gussi Holl. 14 erstklassige Variété-Attraktionen. Freitag, den 31. Dezember 1909: Gr. Silvester-Feier in der V. W. Kirmehalle am Nordpol!

Urania. Wissenschaftliches Theater. Nachmittags 4 Uhr: Die Erdbedenkatastrophe v. Messina. Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.

Residenz-Theater. Direction: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: Im Landenshlag. Schwank in 3 Akten von Hennequin und Heber. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntag, 2. Jan., 3 U.: Musotte.

Volks-Oper. SW., Belle-Alliance-Str. Nr. 7/8. Anfang 7 1/2 Uhr. Die Jüdin.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr. Faust. Tragödie von Goethe. I. Teil. Freitag 3. erstmalig: Der Bispapa.

Mozart-Oper. Gastspiel-Theat., Köpenicker Str. 67/68. — Ueber: Zar und Zimmermann. (Bedeutend ermäßigte Preise. Anfang 7 Uhr.) Sonnabend, 1. Jan.: Fra Diavolo. Sonntag, 2. Jan.: Die lustigen Weiber von Windsor.

Apollo Theater. Vorletzter Tag des kolossalen Dezember-Programms. Pell Roberto, Schimpanse. Konrad James Great.

Metropol-Theater. Hallo!!! Die große Revue! In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN. Vorletztes Auftreten Otto Reutter. La Pia. i. hr. Kreation „Der Wallen Geist“. Merians Hunde-Theater: „Entführung d. Salome-Tänzerin“, gespielt von 42 Hunden, und die auserlesenen Sterne am Dezember-Himmel des Wintergartens. Zur Silvesterfeier sind bereits jetzt Billets an der Tagokasse ohne Vorverkaufsgebühren an haben.

Passage-Theater. Letzte Tage! Gussi Holl. 14 erstklassige Variété-Attraktionen. Freitag, den 31. Dezember 1909: Gr. Silvester-Feier in der V. W. Kirmehalle am Nordpol!

Passage-Theater. Letzte Tage! Gussi Holl. 14 erstklassige Variété-Attraktionen. Freitag, den 31. Dezember 1909: Gr. Silvester-Feier in der V. W. Kirmehalle am Nordpol!

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.) Donnerstag, abends 8 Uhr: Viel Lärm um nichts. Lustspiel in 5 Akten v. B. Shafepare. Ende 10 1/2 Uhr. Freitag, abends 8 Uhr: Das Opferlam. Sonnabend, nachm. 3 Uhr: Der Herr Ministerialdirektor. Sonnabend, abends 8 Uhr: Viel Lärm um nichts.

Brauerei Friedrichshain am Königstor. Heute Donnerstag: Kirchweih-Fest von Schorsch Ehrengraber. Anfang 8 Uhr. — Ende 10 3/4 Uhr. Morgen: Größte Silvesterfeier Berlins. Sensation! Der berühmte Fektur! Schorsch Ehrengraber aus München mit seiner Truppe (60 Personen). Glänzendste Dekoration. Reueffekt: „Berlin auf der Höhe 1910“. — Gewitter in den Alpen. — Geschenkhegel. — Die Riesen-Ammo, 6 Meter hoch. Humorist. Schneetreiben. — Bookbier-Jubiläum u. Trubel. 3 Kapellen. Silvester-Ball. Anfang 8 Uhr. Eintr. auf allen Plätzen 60 Pf.

Prachtsäle Nord-West. 24 Wicelstraße 24. Große Silvester-Feier. Sensationell! Gastspiel des Kabarett „Simplicissimus“ und des Moabitersangvereins „Liederlust II“. Nach der Vorstellung: Großer Ball. Tombola. Jux-Lotterie. Motto: Immer an der Wand lang. — Anfang 8 Uhr. — Recht zahlreichen Besuch erwartet. 37092\* Karl Schröder.

Zirkus Schumann. Heute Donnerstag, 30. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Extra-Gala-Vorstellung. Debut! Debut! des kleinste komischen Meister der Welt Original-Bagonghi. Sergeant Brennan, der beste Diabolospieler. Der Amerikaner Mr. Riblo mit seinen wunderbaren Papageien. Henry Valdorf, der moderne Simson. Ringkampf zwischen den Clowns Jim-Gam und Cottrell. Um 9 Uhr Ende 11 Uhr Die drei Rivalen Große Feste in 5 Akten. Sonnabend und Sonntag je zwei große Vorstellungen. Nachmittags ein Kind frei.

Zirkus Busch. Donnerstag, 30. Dezember, abends 7 1/2 Uhr prä: Gr. Galavorstellung. Zum ersten Male a. d. Kontinent Der Amerikaner Korakolo mit seinen weltberühmten dressierten Schweinen! Mons. Colon, dressierte Affen! Herr E. Schumann, Meistordress. Gebr. Karolis, ung. Reitkünstler. 9 1/2 Uhr zum 7. Male: Die neue russische Pantomime. Marja. Sonnabend und Sonntag, nachm. 8 1/2 Uhr: Farmarleben.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Freitag (Silvester), 31. Dezember: Weihnachtsen in Feindesland. Nach der Vorstellung: Silvesterball. Sonnabend, den 1. Januar 1910: Der Walzerkönig. Sonntag, den 2. Januar 1910: Die Grille.

Walhalla-Variété-Theater. Weinbergweg 19-20, Rosenth. Tor. Anf. 8 Uhr. Die großartigen Dezember-Spezialitäten. Im Tunnel: Regimentkapelle. Theaterorchester freier Eintritt. Freitag, den 31. Dezember: Silvester-Vorstellung. Spezialitäten. — Ball. Zwei Regimente - Kapellen. 3 Orchester usw.

Union-Theater. Alexand. Platz. Vielen Wünschen unseres Publikums Rechnung tragend, beginnen unsere Vorstellungen von heute ab um 4 Uhr!

Schiller-Theater (Charlottenburg). Donnerstag, abends 8 Uhr: Die von Hochstetel. Lustspiel in 3 Akten von Leo Balthar Eirin und Ludwig Keller. Ende 10 1/2 Uhr. Freitag, abends 8 Uhr: His Hobbs. Sonnabend, nachm. 3 Uhr: Macbeth. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Heineidbauer.

Brauerei Friedrichshain am Königstor. Heute Donnerstag: Kirchweih-Fest von Schorsch Ehrengraber. Anfang 8 Uhr. — Ende 10 3/4 Uhr. Morgen: Größte Silvesterfeier Berlins. Sensation! Der berühmte Fektur! Schorsch Ehrengraber aus München mit seiner Truppe (60 Personen). Glänzendste Dekoration. Reueffekt: „Berlin auf der Höhe 1910“. — Gewitter in den Alpen. — Geschenkhegel. — Die Riesen-Ammo, 6 Meter hoch. Humorist. Schneetreiben. — Bookbier-Jubiläum u. Trubel. 3 Kapellen. Silvester-Ball. Anfang 8 Uhr. Eintr. auf allen Plätzen 60 Pf.

Prachtsäle Nord-West. 24 Wicelstraße 24. Große Silvester-Feier. Sensationell! Gastspiel des Kabarett „Simplicissimus“ und des Moabitersangvereins „Liederlust II“. Nach der Vorstellung: Großer Ball. Tombola. Jux-Lotterie. Motto: Immer an der Wand lang. — Anfang 8 Uhr. — Recht zahlreichen Besuch erwartet. 37092\* Karl Schröder.

Zirkus Schumann. Heute Donnerstag, 30. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Extra-Gala-Vorstellung. Debut! Debut! des kleinste komischen Meister der Welt Original-Bagonghi. Sergeant Brennan, der beste Diabolospieler. Der Amerikaner Mr. Riblo mit seinen wunderbaren Papageien. Henry Valdorf, der moderne Simson. Ringkampf zwischen den Clowns Jim-Gam und Cottrell. Um 9 Uhr Ende 11 Uhr Die drei Rivalen Große Feste in 5 Akten. Sonnabend und Sonntag je zwei große Vorstellungen. Nachmittags ein Kind frei.

Zirkus Busch. Donnerstag, 30. Dezember, abends 7 1/2 Uhr prä: Gr. Galavorstellung. Zum ersten Male a. d. Kontinent Der Amerikaner Korakolo mit seinen weltberühmten dressierten Schweinen! Mons. Colon, dressierte Affen! Herr E. Schumann, Meistordress. Gebr. Karolis, ung. Reitkünstler. 9 1/2 Uhr zum 7. Male: Die neue russische Pantomime. Marja. Sonnabend und Sonntag, nachm. 8 1/2 Uhr: Farmarleben.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Freitag (Silvester), 31. Dezember: Weihnachtsen in Feindesland. Nach der Vorstellung: Silvesterball. Sonnabend, den 1. Januar 1910: Der Walzerkönig. Sonntag, den 2. Januar 1910: Die Grille.

Walhalla-Variété-Theater. Weinbergweg 19-20, Rosenth. Tor. Anf. 8 Uhr. Die großartigen Dezember-Spezialitäten. Im Tunnel: Regimentkapelle. Theaterorchester freier Eintritt. Freitag, den 31. Dezember: Silvester-Vorstellung. Spezialitäten. — Ball. Zwei Regimente - Kapellen. 3 Orchester usw.

Union-Theater. Alexand. Platz. Vielen Wünschen unseres Publikums Rechnung tragend, beginnen unsere Vorstellungen von heute ab um 4 Uhr!

Freie Volksbühne. Neues Schauspielhaus: Traumulus. Herrnsfeld-Theater: Vater u. Sohn. Lessing-Theater: Hanneles Himmelfahrt. Residenz-Theater: Musotte. Thalia-Theater: Jugend. Extra-Vorstellung am 9. Januar im Herrnsfeld-Theater: Der Herr Senator. Einlaßkarten in allen Zahlstellen a 1,25 M. inkl. Zettel und Garderobe. 242/14 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Herrnsfeld Theater. Kommandantenstr. 57. T. N. 4, 5083. „So muß man's machen“ Hierzu: Ein Rettungsmittel. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr. Am 31. Dezember von abends 8 bis 4 Uhr früh: Große Silvesterfeier mit Riesen-Loch-Programm und Silvester-Kabarett etc. etc. Die Billets für die Vorstellung am Silvester berechnen zur Teilnahme a. d. gefam. Silvesterfeier ohne Nachzahlung. Billets hierfür sind bereits zu haben.

Casino-Theater. Lotzinger Straße 37. Ab. 8 Uhr: Der Oberganner. Sonnabend, 1. Jan., nachm. 4 Uhr. Sonntag, 2. Jan., nachm. 4 Uhr: Neu! Trubchen Sommerreise.

Karl Haverland. Anfang Theater prä. 8 U. 77/79 Kommandantenstraße 77/79. Das Fest-Programm! Schlager auf Schlager! Heute n. d. Vorstellung: Ball.

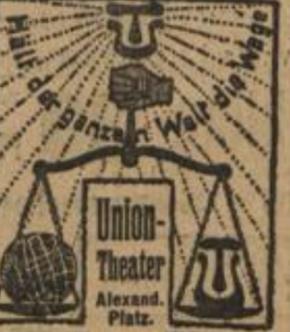
Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Buridans Esel. Morg. u. folg. Tage: Buridans Esel.

Reichshallen-Theater. Stettiner Säng. Zum Schluss: „Der Nachtwächter v. Zerpenschleuse“. Studentensbild v. Weyfel. Anfang 8 Uhr. Am 31. Dez.: Gr. Silvester-Ülk-Soiree mit darauf folgendem Tanzkränzchen. Badmuffel: Das gesamte Orchester des 8. Garde-Regiments (Köln Nachzahlung).

W. Noacks Theater. Oranienstr. 16, am Rosenhaleer Tor. Große Extra-Vorstellung: Lumpenbündel. Boffe mit Gesang und Tanz. Freitag: Große Silvesterfeier. Theater, Ball mit Ueberraschungen.

Palast-Theater. Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Die interessanten Spezialitäten: Hr. Kreton, einzigartiger Gaudesressant mit seinem rechnenden und Wunderhand. lebenden Liebhens Trick mit Direktor Rob. Dill. Abends 8 Uhr: Vorzugskarten gültig.

Artushof (Moabit). Verleberger Straße 26. Gastp. des Volk-Theater-Orchesters. Donnerstag, den 30. Dezember: Der Leiermann und sein Pflegekind. Schauspiel in 10 Bildern von Carl Sich-Pfeifer. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Restaurant „Birkenwäldchen“ Steglitz, Gr. Lichterfelde, Schützenstraße. Schauspielstraße. Freitag, den 31. Dezember: Große Silvesterfeier mit Vausch und Pfannuchen-Polonaise. 1. und 2. Januar 1910: Großer Neujahr-Ball! Zu diesen gemächlichen Veranstaltungen ladet ergebens ein. Wilh. Schröder.



# Zum Jahreswechsel



## Sylvester-Scherzartikel

Knackmandeln, Pralines, Nüsse, gemischtes Konfekt, Fondants mit scherzhaften Einlagen, Knallbonbons, Konfetti, Pfannkuchen, Luftschlangen, Zigarrenspitzen, Schneebälle, Giessblei, Papiermützen Ansteckartikel usw.

Neujahrskarten mit Goldschnitt ..... 1, 2, 3, 5, 6, 8 Pf. | Neujahrskarten moderne Prägungen ..... 3, 5, 8, 10 Pf. | Neujahrskarten in Paketen A 10 Stück, mit Kuverts 25, 35, 45, 55 Pf. | Neujahrspostkarten 10 Stück 10 Pf. Bromsilber .. 2 Stück 15 Pf.

**Weinglasgarnitur**  
mit modernen Bordüren

Rotweinkelche	36 Pf.
Rheinweinkelche grün	38 Pf.
Portweinkelche	33 Pf.
Likörkelche	28 Pf.
Bierbecher	28 Pf.
Teebecher	25 Pf.
Selterbecher	22 Pf.

Glas-Bowlen	2.65, 3.25, 4.25, 5.25	
Glas-Bowlen geschliffen	3.25, 4.25	
Bowlenlöffel	98 Pf.	
Groggläser gepresst, verschiedene Formen, mit Fuss	8, 10 Pf.	
glatt, mit Fuss	9 Pf. geschliffen, mit Fuss	22 Pf.
Bowlengläser auf hohem Fuss	58 Pf.	
Teebecher mit Bordüre	12, 25 Pf.	
Likörbecher mit Goldrand	8, 10, 12 Pf.	

Sektkelche graviert, hohe Form	45 Pf. glatt, hohe Form	27 Pf.
Römer graviert, hohe Form	38 Pf.	
Selterbecher mit Goldrand	7 Pf. mit Bor-düre	10, 22 Pf.
Bierbecher mit Goldrand	7 Pf. mit Bor-düre	12, 28 Pf.
Viktoriabecher mit Goldrand	15 Pf.	

Ein Posten

**Weinkelche**  
ausserordentlich billig

Weissweinkelche	14 Pf.
Rotweinkelche	15 Pf.
Portweinkelche	13 Pf.
Likörkelche	12 Pf.
Sektkelche	33 Pf.
Biertulpen graviert	35 Pf.

Grosse Posten Bierbecher mit diversen Bordüren ... 7 Pf. Selter- oder Sektbecher 5 Pf. Bierbecher mit verschmolzenem Hand u. starkem Boden 6 Pf.

## Lebende Spiegel- u. Schuppen-Karpfen 90, 1.00

Moselweine	Rheinweine	Bordeauxweine	Liköre
Moselblümchen ..... Flasche 65 Pf.	Biebelsheimer ..... Flasche 70 Pf.	Artisan St. Emilion .. Flasche 75 Pf.	Berliner Tafelkummel ..... 98 Pf.
Bruttiger ..... Flasche 75 Pf.	Herzheimer ..... Flasche 85 Pf.	Artisan Blaye ..... Flasche 95 Pf.	Halb und Halb ..... 98 Pf.
Lieserer ..... Flasche 90 Pf.	Laubenheimer ..... Flasche 1.00	Médoc St. Estèphe ... Flasche 1.15	Alpenkräuter ..... 98 Pf.
Trabener ..... Flasche 1.15	Niersteiner ..... Flasche 1.25	Château Larose ..... Flasche 1.65	Sort. Tafelliköre ca. 1/2 Liter ..... Flasche 78 Pf.

Schalmandeln Pfd. 75 Pf. Traubenrosinen Pfd. 70 Pf. Walnüsse Pfd. 28, 40 Pf. Haselnüsse Pfd. 38 Pf. Apfelsinen Dtz. 35, 45 Pf. Zitronen Dtz. 30 Pf.

## Frische Pfannkuchen mit verschiedenen Füllungen . 1/2 Dtzd. 25 Pf.

Rum-Facon Flasche 95 Pf. Rum-Verschnitt Flasche 1.20, 1.40 Kognak-Verschnitt Flasche 1.20, 1.45

**Punsch-Extrakte** Rum-, Arrak-, Ananas-, Burgunder-, Kaiser- Glühwein- und Rotwein-Punsch

..... 1/2 Flasche	80 Pf.
..... 1/2 Flasche	1.55

**Deutsche Schaumweine**  
in Deutschland auf Flaschen gefüllt

..... 1/2 Flasche	2.40, 2.75
-------------------	------------

# A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Verkaufsstelle für Abonnements-Marken der Grossen Berliner Strassenbahn und der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft

## Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.

Grösste Hochseefischerei Deutschlands mit 44 eigenen Fischdampfern.

Von frischen Fängen unserer Flotte empfehlen wir sehr preiswert, besonders zu Silvester:

ff. großer Schellfisch 35 Pf.	ff. Cabliau 30 Pf.	ff. Seelachs 25 Pf.
im Anschnitt pro Pfund:	im Anschnitt pro Pfund:	im Anschnitt pro Pfund:
Anßerdem: Bratschellfisch Pfund 18 Pf.	Knurrhahn Pfund 20 Pf.	Seezander Pfund 25 Pf.
Rotzungen Pfd. 50 u. 70 Pf.		

Kochen Sie Schellfisch 15 Minuten in Salzwasser, geben Sie dazu Senfsauce, Senfbutter oder braune Butter.

Seefischkochbücher gratis.

Schneiden Sie Cabliau in Scheiben, salzen Sie, garnieren Sie mit Ei und geriebener Semmel, braten Sie in Fett.

Seefischkochbücher gratis.

Seelachs wird zubereitet wie Cabliau und Schellfisch, schmeckt auch besonders gut in Bier gekocht.

## Lebende Spiegel- und Schuppenkarpfen Pfd. 100 Pf. Lebendfrische Eiskarpfen Pfd. 70 Pf.

### Verkaufsstellen

C., Bahnhof Börse Bog. 9-10. N., Invalidenstr. 131. NO., Landsberger Str. 52/53. O., Große Frankfurter Str. 55.	O., Madaistraße Bogen 8-9. Fruchtstraße gegenüber. S., Prizzenstr. 04. W., Potsdamer Str. 112a.	Charlottenburg: Wilmersdorfer Str. 111. Spandau bei Herrn Albert Admus, Breite Str. 54.	Steglitz bei Herrn Karl Bollhagen, Schloßstr. 121. Schöneberg bei Herrn Paul Haber, Akazienstraße 31.
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------



